

90 Jahre

Wirtschaftswissenschaftlicher Club

am Institut für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel e.V.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
1. Bernhard Harms – Gründer des Instituts für Weltwirtschaft und des Wissenschaftlichen Clubs	7
2. Die Gründung des Wissenschaftlichen Clubs und frühe Aktivitäten	12
3. Der Wirtschaftswissenschaftliche Club nach 1945	21
4. Der Wirtschaftswissenschaftliche Club heute	26
5. Kieler Vorträge und Bernhard-Harms-Vorlesungen	29
6. Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen im Haus Welt-Club	68
7. Der Alumni-Club	87
8. Take-Maracke-Preis	89
9. Weitere Veranstaltungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Clubs in den letzten Jahren	95
10. Die Präsidenten des Clubs	98
11. Festvorträge	100
12. Aktuelle Mitgliederliste	130

Vorwort

Im 90. Jahr seines Bestehens befasst sich der Wirtschaftswissenschaftliche Club am Institut für Weltwirtschaft (WWC) auf seiner Jubiläumsveranstaltung am 12. November 2010 mit der Geschichte des Clubs vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung in Deutschland, Schleswig-Holstein und Kiel.

Der vorliegende Band enthält die Festvorträge, die während dieser Veranstaltung gehalten wurden. Er bietet außerdem einen Rückblick auf vergangene Zeiten und einen Überblick über die vielfältigen Aktivitäten, die der Club bis heute, zum Teil mit großem Erfolg, veranstaltet hat.

Die erste Auflage ist vergriffen, so dass ein aktualisierter Nachdruck mit einigen Änderungen und Ergänzungen angeboten wird.

Der WWC versteht sich als Gemeinschaft aus Mitarbeitern des Instituts und der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU), Studierenden und Personen aus der Wirtschaftspraxis. Er bietet einen besonderen Rahmen, um über drängende Probleme der Weltwirtschaft zu diskutieren und eigene Erfahrungen auszutauschen.

Zu diesem Zweck organisiert der Club für seine Mitglieder und für die interessierte Öffentlichkeit Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen. Zudem pflegt der Club den Kontakt zu den ehemaligen Beschäftigten des Instituts und informiert sie regelmäßig über die Aktivitäten des Instituts und des Clubs.

Gemeinsam mit der Kieler Kanzlei Take-Maracke & Partner lobt der Club seit dem Wintersemester 2006/2007 einen Förderpreis für wirtschaftswissenschaftliche Arbeiten an Studierende der CAU aus. Der WWC erfüllt somit eine zentrale Aufgabe und ergänzt die Initiativen, die seit meiner Übernahme der Leitung des Instituts im Winter-

semester 2004/2005 zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen dem Institut und der Universität beigetragen haben.

Ohne das ehrenamtliche Engagement einiger Personen wären die Leistungen des WWC nicht möglich. Besonderer Dank gebührt deshalb den Mitgliedern des Vorstands, Dipl.-Vw. Bernhard Klein, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Prof. Dr. Federico Foders, Prof. Dr. Henning Klodt, MA Kai Springwald und Dr. Michael Take, Vizepräsident. Tatkräftige Unterstützung erhielt der Club von Ilse Büxenstein-Gaspar, M.A., Kristina Sander und dem leider verstorbenen Dieter Stribny. An der Vorbereitung dieser Broschüre sowie dessen Überarbeitung hatten Tobias Schönberg und Gunnar Take, MSc, großen Anteil.

Februar 2015

Prof. Dennis J. Snower, Ph.D.
Präsident des Instituts für Weltwirtschaft

1. Bernhard Harms – Gründer des Instituts für Weltwirtschaft und des Wissenschaftlichen Clubs

Christoph Bernhard Cornelius Harms wurde am 30. März 1876 in Detern bei Aurich (Ostfriesland) als Sohn des Kaufmanns Menno Friedrich Harms und dessen Ehefrau Anna N. Ries geboren.



Bernhard Harms

Seine schulische Laufbahn begann mit dem Besuch der Kantorschule in Aurich. Ostern 1887 wechselte er an das ortsansässige Gymnasium, das er wegen einer schweren Nervenkrankheit bald wieder verlassen musste.

In seinem Lebenslauf erwähnte Harms, dass er anschließend etwas länger als ein Jahr als Redakteur des „Journal für Buchbinderei und Papierhandlung“, das einem Verwandten gehört zu haben scheint, tätig gewesen war. Nebenbei besuchte er mehrere Handels- und Gewerbeschulen und bestand das Examen für den einjährig-freiwilligen Dienst.

Ostern 1897 immatrikulierte sich Harms an der Universität Leipzig im Studiengang Staatswissenschaften und hörte Vorlesungen aus dem Bereich der Volkswirtschaftslehre und des Rechts. Ostern 1900 wechselte er an die Universität Tübingen, um dort am 21. November 1901 magna cum laude zu promovieren. Das Thema seiner Doktorarbeit lautete: „Zur Entwicklungsgeschichte der deutschen Buchbinderei in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts“.

Das Thema der Buchbinderei zog sich erkennbar, wie ein roter Faden, durch den frühen Lebensweg des Bernhard Harms. Er sollte sogar eine Buchdruckerei, die sich im Familienbesitz seiner Mutter befand, übernehmen.

Im Jahre 1903 habilitierte sich Harms an der Universität Tübingen mit einer Untersuchung über „Die holländischen Arbeitskammern. Ihre Entstehung, Organisation und Wirksamkeit“.

In der Zeit vom 2. März 1903 bis 30. Juni 1906 gehörte Harms als Privatdozent der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen an. Im Sommer 1906 lehnte er eine ihm übertragene ordentliche Professur für Volkswirtschaftslehre an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim ab. Stattdessen nahm er ein sozialpolitisches Extraordinariat (Abbe-Professur¹) an der Universität Jena an. 1908 wurde er von Jena nach Kiel berufen.

Mit seiner Berufung nach Kiel richtete Harms seine Interessen neu aus. Lag sein Schwerpunkt bis dahin eher auf wirtschaftshistorischen und sozialpolitischen Fragestellungen, so beschäftigte er sich nun vermehrt mit internationalen und weltwirtschaftlichen Problemen.

In seinem ersten Bericht (1908/1909) legte er daher sein Hauptaugenmerk auf die Lehre und die Erforschung des Seeverkehrs und der Weltwirtschaft, die ein Drittel des Staatswissenschaftlichen Seminars an der Universität Kiel bildete. In ihr sah Harms den Mittelpunkt für eine produktive Seminartätigkeit. Ihr Ausbau sollte deshalb besonders vorangetrieben werden:

¹ Ernst Abbe: Physiker, Erfinder, Unternehmer und Sozialreformer (*1840–†1905). Ernst Abbe hat in allen Bereichen seiner Tätigkeit Herausragendes geleistet und damit entscheidend zum technischen Vorsprung, zum Geschäftserfolg und zum Fortbestand der Unternehmen Carl Zeiss und SCHOTT beigetragen. Er wurde am 23. Januar 1840 in Eisenach geboren und wuchs in einfachen Verhältnissen auf. Durch ein Stipendium konnte er seine Ausbildung zum Mathematiker und Physiker beginnen. Er studierte von 1857 bis 1861 in Jena und Göttingen. 1863 habilitierte sich Abbe in Jena. Dort arbeitete er zunächst als Privatdozent, später auch als Direktor der Sternwarte Jena. Er war Miteigentümer der Firma Carl Zeiss korrespondierendes Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und gehörte der Königlich Sächsischen Gesellschaft der Wissenschaften an. Ernst Abbe starb am 14. Januar 1905 in Jena.

„Es ist meine Absicht, gerade die Abteilung für Seeverkehr und Weltwirtschaft systematisch auszubauen und sie zum Träger des ganzen Seminars zu machen.“

Zunächst wurden Harms Anträge auf finanzielle Unterstützung durch den Kurator jedoch abgelehnt. Somit sah er sich vor der Aufgabe, private Geldmittel zu akquirieren.

Am 27. Dezember 1910 verbuchte Harms einen Teilerfolg. Das *Staatswissenschaftliche Seminar* nannte sich nun auf Geheiß eines Ministererlasses *Staatswissenschaftliches Institut*.

Wenige Monate später (im Februar 1911) wurde die Einrichtung einer besonderen Abteilung für Seeverkehr und Weltwirtschaft vom Minister genehmigt. Eine Spende in Höhe von 50 000 Mark, gestiftet durch Bernhard Meyer, sollte zur Ausgestaltung des Instituts dienen.

Am 24. Februar 1911 wurde das Staatswissenschaftliche Institut mit seiner besonderen *Abteilung für Seeverkehr und Weltwirtschaft* im Rahmen einer Feierstunde eröffnet.

Harms sagte in einer Festrede zu seinen Intentionen, das Institut auszubauen:

„Viel wichtiger scheint mir zu sein, daß unsere Wissenschaft in dem systematischen Anbau neuer Gebiete des modernen Wirtschaftslebens nicht genügend Initiative besitzt und sich vom Ausland Jahr für Jahr mehr in den Hintergrund drängen läßt.“

Außerdem erwähnte er in dieser Rede, dass eine neue Ausrichtung der Nationalökonomie – weg von der Historik, hin zu aktuellen Problemen – notwendig sei.

Zur *Abteilung für Seeverkehr und Weltwirtschaft* sagte Harms:

„Mit ihr wird an deutschen Hochschulen zum ersten Male die Weltwirtschaft in den Mittelpunkt systematischer Studien gestellt und die Aufgabe in Angriff genommen, die Volkswirtschaftslehre zur Weltwirtschaftslehre fortzubilden ... Wir wollen das internationale Wirtschaftsleben beobachten, seine Bedingungen und Lebensäußerungen sowohl erforschen wie lehren.“

Für die Gründung eines eigenständigen Instituts fehlten Harms jedoch erst einmal hauptsächlich die finanziellen Mittel. Weil weder der Preußische Staat noch das Deutsche Reich seine Forderungen erfüllen wollten, warb Harms die benötigten Summen aus der Privatwirtschaft ein.

Am 18. Februar 1914 trugen Harms Bemühungen Früchte. In einem Ministeriumsschreiben wurde die Genehmigung für die Errichtung des *Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft* erteilt – der Zusatz *Seeverkehr* im Institutsnamen war dem Ministerium geschuldet, das die Meinung vertrat, dies müsse besonders betont werden – und Harms wurde zum Direktor ernannt. Offiziell wurde das Institut anlässlich der 25-jährigen Wiederkehr des Tages der Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II. errichtet.



*Das Königliche
Institut für See-
verkehr und
Weltwirtschaft
an der Universi-
tät Kiel, Schloß-
garten Nr. 14*

In dem aufwändig ausgebauten Haus am Schloßgarten Nr. 14 fand am 20. Februar 1914 die Eröffnung des Instituts statt.

Als ein der Universität angegliedertes Forschungs- und Lehrinstitut unterstand es dem Königlich Preußischen Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten.

In seiner Eröffnungsrede betonte Harms die Bestimmungen, die der Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten dem Institut auferlegt hatte: Sein Hauptaugenmerk sollte demnach auf Forschung und Lehre liegen.

2. Die Gründung des Wissenschaftlichen Clubs und frühe Aktivitäten

Die Anfänge des WWC reichen bis zu Harms' Antritt des Ordinariats 1908 zurück. Neben den größeren Vorlesungen organisierte Harms Seminare und Übungen in Kleingruppen, deren Größe 25 Teilnehmer nicht überschreiten sollte. So wollte er die aktive Teilnahme aller Studenten erreichen und förderte die Diskussion der Schüler untereinander sowie mit ihrem Lehrer. Dieser Ansatz war keineswegs gewöhnlich in einer Zeit, in welcher die Wahrung der professoralen Autorität oft wichtiger war als die Wissensvermittlung. Harms' enorme rhetorische Fähigkeiten erlaubten es ihm jedoch, den Studenten eine mündige Mitsprache zu erlauben und zugleich die Kontrolle zu wahren.

Zu dem Lehr-Konzept, aus welchem der Wissenschaftliche Club erwuchs, gehörte auch eine Abschaffung der großen Distanz zwischen älteren Professoren und jungen Studenten. Hierfür erfand Harms die Position des „Repetenten“. Zu Repetenten, also zu Leitern von kleinen Seminaren und Übungen, wurden zumeist frisch promovierte wissenschaftliche Mitarbeiter ernannt. Diese konnten so neben ihrer Forschung am Institut erste Erfahrungen in der Lehre sammeln. Diese Innovation fand bald an anderen preußischen Unis Nachahmung.

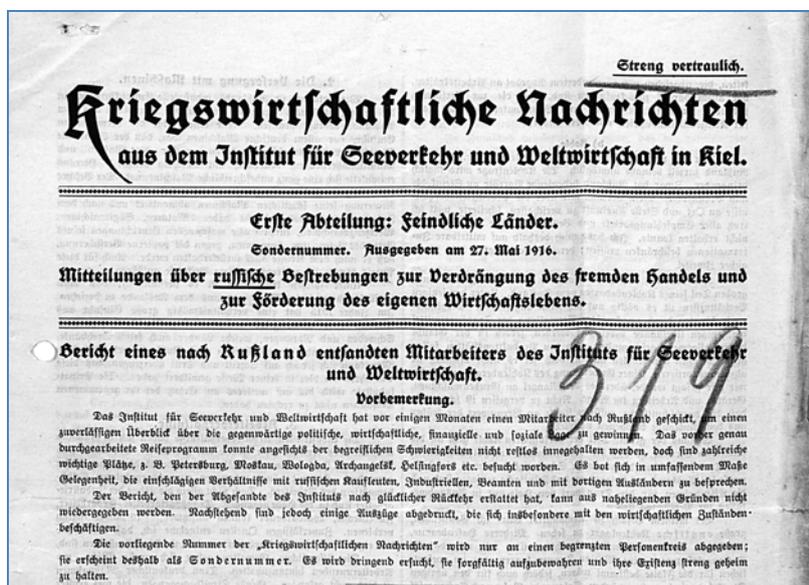
Die Diskussion von tagesaktuellen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Entwicklungen war ein Kernbestandteil des Club-Alltags in den ersten Jahrzehnten seines Bestehens. Dies resultierte ebenfalls aus Harms' frühen ersten Erfahrungen von der Nützlichkeit der Verknüpfung von abstrakter wissenschaftlicher Lehre mit der praktischen ökonomischen Entwicklung. Diese machte er, als er von 1908 bis 1914 Angehörige der Kieler Marineakademie in Volkswirtschaftslehre unterrichtete. In dieser Nebentätigkeit diskutierte er mit den angehenden Militärs über Aspekte wirtschaftlicher Kriegführung und über aktuelle wirtschaftspolitische Ereignisse und ihre militärische Bedeutung. Damit half Harms der

Marine in ihrer Vorbereitung auf den Ersten Weltkrieg. Auch dies ist eine Wurzel des Wirtschaftswissenschaftlichen Clubs.

Der enorme Aufstieg des IfW nach 1914 ist, ebenso wie die dadurch ermöglichte Gründung des WWC gut sechs Jahre später, ohne den Ersten Weltkrieg kaum vorstellbar. Nach einer Orientierungsphase stellte Harms das Institut ab Herbst 1915 vollständig in den Dienst der politischen und wirtschaftlichen Kriegsführung. Von den drei Säulen des Instituts, Lehre, Forschung und Beratung, wurden die ersten beiden zugunsten der Beratung fast vollständig zurückgestellt. Kaufleute, Wirtschaftsverbände, Rüstungsunternehmen und nicht zuletzt militärische Stellen wurden systematisch mit Informationen über die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland und in Deutschland versorgt.

Größtenteils wurden die Informationen im Stile einer Presseagentur durch die Lektüre von Zeitungen im 1914 gegründeten Wirtschaftsarchiv des IfW gewonnen. Das IfW betätigte sich jedoch auch als geheimdienstlicher Nachrichtendienst und betrieb Spionage. Einer der eingesetzten Agenten war der Norweger Ewald Bosse, der im Auftrag des IfW die Wirtschaft und die politische Stimmung Russlands auskundschaftete. Bosse, ein Förderer der Kieler Uni einer ihrer Honorarprofessoren, leitete später die 1921 gegründete deutsch-nordische Studentenvereinigung. Diese nutzte anfangs parallel zum WWC die Klub-Gebäude, bis ihre Feierlichkeiten nach Harms' Geschmack zu ausgelassen wurden.

Der Erste Weltkrieg schuf für Harms große Möglichkeiten zum Ausbau des Instituts, die dieser geschickt ergriff. Der Etat von 1915/1916 bedeutete bereits eine Verdoppelung der Ausgaben des letzten Vorkriegsetats, und stieg bis 1918/1919 inflationsbereinigt um nochmal 250% an. Damit verbunden war eine enorme Ausweitung des Personals, des Wirtschaftsarchivs sowie der Bibliothek, sodass das neue Gebäude im Schlossgarten 14 schon nach vier Jahren nicht mehr ausreichte.



Die Fördergesellschaft des *Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft*² kaufte Anfang 1919 das Clubgebäude des kaiserlichen Yachtclubs von der Friedrich Krupp AG für den sehr günstigen Preis von 1,25 Millionen Mark. Der Kauf erwies auch deswegen als besonders glücklich, weil aus Mitteln der bald wertlos gewordenen Staatsanleihen erfolgte. Aus diesen Liegenschaften entstand das spätere *Kollegienhaus*. Auch das Logierhaus, das spätere *Studienhaus*, ging in den Besitz des Instituts über.

² Die Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft wurde 1914 zusammen mit dem Institut gegründet.



*Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft
(vorne links: Kollegienhaus, rechts dahinter: Studienhaus)*

Am 10. November 1920 gründete Professor Dr. Bernhard Harms den „Wissenschaftlichen Club“. Harms wünschte, dass der Club eine Art Ergänzung zur Tätigkeit des Instituts darstellen sollte.

Der Wissenschaftliche Club war damals ein integrierter Teil des Instituts und der Direktor des Instituts kraft seines Amtes Vorsitzender des Vorstands des Clubs. Dem Vorstand gehörten außerdem neben dem stellvertretenden Direktor und dem Justitiar des Instituts Vertreter der Universitätsdozenten und der beamteten Mitglieder des Instituts an. Außerdem waren diejenigen Studenten, die am Institut assoziiert waren, im Vorstand präsent.



Das Studienhaus

Die erste Satzung des Clubs trat an seinem Gründungstag, am 10. November 1920, in Kraft. Aufgabe des Clubs war laut Satzung,

„[...]die Dozenten der Universität, die wissenschaftlichen Beamten und die studierenden Mitglieder des Instituts zu wissenschaftlicher Aussprache zusammenzuführen und ihnen zur Pflege persönlicher Beziehungen Gelegenheit zu geben.“

In Anlehnung an die englische Debattierkultur sollten Studenten gemeinsam mit Dozenten und wissenschaftlichen Mitgliedern des Instituts diskutieren und Erfahrungen austauschen. Sie sollten die Möglichkeit erhalten, die Kunst der freien Rede in lebhaften Debatten zu erlernen und ihre Persönlichkeit weiterzuentwickeln. Diese Form der wissenschaftlichen Auseinandersetzung sorgte für ein großes Zusammengehörigkeitsgefühl, denn die Studenten wurden in die aktuell relevanten Fragestellungen einbezogen.



Lesezimmer des Wissenschaftlichen Clubs

Die Veranstaltungen des Wissenschaftlichen Clubs fanden im großzügig eingerichteten Kollegienhaus statt. Insbesondere das *Lesezimmer*, das *Flensburger Zimmer* und die *Kajüte* waren eindrucksvoll. Das Lesezimmer des Clubs beherbergte eine 7000 Bände starke Handbibliothek.

Doch der Club bot nicht nur eine Diskussionsplattform, er organisierte zum Beispiel auch die Semestereröffnungs- bzw. Abschlussfeiern. Ganz besonders diese schon damals legendären Feiern ließen erkennen, wie leidenschaftlich sich Harms für seine Werte einsetzte. Geselligkeit wurde im Club von jeher groß geschrieben und sein Gründer ging auch hier – wie immer – mit gutem Beispiel voran. Im Zuge der Organisation dieser Feste ging Harms sogar so weit, dass er am 5. Mai 1922 eine Reise nach Berlin absagte, nur um sich besser auf die Festtagsvorbereitung konzentrieren zu können.



oben: Flensburger Zimmer (Gesamtansicht)



links: Blick in das Flensburger Zimmer

Dass der Club für ihn einen hohen Stellenwert hatte, zeigen Überlieferungen – mag man alten Berichten trauen, nach denen Harms auf diesen Feiern „mannigfache“ Reden hielt und „inbrünstig“ sang. Er ließ sogar eigens für diese Feiern ganze Liederbücher drucken und verteilen. Die Festlichkeiten zogen in ihren Glanzzeiten bis zu 300 Studierende und 20 Dozenten an. Im Zuge dieser Festlichkeiten verdiente sich „Weltwirt“ Harms wohl auch seinen Beinamen. Der Club stand selbstverständlich auch ausländischen Dozenten und

Studenten offen. Einer der Honorarprofessoren und frühen Mitarbeiter des Instituts, Dr. Bosse, zog viele Studenten aus den skandinavischen Ländern nach Kiel, die ebenfalls „tagend und feiernd“ im Club gern gesehene Gäste waren.



Großer Saal im Kollegienhaus

Bei aller Freude an Geselligkeit und Feierbereitschaft unterlag der Cluballtag trotzdem klaren Regeln – und dieser war keineswegs festlich geprägt. So war es beispielsweise im Club verboten, Karten zu spielen. Alkohol durfte bis zu einer gewissen Uhrzeit am Abend nicht konsumiert werden. Und Damen hatten den Club ab 20.00 Uhr zu verlassen. Ausnahmen dieser Regeln bildeten nur der Mittwoch und die Sonn- und Feiertage. Ferner durften Gäste nur dann das Clubhaus betreten, wenn sie vorher formal eingeführt worden waren.

In gewisser Weise übernahmen Harms und der Club auch eine erzieherische Funktion. Berichten zufolge soll sich Harms des Öfteren kritisch zur Jugend geäußert haben: Sie wäre zu sehr verwöhnt und hätte die Einstellung, dass die Allgemeinheit ihr Studentendasein mit-

finanzieren müsste. So kam es auch, dass Harms im Jahre 1925 ein Dutzend studentische Mitglieder aus dem Club warf, weil diese den Semesterbeitrag von 10 Reichsmark nicht bezahlt hatten. So lange der Zigarettenkonsum im Club aber stetig anstieg – so befand Harms –, so lange sollten die Studenten auch dazu in der Lage sein, den Semesterbeitrag zu leisten.



Unterhaltungs- und Erfrischungsräume des Wissenschaftlichen Clubs

Ab dem 4. Juni 1921 übernahm der Wissenschaftliche Club eine weitere Aufgabe. Im Rahmen seiner Tätigkeit richtete er eine neue Veranstaltungsreihe aus, die mit großem Engagement betrieben wurde: die sogenannten *Kieler Vorträge*. Bekannte in- und ausländische Gelehrte und Wirtschaftspraktiker hielten von nun an regelmäßig Vorträge im Club. Zur damaligen Zeit konnten nicht einmal große Universitäten ein solches Programm bieten. Das Ansehen des Clubs wuchs mit dieser Vortragsreihe ganz enorm.

Den Auftakt der renommierten Veranstaltungsreihe bildeten die Vorträge des (auch damals schon) hoch angesehenen Soziologen Franz

Oppenheimer („Die psychologische Wurzel von Sittlichkeit und Recht“) und des Kahlaer Porzellanfabrikanten Heinrich Fillmann („Aus der Praxis eines deutschen Industriellen aus der Nachkriegszeit“).



Kajüte des Wissenschaftlichen Clubs

In der Folge rückten immer mehr weltwirtschaftliche Fragestellungen in den Vordergrund. Themen wie die Ausgestaltung der Zollsysteme, internationale Währungsfragen, Probleme der Handelspolitik, Konjunktur und Wirtschaftsstruktur, Schiffahrtspolitik, kontinentale Wanderungen und die internationale landwirtschaftliche Arbeitsteilung gaben den Vorträgen eine Richtung.

Renommierete Wissenschaftler und Wirtschaftspolitiker aus dem In- und Ausland, wie zum Beispiel Sven Helander, Max Sering, Fritz Beckmann, Albert Hahn, Werner Sombart, Hans Luther und Jürgen Petersen, konnten für die Vortragsreihe gewonnen werden. Nach den Vorträgen ging die Debatte über das aktuelle Thema im Kollegienhaus

weiter. Es standen mehrere Räume zu Verfügung, die „zum Verweilen einladen und eine angenehme Atmosphäre schufen“.

Das weitreichende und überaus erfolgreiche Wirken des Wissenschaftlichen Clubs war geprägt vom großen Engagement der jeweiligen Direktoren.

Nachdem sich im April 1926 die *Abteilung für statistische Weltwirtschaftskunde und internationale Konjunkturforschung* im Institut etabliert hatte (erster Leiter: Adolf Löwe, danach: Gerhard Colm)³, stellte der Club die Ergebnisse von Forschungsarbeiten des Instituts zur Diskussion. Bevorzugte Themen der Kieler Vorträge waren Fragen und Forschungen zu Entwicklungstendenzen der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik im Ausland.

Zu diesen Themen referierten vorrangig ausländische Wirtschaftswissenschaftler. Bis Ende 1944 wurden 74 Vorträge veröffentlicht. Die tatsächliche Anzahl dürfte aber wesentlich höher gewesen sein. Institutsleiter und Präsident des Clubs war zu dieser Zeit Andreas Predöhl (1934–1945).

Es endete im Verlauf des Jahres 1944. Ein verheerender Luftangriff im Juli dieses Jahres zerstörte das Kollegienhaus und das Studienhaus weitgehend, mit der Folge, dass fast alle Abteilungen des Instituts nach Ratzeburg übersiedeln mussten.⁴

Die Geschichte des IfW wie auch die des Clubs im Nationalsozialismus ist noch im Prozess der Aufarbeitung. Aus den Vorträgen lässt sich die Zwiespältigkeit der Tätigkeiten belegen. Einerseits boten sie ein Forum für die deutschen Wirtschaftswissenschaftler und die Kieler Studenten, um mit renommierten ausländischen Professoren in Kontakt zu treten. Es

³ Adolf Löwe: Soziologe und Nationalökonom (1893–1995); Gerhard Colm: Volkswirt und Finanzwissenschaftler (1897–1968); zur sog. Astwik-Abteilung im IfW: Harald Hagemann (2008), Weltklasse für sieben Jahre. Die Konjunkturabteilung des IfW, in: Christian Albertina, Forschungen und Berichte der Christian-Albrechts-Universität Kiel, Heft 67

⁴ Die Luftangriffe auf Kiel sind zum Beispiel dokumentiert bei <<http://www.spurensuchesh.de/luftangriffe.htm>>.

sprachen u.a. Corrado Gini („Erfinder“ des Ungleichheits-Koeffizienten) oder der Princeton Professor Frank D. Graham. Andererseits, und dies war weitaus häufiger der Fall, sprachen Wissenschaftler, die nationalsozialistische Überzeugungen vertraten, sowie namhafte Vertreter aus Politik und Wirtschaft des dritten Reiches. In den Jahren vor dem zweiten Weltkrieg war die ökonomische Kriegsvorbereitung ein Schwerpunkt der Vortragstätigkeit. Hierzu sprach u.a. der einflussreiche Wehrwirtschaftsgeneral Thomas, für dessen Abteilung in der Wehrmacht das IfW später mehr als 500 Auftragsarbeiten erstellte. Die Tätigkeit des Clubs setzte sich im Krieg trotz des massiven Rückgangs der Studentenzahlen fort. Im Verlauf des Jahres 1944 wurde das IfW zum Schutz vor Luftangriffen evakuiert, hauptsächlich nach Ratzeburg. Noch Anfang 1945 wurden dort die nationalsozialistische Wirtschaftsplanung diskutiert.



Eine Formation amerikanischer B-24D-Bomber über Kiel (Foto: US-Air Force)

3. Der Wirtschaftswissenschaftliche Club nach 1945

Nach Ende des zweiten Weltkrieges begann mit der Neugründung des Clubs ein neuer Entwicklungsabschnitt. Bereits in den Jahren 1948/49 konstituierte sich eine studentische Gruppe – nunmehr als „Wirtschaftswissenschaftlicher Club“ (WWC). Fritz Baade war 1948 zum Präsidenten berufen worden. In Anlehnung an die positiven Erfahrungen aus der Weimarer Zeit ging es den Studenten vor allem darum, in eigener Regie Vorträge, Diskussionen und Unternehmensbesichtigungen durchzuführen, um Informationsdefizite abzubauen, Einblicke in die Wirtschaftspraxis zu gewinnen und die zwischenmenschlichen Beziehungen zu fördern. Die durchaus begrüßenswerten studentischen Initiativen stießen indes bald an Grenzen.

Die Referentenfrage bereitete zunehmend Sorge, da die Mitgliedsbeiträge nicht ausreichten, angemessene Honorare und Kostenschädigungen zu zahlen. Auf Drängen der Studentenschaft kam es deshalb Anfang 1952 zur Gründung des umfassenden Wirtschaftswissenschaftlichen Clubs *am* Institut für Weltwirtschaft (nicht mehr *des* Instituts).

Die Struktur des neuen Wirtschaftswissenschaftlichen Clubs unterschied sich deutlich von der Vorkriegsvereinigung. So konnten jetzt auch externe Personen aus der Verwaltung und dem Wirtschaftsleben Mitglied werden. Der Zugang zu den Clubveranstaltungen war generell frei für Gäste – es bedurfte also nicht mehr der aufwendigen Einführungsrituale wie in der Vorkriegszeit. Und – anders als in der Vorkriegszeit – existierte, bis etwa Mitte der 60er Jahre, innerhalb des Gesamtclubs eine überaus aktive studentische Gruppe mit voller Autonomie.

Der Vorstand setzte sich aus dem Institutsdirektor als Präses, einem Vertreter der wirtschaftswissenschaftlichen Ordinarien, dem Leiter der Redaktionsabteilung des IfW, Anton Zottmann, zwei Vertretern der studentischen Gruppe und einer Persönlichkeit aus dem Unternehmensbereich zusammen. In der Person von Anton Zottmann

sind Anknüpfungspunkte an die Zeit des Nationalsozialismus ersichtlich. Zottmann war als gebürtiger Österreicher unmittelbar nach dem „Anschluss“ Mitglied der NSDAP geworden und verbrachte die Jahre 1938 – 1945 im IfW hauptsächlich mit Forschungen der Wirtschaft von Kriegsgegnern. Nach 1945 arbeitete Zottmann noch Jahrzehnte im Institut.

Auch im neuen Club spielten Vorträge und Diskussionen eine zentrale Rolle. Sie trugen ganz wesentlich zur Außenwirkung des Instituts bei. Die Einladungen dazu wurden allein vom Wirtschaftswissenschaftlichen Club ausgesprochen, obwohl die Finanzierung größtenteils aus Institutsmitteln erfolgte.



Das Studienhaus nach dem Wiederaufbau 1948

Dies änderte sich, als Erich Schneider das Amt des Direktors des Instituts für Weltwirtschaft übernahm: Von nun an waren IfW und WWC gemeinsam Veranstalter.

Die Vortragsveranstaltungen genossen einen hervorragenden Ruf. Renommierete Wirtschaftswissenschaftler, Wirtschaftspolitiker und Wirtschaftspraktiker kamen an die Förde, um neuere Erkenntnisse zur Diskussion zu stellen und wirtschaftspolitische Vorschläge darzulegen. Die Vortragsthemen hatten zumeist aktuellen Bezug und fanden überwiegend große Resonanz.

Angesehene Wissenschaftler wie Gunnar Myrdal, Karl Schiller, Fritz Neumark, und Herbert Giersch sowie Persönlichkeiten aus der Wirtschaft wie Hermann Josef Abs, trugen zum hohen Renommee dieser Veranstaltungen bei. Den Vorträgen schlossen sich zumeist eingehende Diskussionen im Haus Welt-Club an. Großer Beliebtheit erfreuten sich aber auch noch andere Clubaktivitäten wie



Messingtafel in Haus Welt-Club von 1952

- die Durchführung internationaler Studienseminare, wie zum Beispiel im Mai 1952, auf dem die Professoren Erich Schneider, Andreas Predöhl, Gerhard Mackenroth und Michael Freund in Vorlesungen und Seminaren Spezialprobleme ihres Fachs und eigene Forschungsergebnisse vortrugen,
- Stiftungs- und Sommerfeste im Haus Welt-Club oder auch
- Liederabende, wie zum Beispiel im Mai 1970 mit Rüdiger Soltwedel, Martin Flicker und Nils Krämer.

Die vom Institut dem Wirtschaftswissenschaftlichen Club bis Anfang der sechziger Jahre zur Verfügung gestellten Räume nahmen sich – verglichen mit dem, was einmal war, relativ bescheiden aus.



Haus Welt-Club (Saal Universitas), Blick auf die Förde

Es handelte sich um zwei Räume im Erdgeschoss des Instituts, die aber – immerhin – mit clubeigenem Mobiliar ausgestattet waren. Dieses stammte aus einer großzügigen Schenkung von Theodor Sehmer in den fünfziger Jahren. Sehmer war einer der ersten Doktoranden von Bernhard Harms. Im Januar 1953 war er zum Ehrenpräses des Clubs ernannt worden. Neben ihm wurde diese Ehrung noch Andreas Predöhl zuteil (Februar 1954). Predöhl war Institutsleiter und Präses des WWC von 1934 bis 1945, weshalb seine Ehrung kritisch gesehen wird.

Etwa ab Mitte der sechziger Jahre schloss sich an die Nachkriegsperiode ein Zeitraum mit überaus umfangreichen und vielfältigen Aktivitäten des Clubs an, der durch relativ wenige eigenständige Clubveranstaltungen geprägt war.

Nach der Auflösung der studentischen Gruppe (etwa Mitte der sechziger Jahre), die in ihrer besten Zeit (also etwa Mitte der fünfziger Jahre) rund 150 Mitglieder hatte (ergänzend 225 andere Mitglieder), ging die Zahl der Clubmitglieder tendenziell stark zurück.



Das Olympiaheim (später: Haus Welt-Club)

4. Der Wirtschaftswissenschaftliche Club heute

Die Satzung des Wirtschaftswissenschaftlichen Clubs änderte sich über die Jahre nur geringfügig. In einer am 20. April 1970 in Kraft getretenen Satzung heißt es:

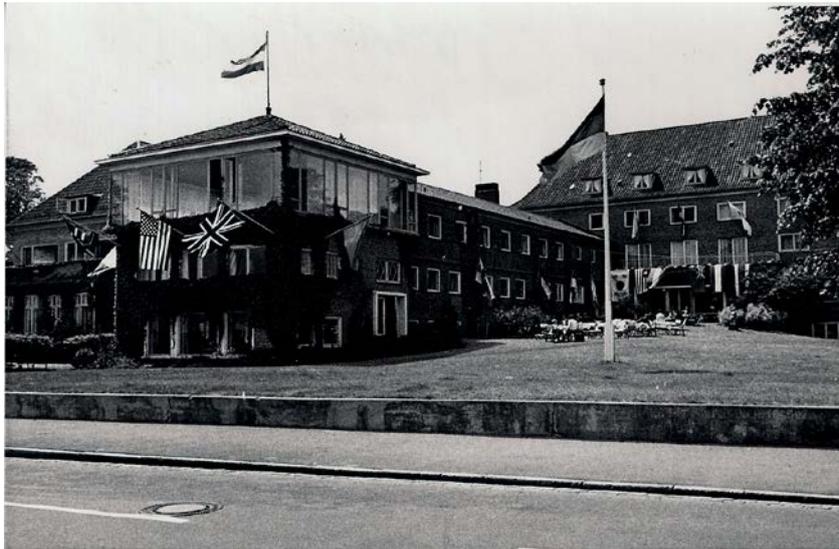
„Im Rahmen des Clubs sollen Dozenten, Assistenten, Studierende, ehemalige Studenten der Universität Kiel, wissenschaftliche Mitarbeiter des Instituts für Weltwirtschaft und Personen aus der Wirtschaftspraxis Gelegenheit haben, sich zusammenzufinden, um sich durch Vorträge, Diskussionen und zwanglose Unterhaltungen gegenseitig anzuregen, den Studierenden und Dozenten die Erfahrung aus der Praxis nahezubringen, sowie den ehemaligen Studenten und den Angehörigen des Wirtschaftslebens den Kontakt mit der Universität und dem Institut für Weltwirtschaft zu geben. Ferner soll die Verbindung mit Dozenten und Studenten der Wirtschaftswissenschaft anderer Universitäten gepflegt werden. Innerhalb dieser Grenzen sollen die Aufgaben im Einzelnen aus der Mitte des Clubs heraus erwachsen. Diese sollen keinen parteipolitischen Charakter tragen.“

In diesem Sinne luden der Club und das Institut wie in der Vergangenheit bekannte Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik ein, die über grundlegende Probleme aus allen Bereichen der Ökonomie sprachen und diskutierten.

Die Veranstaltungen fanden meist im Vortragssaal des Instituts statt. In der Folge sanken jedoch zunehmend das Engagement und die Mitgliederzahlen des Clubs. Erst zu Beginn der neunziger Jahre kam es auf Initiative mehrerer Mitglieder zu einer Wiederbelebung des Clubs. Nachdem der Mitgliederbestand auf etwa 60 Personen zurückgegangen war, stellte sich die Frage, ob sich Einrichtungen wie der Club überlebt hätten. Konsequenterweise wäre es dann sinnvoll gewesen, den Club aufzulösen.

Auf einer (eigens zur Beantwortung dieser Frage) einberufenen Mitgliederversammlung wurde jedoch beschlossen, vor einem solchen endgültigen Schritt erst einmal einige Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen anzubieten und zu beobachten, ob sich wieder ein

breiteres Interesse an derartigen Veranstaltungen herstellen ließe. So wurden jährlich drei bis vier Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen in einem kleineren, familiären Rahmen im Saal Universitas im Haus Welt-Club durchgeführt. Wie in der ersten Satzung des Wissenschaftlichen Clubs vorgesehen, nahmen an diesen Veranstaltungen nicht nur Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts, sondern auch Angehörige der Universität sowie Personen aus Politik und Wirtschaft teil.



*Haus Welt-Club am Hindenburgufer
(hier stand vor dem Krieg das Olympiaheim)*

Es zeigte sich, dass die Idee eines Wirtschaftswissenschaftlichen Clubs als Debattierclub, der Verbindungen zwischen verschiedenen Bereichen des Wirtschaftslebens herstellen sollte, durchaus aktuell war. In den neunziger Jahren stieg der Mitgliederbestand wieder an und das Interesse an den Clubveranstaltungen nahm spürbar zu. Heute hat der Club 129 Mitglieder.

Seit dem 28. November 2007 ist der Club als gemeinnütziger Verein im Vereinsregister beim Amtsgericht in Kiel eingetragen. In der aktuellen Satzung ist unter anderem festgehalten:

„Der Wirtschaftswissenschaftliche Club ist eine Vereinigung, die als Teil des Instituts für Weltwirtschaft Dienste und Veranstaltungen anbietet, die über die Aufgaben des Instituts hinausgehen. Geschäftsführendes Organ des Clubs ist das Präsidium, das aus fünf Mitgliedern besteht. Präses ist kraft Amtes der Präsident des Instituts. Die anderen Mitglieder des Präsidiums werden jeweils für ein Jahr gewählt.

Die Mitgliederversammlung wird mindestens einmal innerhalb eines Kalenderjahres einberufen. Sie fasst die Beschlüsse zu Aktivitäten und Aufgaben des Clubs.

Der Club bringt nach wie vor Mitarbeiter des Instituts und der Universität, Studierende und Personen aus der Wirtschaftspraxis zusammen und gibt ihnen die Gelegenheit, zu diskutieren und Erfahrungen auszutauschen. Außerdem bietet der Club zusammen mit dem Institut Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen für die interessierte Öffentlichkeit an. Der Club pflegt als Alumni-Club ebenfalls den Kontakt zu ehemaligen Beschäftigten des Instituts und hält sie über die Entwicklung des Instituts auf dem Laufenden.

Über die Mitgliedschaft im Club entscheidet das Präsidium. Die Mitgliedschaft steht allen Personen offen, die dem Institut für Weltwirtschaft nahe stehen. Besonders angesprochen sind die Beschäftigten und ehemaligen Beschäftigten des Institut für Weltwirtschaft und der Universität Kiel sowie Studentinnen und Studenten der Wirtschaftswissenschaften. Alle anderen an weltwirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Fragen Interessierten sind ebenfalls als Mitglieder willkommen.“

Dem Vorstand gehören aktuell (Februar 2015) folgende Mitglieder an:

- Prof. Dennis J. Snower, Ph.D. (Präses)
- Prof. Dr. Federico Foders
- M.A. Kai Springwald
- Dipl.-Volksw. Bernhard Klein (Geschäftsführer)
- Prof. Dr. Henning Klodt
- Dr. Michael Take

5. Kieler Vorträge und Bernhard-Harms-Vorlesungen

a) Kieler Vorträge (veröffentlicht [Datum des Vortrags])

1. Prof. Dr. phil et med. Franz Oppenheimer: Die psychologische Wurzel von Sittlichkeit und Recht, 1921
2. Heinrich Fillmann: Aus der Praxis eines deutschen Industriellen in der Nachkriegszeit, 1921.
3. Joseph Bergfried Esslen: Die Valutazölle der Gegenwart: ein Beitrag zur Theorie der Außenhandelspolitik, 1922.
4. Sven Helander: Schwedens Stellung in der Weltwirtschaft, 1922
5. Dr. Verrijn Stuart: Die heutige Arbeitslosigkeit im Lichte der Weltwirtschaftslage, 1922
6. Max Sering: Die Krisis der Weltwirtschaft und die auswärtige Wirtschaftspolitik, 1922.
7. Johannes Coenraad Kielstra: Die niederländischen Kolonien in Süd-Ostasien im Weltverkehr, 1922
8. Dr. L. v. Wiese: Die Weltwirtschaft als soziologisches Gebilde, 1923
9. Julius Hirsch: Die deutsche Währungsfrage, 1924

10. Friedrich v. Gottl-Ottlilienfeld: Fordismus? – Ueber Industrie und Technische Vernunft, 1926.
11. Franz Eulenburg: Probleme der deutschen Handelspolitik, 1926.
12. Heinrich Dietzel: Die Bedeutung des "Nationalen Systems" für die Vergangenheit und für die Gegenwart, 1925
13. . Johannes Coenraad Kielstra,: Wirtschaftliche und soziale Probleme in Niederländisch-Westindien, 1925.
14. Karl Pribram Probleme der internationalen Arbeitsstatistik, 1925
15. Heinrich Herkner: Steuernotwirtschaft, Steuerreform und Finanzausgleich, 1926.
16. Fritz Beckmann: Die internationale agrare Arbeitsteilung Europas, 1926.
17. Dr. Bruno Kuske: Die historischen Grundlagen der Weltwirtschaft, 1926.
18. Max Schlenker: Die Eisenindustrie in der Welt unter besonderer Berücksichtigung des internationalen Eisenpaktes, 1927.
19. Manuel Saitzew: Horizontal und Vertikal im Wandel der letzten Jahrzehnte: Begriffliches, Tatsächliches, Problematisches, 1927.
20. Prof. Dr. Augugust Skalweit: Die wirtschaftliche Emanzipation Südamerikas. Reise-Eindrücke, 1927.
21. Dr. L. V. Birck: Technischer Fortschritt und Überproduktion, 1927.

22. W. Susat: Über die Beziehungen zwischen Außenhandel und Volkswohlstand, 1927.
23. Harry Thomas Collings: Die Kapitalexpansion der Vereinigten Staaten in Lateinamerika, 1927.
24. Julius Hirsch: Neues Werden in der menschlichen Wirtschaft, 1927.
25. Franz Gutmann: Währungsideen und Währungsgestaltung in der Gegenwart, 1928.
26. Prof. Dr. Julius Landmann: Die Agrarpolitik des schweizerischen Industriestaates, 1928.
27. L. Albert Hahn: Aufgaben und Grenzen der Währungspolitik: eine Kritik der deutschen Währungspolitik seit der Stabilisierung, 1928.
28. August Müller: Die unmittelbaren Beziehungen zwischen den Genossenschaften der Landwirte und der Verbraucher: kritische Betrachtungen über Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz in Genf, 1928.
29. Karl Diehl: Die rechtlichen Grundlagen des Kapitalismus, 1929.
30. Moritz Rudolf Weyermann: Die Konjunktur und ihre Beziehungen zur Wirtschaftsstruktur, 1929.
31. G. H. Bousquet: Autarkie und weltwirtschaftliche Expansion als treibende Kräfte der französischen Wirtschaftspolitik der Gegenwart, 1930
32. Imre Ferenczi: Kontinentale Wanderungen und die Annäherung der Völker: ein geschichtlicher Überblick, 1930.

33. Werner Sombart: Nationalökonomie und Soziologie, 1930
34. Fritz Fleiner: Unitarismus und Föderalismus in der Schweiz und in den Vereinigten Staaten von Amerika, 1931
35. Gottfried Kunwald: Ehrliches und unehrliches Silbergeld, 1931.
36. Werner Richter: Goethe und der Staat, 1932.
37. Prof. Dr. Franz Eulenburg: Grossraumwirtschaft und Autarkie, 1932
38. Dr. Hans Luther: Wirtschaftsfragen der Gegenwart, 1932
39. Prof. Dr. Christian Eckert: Alter und neuer Imperialismus, 1932.
40. Prof. Dr. Fritz Roerig: Mittelalterliche Weltwirtschaft : Blüte und Ende einer Weltwirtschaftsperiode, 1933.
41. Graf Schwerin von Krosigk: Nationalsozialistische Finanzpolitik [27.11.1935], 1936.
42. Prof. Edward Lipinski: Deflation als Mittel der Konjunkturpolitik in Polen, 1936.
43. Dr. Verreijn Stuart: Die Industriepolitik der niederländischen Regierung, 1936.
44. Dr. Dr. Henry Laufenburger: Methoden der Krisenabwehr und der Konjunkturpolitik in Frankreich, 1936.
45. Dr. h.c. Frederik Hendrik (Frits) Fentener von Vlissingen: Die Auswirkungen staatlicher Massnahmen auf den Welthandel, 1936.

46. Prof. Dr. Charles R. Whittlesey: Gebundene und ungebundene Wechselkurse, 1936
47. Prof. Dr. Frank D. Graham: Die Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung, 1937.
48. Dr. Ing. Conrad Herrmann: Die Textilrohstoffversorgung Deutschlands, 1937
49. Prof. Dr. Corrado Gini: Die Probleme der internationalen Bevölkerungs- und Rohstoffverteilung, 1937.
50. Staatssekretär Gustav Koenigs: Aktive Schiffahrtspolitik, 1937.
51. Oberpräsident Gauleiter Josef Wagner: Die Preispolitik im Vierjahresplan, 1938.
52. Prof. Oskar N. Anderson. Struktur und Konjunktur der bulgarischen Volkswirtschaft, 1938
53. Dr. Max Ilgner: Exportsteigerung durch Einschaltung in die Industrialisierung der Welt, 1938.
54. Prof. Dr. Wilhelm Keilhau: Volkswirtschaft und weltwirtschaftliche Stellung Norwegens, 1938.
55. Prof. Dr. Christian Gustav Waldemar Schumann: Gold und Konjunktur in Südafrika, 1938
56. Dr. h.c. Per Jacobsson: Vergleich des Wirtschaftsaufstiegs in Grossbritannien, den Vereinigten Staaten und Schweden 1932 bis 1936, 1938.
57. Prof. Dr. Theo Suranyi-Unger: Nationale und internationale Preispolitik, 1938.

58. Prof. Dr. Jorgen Pedersen: Das Gleichgewicht der Wechselkurse und seine Bestimmungsgründe, 1939.
59. Prof. Dr. h.c. Otto von Franges: Die Bevölkerungsdichte als Triebkraft der Wirtschaftspolitik der südosteuropäischen Bauernstaaten, 1939.
60. Dr. C. Axel J. von Gadolin: Die Volkswirtschaft Finnlands und die weltwirtschaftlichen Verflechtungen in der Nachkriegszeit, 1939.
61. Präsident Albert Pietzsch: Zur Frage der Ordnung der weltwirtschaftlichen Beziehungen [12. Juli 1939], 1939.
62. Prof. Dr. Georgi Swrakoff: Wirtschaftsstruktur und Außenhandel Bulgariens [19. März 1940], 1940.
63. Prof. Dr. Wilhelm Credner Japan und die Vereinigten Staaten im Pazifischen Raum [9. April 1940], 1940.
64. Prof. Dr. Friedrich Vöchting die Parallelbewegung der Schweiz zum Nationalsozialismus im Deutschen Reich): Die Binnenkolonisation in Italien [27. Juni 1940] , 1941.
65. Min a.D. Prof. Dr. Felice Guarneri: Autarkie und Außenhandel [29. April 1941], 1941.
66. Min a.D. Prof. Dr. Gheorghe. N. Leon: Struktur und Entwicklungsmöglichkeiten der rumänischen Volkswirtschaft [10. Juni 1941], 1941.
67. Wilhelm Avieny: Strukturwandlungen der Weltmetallwirtschaft [14. Juli 1941], 1941.
68. Arthur Greiser: Der Aufbau im Osten [10. Juni 1942], 1942.

69. Prof. Dr. Robert van Genechten: Die Stellung der Niederlande innerhalb der wirtschaftlichen Neuordnung Europas [12. Juni 1942], 1942.
70. Wehrwirtschaftsführer Dr. Karl Weber: Litzmannstadt. Geschichte und Probleme eines Wirtschaftszentrums im deutschen Osten [9. Dezember 1942], 1943
71. Dr. Herbert Gross: Wirtschaftspolitische Tendenzen in den Vereinigten Staaten von Amerika [27. Januar 1943], 1943.
72. Dr. Ernst Jonas Höijer: Die Bevölkerungsentwicklung in Schweden im Vergleich mit der Deutschlands [24. März 1943], 1943.
73. Prof. Dr. Asmus Petersen: Die Aufgaben der Thünen-Forschung [ca. Juni 1944], 1944.
74. Exzellenz Dr. Roman Perpina Grau: Das Kolonisations- und Wirtschaftssystem Afrikas [15. Juni 1944], 1944.

b) Kieler Vorträge (unveröffentlicht)

- Max Warburg: Kapitalbildung und Wirtschaft, Mai 1926.
- Ministerialdirektor Richter: Die deutschen Universitäten in der Gegenwart, Mai 1930.
- Dr. W. Salewski: Das ausländische Kapital in der deutschen Wirtschaft, 1932.
- Dr. Hjalmar Schacht: Nationalsozialistische Bankreform, Sept. 1934.

- Dr. Hunke: Gibt es eine nationalsozialistische Volkswirtschaftslehre?, Dezember 1934.
- Staatssekretär Bajkitsch: Fragen der Balkanpolitik, Januar 1935.
- Prof. Dr. Manoiesco: Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa auf neuer Grundlage, Januar 1935.
- Dr. Cartalis: Der griechisch-türkische Bevölkerungsaustausch, eine neue Lösung des Nationalitätenproblems, 05.02.1935.
- Arthur Greiser: Danzig, die deutsche Brücke im Ostraum, 12.02.1935
- Prof. Leon Dupriez: Einwirkungen der langen Wellen auf die Entwicklung der Wirtschaft seit 1800, 28.05.1935.
- Prof. Dr. Ernst Wagemann: Probleme des Welthandels, Mai 1935.
- Prof. Dr. habil. Jessen: Reform des deutschen Finanzausgleichs, Mai 1936.
- Prof. Kühn: Strukturwandlungen der argentinischen Volkswirtschaft, Dezember 1937.
- Werner Daitz: Die Lebensgesetzlichkeit als Grundlage ihrer Innen- und Außenpolitik, Dezember 1937.
- Dr. Pajaujis: Litauen, Januar 1938.
- Prof. Dr. Mitsutaro Araki: Die wehrwirtschaftlichen Probleme der japanischen Kredit- und Finanzpolitik, Dezember 1938.

- Generalmajor Thomas: Wehrwirtschaftliche Erfahrungen des Jahres 1938, Januar 1939.
- Prof. Dr. Hunke: Theorie und Praxis der Weltwirtschaft, Oktober 1940. Vortrag entfiel wegen Kriegsdienst, Hunke war zu der Zeit Gauwirtschaftsberater der NSDAP in Berlin
- Dr. John Brech: Reiseeindrücke über den Wirtschaftsaufbau Italiens, 29.11.1940.
- Dr. Reinhard Hüber: Die Türkei – heute, Dezember 1941.
- Frau Dr. Irmgard Becker de Arlandis: Probleme des Wirtschaftlichen Wiederaufbaus Spaniens, Januar 1942.
- Dr. C. A. J. von Gadolin: Wirtschaftsprobleme Nordeuropas, Februar 1942.
- Prof. Dr. Lo Verde: Die italienische Kolonialpolitik und die Eingeborenen, Mai 1942.
- Dr. Hans Bolza: Kriegsfinanzierung und Staatsverschuldung, Dez. 1942.
- Prof. Dr. Bresciani-Turroni: Die Struktur der ägyptischen Volkswirtschaft, Februar 1943.
- Dr. Carl Axel Johan von Gadolin aus Helsingfors/Helsinki: Ostsee und Grossraum, 15.02.1943.
- Prof. Dr. Ernst Schuster: Die korporative Idee in Italien, Mitte Juli 1943.

c) Beträge ab 1950

3. Juli 1950: Prof. Höpker-Aschoff, Bundestagsabgeordneter, ehemaliger preußischer Finanzminister

Höpker-Aschoff befasst sich in seinem Vortrag mit der Fragestellung, ob Vollbeschäftigung durch Geldschöpfung zu erreichen sei. Infolge zu geringer Sparneigung sei am Kapitalmarkt eine Lücke entstanden, die Geldschöpfung füllen könne. Man müsse nun die Gefahr einer Geldschöpfung und die Gefahr der steigenden Arbeitslosenzahlen gegeneinander abwägen. Ein Konsens herrsche nur darüber, dass zu expansive Geldpolitik eine Gefahr in sich berge.

4. Dezember 1951: Seine Exzellenz Minister Prof. Dr. Mehmet Muhlis Ete, Ankara

Der Weg der Türkei von der Staatswirtschaft zur Privatwirtschaft

In seiner Funktion als Wirtschaftsminister spricht Ete vor dem Wirtschaftlichen Club. Da die Türkei lange Zeit von der Staatswirtschaft geprägt gewesen sei, sei es schwer, die Vorzüge der Privatwirtschaft durchzusetzen. Das System kranke an einem Mangel an Privatinitiative. Doch dank der Führer der bisherigen Staatsunternehmen könne langsam eine Privatwirtschaft aufgebaut werden, den Widerständen in der türkischen Bevölkerung zum Trotz, die es gewohnt sei, dass der Staat immer wieder helfend einspringe, wenn etwas nicht so laufe wie gedacht. Als unmittelbar an die Sowjetunion angrenzendes Land habe außerdem die westliche Welt ein Interesse daran, die inneren Kräfte der Türkei zu stärken, um ein „Bollwerk“ zu errichten.

15. Januar 1952: Prof. Dr. Helmut Schelsky, Akademie für Gemeinwirtschaft, Hamburg

Die industrielle Gesellschaft und das Problem der jugendlichen Arbeitslosigkeit

„Warum 596 000 arbeitslose Jugendliche?“ Dies fragen die Kieler Nachrichten am 17. Januar 1952. Schelsky führt drei Hauptursachen für die hohe Jugendarbeitslosigkeit auf:

- Die Produktionsformen: Niemand sei mehr bereit, sein komplettes Leben für den Beruf zu opfern. Dieser Argumentation folgend sagten viele Jugendliche, gerade auf dem Land, dass sie lieber Dauerarbeitslosigkeit in Kauf nähmen anstatt zu arbeiten. Die in die Industrie strebenden ländlichen Jugendlichen blieben so ohne Arbeit.
- Die Aufstiegsideale: Es gebe eine Verzerrung zwischen den Aufstiegsidealen und den realen Möglichkeiten. Viele Jugendliche lehnten aus Unwissenheit über den Beruf Angebote aus dem Bereich der alten Berufe ab, da sie vorhätten, „etwas Besseres“ zu werden.
- Familienverhältnisse: Ein großer Teil der jugendlichen Arbeitslosen komme aus zerrütteten Familien. Sei die Familie intakt, fange sie die schädlichen Wirkungen der Arbeitslosigkeit auf. Allzu intakte Verhältnisse wiederum verhinderten die Mobilität der Jugendlichen.

Schelsky zeigt in seinem Vortrag die Symptome auf, gibt jedoch keine Lösung des Problems vor.

29. Januar 1952: Prof. Dr. Walter Adolf Jöhr, Universität St. Gallen

Ist ein freiheitlicher Sozialismus möglich?

Auf diese Frage versucht Jöhr in seinem Vortrag eine Antwort zu geben. Zunächst definiert Jöhr seinen persönlichen Freiheitsbegriff. Man solle selbstgesteckte Ziele erreichen sowie politisch wie kulturell freie Entscheidungen treffen können. Unter Sozialismus verstehe er eine Wirtschaft, in der die Produktionsmittel Eigentum des Staates seien und in der der Staat die Wünsche der Verbraucher mit der Produktion vereinbare. Wenn der Staat dem Verbraucher oder dem Unternehmen aber vorschreibe, wieviel er bzw. es zu kaufen oder zu produzieren habe, so sei die Freiheit nicht mehr gegeben. Ein solch totales System könne weiterhin nur durchgeführt werden, wenn eine einzige Partei sämtliche Entscheidungsgewalt habe. Dies schränke wiederum die politische Freiheit ein. Jöhr kommt zu dem Schluss, dass jeglicher Schritt in Richtung Sozialismus zu einer Beschneidung der Freiheit führt. Er plädiere dafür, dass man die Marktwirtschaft auf jeden Fall erhalten solle.

8. Mai 1952: Prof. Axel de Gadolin, Helsinki

Soziale und wirtschaftliche Gesichtspunkte des finnischen Flüchtlingsproblems

Das Flüchtlingsproblem Finnlands wird zu jener Zeit als fast ebenso gravierend wie das Flüchtlingsproblem Deutschlands eingeschätzt. Entscheidend für die Lösung des Problems sei die schnelle Räumung Kareliens sowie die Notwendigkeit, weiterhin für die meist bäuerlichen Flüchtlinge genügend Land zur Verfügung zu stellen. Es sei hilfreich gewesen, dass es bei dem Vermögensausgleich eine Inflation gegeben habe. Ohne Inflation wäre eine Entschädigung der Flüchtlinge und die Leistung der sonstigen Kriegslasten nicht möglich gewesen. An den Vortrag, so berichten die Kieler Nachrichten am 10. Mai 1952, habe

sich unter der Leitung von Prof. Predöhl eine interessante Diskussion angeschlossen.

23. Februar 1953: Prof. Dr. Walther Hoffmann, Universität Münster

Wachstum und Entwicklungsaussichten der amerikanischen Wirtschaft

Von einer halbjährigen Studienreise zurückgekehrt, spricht Hoffmann davon, dass die USA ein wohlhabendes Land aufgrund des hohen Grades der Industrialisierung seien. Denn Rohstoffe müssten bereits heute in hohem Grad importiert werden und könnten somit keinen Grund für den Wohlstand bieten. Der wichtigste Faktor für Amerikas Reichtum sei aber ein ganz anderer: die Steigerung der Produktivität. Genau diesen Schlüssel zum Erfolg werde man in Amerika nicht verlieren und somit werde sich der starke Wachstumstrend in Amerika zumindest zunächst fortsetzen, wenn auch eventuell in etwas abgeschwächter Form.

11. Mai 1953: Prof. Dr. Jan Tinbergen, Den Haag

Die Steuerfrage in der Montanunion

An diesem Abend muss Tinbergen das Montan-Gutachten, an welchem er als Vorsitzender des Sachverständigenausschusses der Montanunion beteiligt ist, verteidigen. Das Gutachten beschäftigt sich mit dem Verkehr innerhalb der Montanunion und wie dieser zu versteuern/bezollen sei. Die Kieler Nationalökonominnen Prof. Dr. Gerfin und Prof. Dr. Erich Schneider sowie Dr. Albers und Herr Kulo verteidigen mit Nachdruck den deutschen Standpunkt. Wenn die Montanunion Tinbergens Gutachten folgten, ergäben sich kurz- und langfristig nachteilige Folgen.

Obwohl sich die Standpunkte sehr stark unterschieden, bewegte sich die Diskussion auf einem bemerkenswerten Niveau, schreibt Dr. Robert Platow vom Informationsdienst Hamburg. Am Ende der

Diskussion soll Tinbergen in privater Runde gesagt haben, dass er von der Argumentation der Kieler beeindruckt gewesen sei und sich mehr Gehör für diese wünsche.

13. Juli 1953: Dr. Hans Karl von Mangoldt, Präsident des Direktoriums der Europäischen Zahlungsunion

Europäische Zahlungsunion und ihre Aufgaben bei der Neuordnung des internationalen Zahlungsverkehrs

Mangoldts Vortrag findet in den damaligen Medien weit über die Grenzen Kiels hinaus breite Beachtung. Laut Hamburger Anzeigen und Nachrichten seien „bemerkenswerte Vorschläge zur Frage der Konvertierbarkeit der DM“ gemacht worden.

Die Meinung Mangoldts über die Herbeiführung einer Konvertierbarkeit der Währungen hat durch seine Position als Präsident der EZU besonderes Gewicht. Die Süddeutsche Zeitung berichtet, Mangoldt trete dafür ein, die Devisenbewirtschaftung weiter auszuhöhlen und die Restriktionen auf dem Handels- und Zahlungsgebiet zu beseitigen. Einhundertprozentige Liberalisierung liege in jedem Fall im Interesse der deutschen Wettbewerbsfähigkeit. Die Basis zu Ländern, mit denen Deutschland bilaterale Handelsabkommen pflege, müsse im Hinblick auf Konvertierbarkeit neu aufgestellt werden. Der Export müsse sich laut Mangoldt auf die Hartwährungsmärkte konzentrieren. Den besagten Ländern gegenüber solle man außerdem zur Dollarverrechnung übergehen, obwohl hier die Gefahr bestehe, dass Deutschland diese Länder an andere Industrieländer verlieren könne. Eine schrittweise Liberalisierung der Einfuhren aus dem Dollar-Raum sei außerdem sinnvoll, um so „Dollars zu sparen und um mehr Dollars zu verdienen“.

12. November 1953: Dr. Otmar Emminger, Direktoriumsmitglied der Bank Deutscher Länder

Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft

Emminger wird von Prof. Schneider vorgestellt als einer der wenigen, die am Schaltpult der Kreditpolitik saßen. Emminger kommt in seinem Vortrag zu der Erkenntnis, dass der Import einen nicht unwesentlichen Einfluss auf Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft ausmache, obwohl dieser Punkt oft vergessen worden sei. Er spricht sogar davon, dass in Deutschland Unterkonsum herrsche und dass die Pro-Kopf-Einfuhr kaum größer sei als in den Autarkie-Jahren nach 1936. Auf lange Sicht müsse man die Ausfuhr weiterhin fördern. Die Antwort auf die Frage, ob Deutschland ein strukturelles Überschussland sei, muss Emminger unbeantwortet lassen. Erst wenn der deutsche Kapitalmarkt reibungslos funktioniere, könne man die Probe aufs Exempel machen.

8. Januar 1954: Direktor Hermann J. Abs, Vorstandsmitglied der Süddeutschen Bank AG, Frankfurt am Main

Fragen der Zahlungsbilanz, des Geld- und Kapitalmarktes

Aus einer Mitteilung der Handelskammer Hamburg: „[...] nimmt Herr Abs Stellung zu den Fragen der Entwicklung der Zahlungsbilanz, der EZU im Besonderen und auch der Dollarbilanz, sowie zu der marktwirtschaftlichen Ordnung des Geld- und Kapitalmarktes.“ Abs sieht das große Sperrmark-Volumen der Bundesrepublik als Behinderung – sowohl für die Abwicklung im internationalen Zahlungsverkehr und den Übergang zur Konvertibilität als auch für den Geld- und Kapitalmarkt. Ebenfalls beschäftigt sich Abs mit den Fragen einer zukünftigen Steuerreform. Er kommt zu dem Schluss, eine drastische Senkung der Steuerlast sei erforderlich und es sei zu erwarten, dass die notwendigen Etatmittel bei einer günstigen Wirtschaftsentwicklung trotzdem bereitgestellt würden.

22. Januar 1954: Prof. Dr. Carl Iversen, Universität Kopenhagen

Probleme der Finanz- und Kreditpolitik der unterentwickelten Länder

Die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung widmet dem Vortrag einen langen Artikel, in dem die Begeisterung ob der modernen, theoretischen Analyse, gepaart mit genauer Ortskenntnis, zum Ausdruck gebracht wird. Nicht so sehr der Kapitalmangel hemme, so Iversen, den Fortschritt der unterentwickelten Länder, sondern vielmehr die soziale und administrative Rückständigkeit.

Laut Iversen ist eine Entwicklung ähnlich der westlichen Industriestaaten nur möglich, wenn eine Regierung die dafür notwendigen Maßnahmen, die im Übrigen nicht vom Volk ausgehen, rigoros planen und durchsetzen würde. Als Beispiele für solche Staaten nennt Iversen Russland und China.

4. Juni 1954: Prof. Dr. Günther Ipsen, Universität Münster/Dortmund

Menschenreserven und Nahrungsspielraum in der Sowjetunion

Ipsen zeichnet in seinem Vortrag ein nüchternes Bild zur Situation in der Sowjetunion. Die neu verkündete Agrarpolitik Chruschtschows habe nichts mit aktuellen politischen oder mit aktuellen Ernährungsschwierigkeiten zu tun. Das wirkliche Problem sei die Bevölkerungsentwicklung und eine fehlgeleitete Agrarpolitik in der Vergangenheit. Man habe sich nur darauf konzentriert, die Erträge der Flächen zu steigern, und setze nun, wo man gemerkt habe, dass die Ertragssteigerung nicht mit dem Bevölkerungswachstum standhalten könne, auf eine Ausdehnung der Anbauflächen. Man müsse es schaffen, in zehn Jahren 20 Prozent mehr Menschen zu ernähren.

28 Juni 1954: Prof. Dr. Otto von Mering, Tufts College/USA, zurzeit Universität Freiburg/Breisgau

Der Konjunkturrückgang in den Vereinigten Staaten, seine Wirkung und seine voraussichtliche Weiterentwicklung

„Amerikas Wirtschaft wird sich erholen“, titelt die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung Kiel. Mering verbreitet in seinem Vortrag schwachen Optimismus hinsichtlich der Lage der amerikanischen Wirtschaft. Vor allem die Bauindustrie sei von der Krise überhaupt nicht erfasst worden und bilde so weiter einen wichtigen Konjunkturträger. Die unternehmensfreundliche Politik der Eisenhower-Regierung sei Garantie dafür, dass es mit der Wirtschaft bald bergauf gehen müsse. Sein Vortrag wäre wohl republikanische Wahlpropaganda gewesen, hätte Mering ihn in Amerika gehalten, schreibt die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung. Auch mit der anschließenden Diskussion ist man offenbar nicht zufrieden. So wird bemängelt, dass Mering zu sehr auf seinen Standpunkten beharrt habe, die Diskussion dadurch teilweise unergiebig gewesen und ins Amüsante abgeglitten sei.

13. Juli 1954: Prof. Dr. Goetz A. Briefs, Claremont Men's College, Kalifornien

Der wirtschaftliche Liberalismus der zweiten Phase

Als zweite Phase des wirtschaftlichen Liberalismus bezeichnet Briefs den Liberalismus der „Massenverbände“. Diese Massenverbände richteten sich nicht nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage, sondern verhandelten vielmehr in ihren eigenen Gebäuden, fernab vom „Markt“, Preise und Löhne. Die Ordnung des Liberalismus verkomme dadurch zu einer Scheinordnung, resümiert Briefs. Als dritte Phase des Liberalismus bleibe nur noch die Auflösung des Liberalismus als Ganzes. Um dies zu verhindern, müssten die Verbände Einsicht zeigen und die Notwendigkeit zur Rückkehr zu den Marktgesetzen erkennen.

29. November 1954: Prof. Siegfried L. Gabriel, Wiesbaden

Zur Problematik der Preisbindung der zweiten Hand

Als „heißes Eisen für den Handel“ wird in jener Zeit die Preisbindung an die zweite Hand (Festsetzung von Preisen für Verbrauchsgüter durch die Hersteller) bezeichnet. Gabriel gibt in seinem Vortrag einen Einblick in die Begründung und die Entwicklung eben dieser Preisbindung. Sein damaliges Fazit: Verbraucher würden durch eine Preisbindung der zweiten Hand nicht benachteiligt, so lange sich die Unternehmen nicht untereinander absprechen.

3. Mai 1955: Dr. Wolf von Arnim, Botschaft der BRD, New Delhi, Indien

Die wirtschaftliche Entwicklung der Indischen Union unter Berücksichtigung der Deutschen Beteiligungsmöglichkeiten

Als früherer Mitarbeiter des IfW bezieht Arnim sich auf die Erkenntnis, dass sich Indien zu einem Industrieland entwickeln werde, ob man es wolle oder nicht. Als entscheidend für die deutsche Beteiligung bezeichne er die nächsten fünf bis zehn Jahre. Politisch stehe Indien erst am Anfang seiner wirtschaftlichen Möglichkeiten. Sei man zunächst damit beschäftigt gewesen, den landwirtschaftlichen Sektor zu stärken, so werde man in einem zweiten Fünfjahresplan den Schwerpunkt auf die Industrialisierung legen. Trotz allem sei Indien mehr Preis-, denn Qualitätsmarkt.

9. Juni 1955: Prof. Dr. Karl Mann, University of Washington, DC/USA

Volkswirtschaftliche Perspektiven in den Vereinigten Staaten

Die Kieler Nachrichten titeln: Häuser – Börsen – Automaten. Nach einer kurzen Rezession in den Jahren 1953 und 1954 zeichnet Mann ein boomendes Bild der amerikanischen Wirtschaft. Die Börse habe die Rezession weitestgehend übergangen. Die Spekulationen an der Börse seien sowohl Kriterium als auch Stütze des Booms. Die zweite

Säule des Booms seien Häuserbauten. Auch die Automobilindustrie trage einen großen Teil zum Boom bei. Einhergehend mit alledem Sorge zudem eine höhere Produktivitätsrate für gedämpften Optimismus.

4. Juli 1955: Prof. Dr. Herbert von Beckerath, Duke University, Durham, NC/USA

Die neue Industriegesellschaft

Beckerath, ein Gelehrter von Weltruf, ist der Auffassung, dass der liberale Staat ebenso wie die liberale Wirtschaft der Vergangenheit angehörte. Vielmehr gebe es einen neuen interventionistischen Staat, der selbst wirtschaftet. Die Wirtschaft selbst bezeichne er selbst als gemischt, das heißt, Behörden und Verbände stellten einen mächtigen Teil des wirtschaftlichen Lebens dar. Die Interventionen des Staates würden nur genutzt, um die Privatwirtschaft zu erhalten und zu steuern.

17. August 1955: Prof. Dr. Oswald von Nell-Breuning, Universität Frankfurt am Main

Evangelische und Katholische Soziallehre – Ein Vergleich

Einigkeiten und Unterschiede in den beiden Systemen der Soziallehre zeigt Nell-Breuning in seinem Vortrag auf. Die Kieler Nachrichten zitieren dazu: „Wer katholische Autoren zur Soziallehre lese, merkt manchmal gar nicht, daß sie Christen sind; bei evangelischen Autoren aber spürt man aus jedem Satz, daß sie nicht nur ihre Sprache, sondern auch ihre Kenntnisse aus den Heiligen Schriften haben.“

29. November 1955: Dr. Alfred Michaelis, Herausgeber Middle East Economist, Forest Hills, NY/USA

Wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven des Mittleren Ostens

Michaelis spricht in seinem Vortrag über die Entwicklungstendenzen des Mittleren Ostens. Vier Faktoren trieben demnach die Entwicklung

im Mittleren Osten hauptsächlich voran: der schnelle Bevölkerungsanstieg, die Industrialisierung, der Ausbau von landwirtschaftlichen und energiewirtschaftlichen Projekten und das Erdöl. Letzteres werde das Gebiet in den nächsten 20 Jahren zum Hauptversorger des Weltmarkts machen.

11. Januar 1956: Prof. Dr. Fritz Neumark, Universität Frankfurt am Main

Sinn und Grenzen einer allgemeinen Finanztheorie

Als einen „besonderen Leckerbissen“ beschreiben die damaligen Kieler Nachrichten den Vortrag Neumarks. Den Mittelpunkt des Vortrags bildet Neumarks Standpunkt: Eine selbstständige Finanztheorie, die weitgehend aus der allgemeinen Wirtschaftstheorie herausgelöst ist, habe volle Berechtigung. Die Finanzwissenschaft müsse sich stärker an der Wirklichkeit orientieren als die Wirtschaftstheorie. Trotzdem gingen beide Disziplinen Hand in Hand und profitierten voneinander.

15. Februar 1957: Dr. h.c. Karl Bernhard, Präsident des Zentralbankrats, Frankfurt am Main

Gedanken zur Kreditpolitik

In seinem Vortrag gibt Bernhard Einblicke in die grundlegenden Probleme der Notenbankpolitik. Gerade die Kreditpolitik sei eine der Marktwirtschaft besonders gemäße Form der wirtschaftspolitischen Entwicklung. Der Vorwurf, die Kreditpolitik sei eine zu global wirkende Maßnahme und könne nicht an den wirklich gefährdeten Punkten ansetzen, ist nach Bernhards Auffassung in Wirklichkeit ihr wahres Potential. Punktuelle Maßnahmen seien für ihn ein Irrweg, und deshalb sei die global wirkende Kreditpolitik ein unentbehrliches, marktconformes Instrument der Wirtschaftspolitik. Als weiteren Vorzug der Kreditpolitik führt Bernhard auf, dass sie der Notenbank ein Monopol für schnelles Eingreifen zur Verfügung stelle. Das

Erkennen der Grenzen der Kreditpolitik sei ein wichtiger Schritt, um diese nicht zu überfordern.

15. November 1957: Nationalrat Gottlieb Duttweiler, Präsident des Migros-Genossenschaftsbundes, Zürich

Der Mensch in der Wirtschaft

Nur ein Sonderaufgebot der Polizei kann dafür sorgen, dass der Verkehr rund um das IfW flüssig bleibt, so viel Aufmerksamkeit wird dem Schweizer „Volkstribun“ zuteil. Sein Vortrag hingegen findet nicht überall Anklang. Mit dem Menschen in der Wirtschaft scheint Duttweiler von Anfang an sich selbst zu meinen, und so trägt er allerlei Geschichten aus seinem Leben vor. Ob seiner beeindruckenden „Lebensbilanz“ (Migros macht 1956: 615 Millionen Mark Umsatz) verzeihen ihm wohl einige diese Fokussierung auf seine eigene Person. Zitat Duttweiler: „Meine Form des Handels ist Dienenwollen am Menschen und solches Dienen bringt automatisch Gewinn, Ich bin ein Opfer dieser Wahrheit geworden.“ Abschließend fallen die Meinungen deutlich differenziert aus. Einige bezeichnen ihn als Schaumschläger, andere nennen ihn einen großen Propagandisten. Letztlich bezeichnet sich Duttweiler selbst als ein Art Apostel, wenn er sagt: „Meine Wirtschaftstätigkeit ist Christentum im Alltag“. Eine volkswirtschaftliche Begründung seines wirtschaftlichen Handelns bleibt er jedoch schuldig.

22. November 1957: Ministerialrat Dr. Eberhard Günther, Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn

Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen – ein überflüssiges Gesetz?

„Wettbewerb kann man nicht erzwingen.“ Unter diesem Gesichtspunkt erläutert Günther, dass kein Gesetz und kein Richter den Unternehmern Wettbewerb aufzwingen könne. Vielmehr könne das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen lediglich den Unternehmer, der freie und unabhängige Entscheidungen treffen

wolle, vor dem Druck und Zwang seiner Mitbewerber schützen. Es gebe somit der wirtschaftlichen Freiheit eine Chance. Ob diese Chance genutzt werde, stehe nicht mehr in der Macht des Gesetzgebers. Der Staat müsse aber auch vorbeugend reagieren und nicht erst, wenn die Freiheit des Einzelnen bereits beschnitten worden sei.

22. Juni 1958: Prof. Dr. Reinhard Kamitz, Bundesminister für Finanzen, Wien

Vollbeschäftigung und stabile Währung

Kamitz stellt die These auf, dass eine stabile Währung die unabdingbare Voraussetzung für die Vollbeschäftigung sei. Dies unter der Annahme, dass man unter Vollbeschäftigung nicht die maximale Beschäftigung der Produktionsfaktoren, sondern ihre dauernde Ausschöpfung mit dem Ziel einer stetig expandierenden Wirtschaft verstehe. Eine stabile Währung sei deshalb Voraussetzung für Vollbeschäftigung, weil sie das notwendige Ausmaß des freiwilligen Sparens, welches nötig ist, gewährleisten könne. Aber auch nach außen hin sei eine stabile Währung wichtig. In Zeiten der starren Wechselkurse gerate ein Land nur bei geringster Inflation ins Zahlungsbilanzdefizit. Auch Kamitz konnte keine genaue Empfehlung geben, wie man eine stabile Währung dauerhaft gewährleisten könne, da die Methoden nach wie vor umstritten seien.

16. Juli 1959: Prof. Dr. Fritz Neumark, Finanzwissenschaftliches Seminar der Universität Frankfurt am Main

Schleichende Inflation und Fiskalpolitik

Neumark warnt davor, dass eine selbsterfüllende Prophezeiung erschaffen werde, sollte man weiterhin übertriebenermaßen auf inflationäre Tendenzen, die tatsächlich vorhanden seien, aufmerksam machen. Anders als nordamerikanische Ökonomen, die drei bis zehn Prozent Inflation pro Jahr noch als unbedenklich einstufen, sehe er schon eine Inflation von mehr als zwei Prozent in drei aufeinander folgenden Jahren und pro Jahr als bedenklich an. Analog dazu sei es

problematisch, wenn mehr als fünf Jahre hintereinander eine Inflation von mehr als einem Prozent herrsche. Bei der Wahl der Mittel, die zur Bekämpfung der Inflation einzusetzen sind, könne er keine Empfehlung aussprechen, da dies ein reines Politikum sei. Die erste Verteidigungslinie sei jedoch nicht die Fiskalpolitik, sondern die Politik der Notenbank. Das Zusammenspiel von Notenbank und Finanzministerium wird von Neumark jedoch bemängelt. Am Ende kommt Neumark zu dem Schluss, dass es nötig sei, bei Inflationsgefahr, eine Haushaltsausweitung gesetzlich zu beschränken.

7. Dezember 1959: Seine Magnifizienz Prof. Dr. Andreas Predöhl, Direktor des Instituts für Verkehrswissenschaft an der Universität Münster

Weltwirtschaft und europäische Integration

Einer der Kernsätze des Vortrags lautet: „Es gibt keine voneinander unabhängigen Volkswirtschaften in Europa. Die europäischen Volkswirtschaften sind überhaupt nur als Glieder eines großen Systems zu begreifen. Es gilt heute, dem europäischen Wirtschaftsraum als drittem Kraftfeld der Weltwirtschaft die verlorene Stellung wiederzugewinnen.“ Als ehemaliger Leiter des IfW spricht Predöhl davon, dass sich in Europa eine gewisse Desintegration vollzogen habe, nachdem ein paar bedeutende Staaten nach der Weltwirtschaftskrise Autarkiebestrebungen nachgingen. Ein Streben nach einer umfassenden Freihandelszone hält Predöhl angesichts dessen für den richtigen Weg. Insgesamt blickt Predöhl mit Zuversicht in die Zukunft: Man könne davon ausgehen, dass in den nächsten Jahren ein stetiges Wachstum vorhanden sei.

2. Dezember 1960: Dr. Ottmar Emminger, Direktoriumsmitglied der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main

Die Herrschaft der Schlagworte in der geld- und währungspolitischen Diskussion unserer Zeit

Emminger wendet sich in seinem Vortrag gegen die Herrschaft der Schlagworte in der währungspolitischen Diskussion. Die Bundesbank, so Emminger, habe immer dem inneren Gleichgewicht den Vorrang gegenüber dem äußeren Gleichgewicht gegeben. Als bemerkenswert werden Emmingers Ausführungen zur Entwicklungshilfe angesehen. Er hoffe, dass ein vielfach befürchteter Boomerang-Effekt nicht eintreten werde. Außerdem spreche er als Direktoriumsmitglied der Deutschen Bundesbank die Warnung aus, die Höhe der Entwicklungshilfen nicht an den Zahlungsbilanzüberschuss zu knüpfen, da dies kein echtes Kriterium für den Reichtum der westdeutschen Volkswirtschaft sei.

13. Juni 1961: Prof. Dr. Gottfried Haberler, Harvard University, Cambridge, MA/USA

Das Dollarproblem

Man könne Schwierigkeiten in der internationalen Zahlungsbilanz nur dann lösen, wenn sich die Defizitländer einer strengeren Geldpolitik unterwürfen. Gleichzeitig müssten die Überschussländer ihre Geldpolitik etwas auflockern. So das Fazit, zu dem Haberler in seinem Vortrag kommt. Für den Fall, dass die USA erneut in ein Zahlungsbilanzdefizit gerate, müssten die Nominallöhne ein oder zwei Jahre weniger schnell steigen als die Produktivität. Die Preise müssten während dieses Zeitraums relativ stabil gehalten werden. In Überschussländern müssten die Löhne wiederum stärker als die Produktivität steigen. Auch die Bundesrepublik Deutschland sei ein solches Überschussland, sagt Haberler.

22. Januar 1962: Prof. Dr. Fritz Machlup, Universität Princeton, NJ/USA

Die Pläne zur Reform des internationalen Geldwesens

„Projekt Welt-Währungssystem“, so titeln die Kieler Nachrichten am 24. Januar 1962. Das System der Gold-Devisen-Währung weise laut Machlup erhebliche Unzulänglichkeiten auf. Die Zunahme der Deckungsreserven sei sehr ungleich verteilt, was negative Zahlungsbilanzen in den USA und England aufzeigen. Eine relative Zunahme der Deckungsreserven berge für die Schuldner- und Gläubigerländer ein hohes Risiko, sollte sich der Kurs ändern. Machlup führte auf, wie die Aufwertung der D-Mark vor allem den Ländern helfe, die D-Mark als Deckungsreserven hielten. Dies sei vor allem Israel gewesen. Eine Verbreiterung der Devisendeckung durch Hinzunahme neuer Währungen sei denkbar. Ebenso eine Stützung der Schuldnerländer durch die Gläubigerländer oder ein zentralisiertes Bankensystem, bis hin zur Manipulation des Goldpreises und Einführung beweglicher Wechselkurse. Viele dieser Vorschläge halte Machlup jedoch für unzulänglich. Für wünschenswert halte Machlup feste Wechselkurse. Die jedoch seien nur möglich, wenn die miteinander verbundenen Länder keine Währungsautonomie ausübten.

30. Januar 1962: Dr. Klaus Waris, Präsident der Bank von Finnland, Helsinki

Entwicklungsprobleme der finnischen Wirtschaft

Waris fordert eine Revision der finnischen Budget-Politik. Trotz Vollbeschäftigung sei es in Finnland nicht zu vermeiden gewesen, in wirtschaftliche Schwierigkeiten zu geraten. Dies halte er für sehr gefährlich. Finnland stehe vor Problemen wie der ständigen Abwertung, der Lohn-Preisspirale und einem Konflikt mit der Staatsbank. Finnland müsse umgehend eine eigene Industrie aufbauen, da der Holzsektor auf Dauer nicht allein die ganze Wirtschaft stützen könne. Um den Aufbau der Industrie finanzieren zu können, brauche Finnland unbedingt Entwicklungskredite der Weltbank. Aufgrund der

niedrigen Auslandsschulden sei eine Aufnahme von Krediten in Höhe von 30 Millionen US-Dollar pro Jahr unproblematisch.

15. Februar 1962: Seine Exzellenz Prof. Dr. Kjeld Philip, Königlich Dänischer Wirtschaftsminister

Wirtschaftsstruktur und Strukturpolitik

In seinem viel beachteten Vortrag spricht Philip über die Möglichkeiten der Abschöpfung von Arbeitskräften, vor allem aus dem landwirtschaftlichen Bereich, um sie in den Städten einzusetzen. Vor allem die Sicht Dänemarks auf diese Fragestellung steht im Mittelpunkt seines Vortrags. Laut Philip arbeiteten zu viele Menschen im landwirtschaftlichen Bereich, obwohl die Versorgung der Gesellschaft durch bessere technische Mittel und bessere Ausbildung längst von einem viel geringeren Teil bewerkstelligt werden könnte. Dieser Problematik müssten sich auch viele andere europäische Länder stellen. Dänemark müsse sogar Agrargüter exportieren, da es über das Dreifache seines Bedarfs produziere. Zum Schluss seines Vortrages betont Philip Dänemarks Wunsch zu einem EWG-Beitritt.

29. Mai 1962: Seine Exzellenz Prof. Dr. J. Zijlstra, Königlich Niederländischer Finanzminister

Möglichkeiten und Grenzen der Konjunkturpolitik

Nach Zijlstras Erkenntnissen könnten nur dann Erfolge erzielt werden, wenn man sich aller möglichen Instrumente in der zweckmäßigen Reihenfolge und zur rechten Zeit bediene. Dies schreibt die Zeitung „Blick durch die Wirtschaft“. Greife man zu spät ein, so griffen die Maßnahmen nur noch dann, wenn man sie verstärkte. Dies führte dazu, dass sie letztendlich unwirksam und unausgeglichen seien. Grundsätzlich spricht sich Zijlstra für eine antizyklische Finanzpolitik aus, selbst wenn sich eine Volkswirtschaft in einer Hochkonjunktur befinde.

10. Mai 1963: Karl Blessing, Präsident der Deutschen Bundesbank

Betrachtungen zum gegenwärtigen Weltwährungssystem

In seinem Vortrag verteidigt Blessing das gegenwärtig bestehende System. Es sei besser als sein Ruf. Unnötig sei es, das auf dem Gold-Devisen-Standard beruhende internationale Währungssystem zu reformieren. Durch den Einbau erheblicher Sicherungen sei das System so gut gerüstet, dass sich die Vorkommnisse der dreißiger Jahre nicht wiederholen können. Auch den Problemen der Zukunft sei das System gewachsen. Als sicherste Garantie für das bestehende System sehe Blessing das gute Funktionieren des IWF. Es müssten jedoch noch einige Ungerechtigkeiten beseitigt werden und alle beteiligten Länder zu einer gleichmäßigeren Reservehaltung kommen.

13. Dezember 1963: Dr. h.c. Hermann J. Abs, Vorstandsvorsitzender Deutsche Bank AG

Aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik

Der Sprecher des Vorstands der Deutschen Bank AG fordert vor dem Wirtschaftswissenschaftlichen Club die Errichtung einer internationalen Kreditkontrollstelle, die den kompletten Kreditverkehr überwachen müsse. Die internationalen Auswirkungen von finanziellen Zusammenbrüchen einzelner Unternehmen sei die Folge der zunehmenden Konvertibilität. Es sei heutzutage leichter mit ausländischen Krediten (als mit inländischen Krediten), eine Schuldenpyramide aufzubauen, da es keine Instanz gebe, die den Umfang der Verpflichtungen einzelner Schuldner erfassen könne. Als positives Beispiel nennt er Deutschland, wo jedes Kreditinstitut ein Engagement über einer Million Mark melden müsse und auf diese Weise jeder Kreditgeber wisse, wie hoch in etwa die inländische Gesamtverschuldung eines einzelnen Kreditnehmers sei. Die im Ausland aufgenommenen Kredite fänden sich demgegenüber in keiner Statistik wieder.

12. Mai 1964: Prof. Dr. Otto Pfleiderer, Präsident der Landeszentralbank in Baden-Württemberg

Währungsordnung und europäische Integration

Pfleiderer plädiert in seinem Vortrag für eine gemeinsame Währungspolitik der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Gerade das Gebiet der Währungsordnung und der Währungspolitik offenbare klare Trennlinien zwischen den einzelnen EWG-Staaten. Es sei eine Überlegung wert, ob man warten solle, bis die gemeinsame Lösung den Beteiligten „wie eine reife Frucht“ in den Schoß falle, oder ob man die Übergangszeit zum Zweck der Vorbereitung nutze. Einer seiner Vorschläge ist es, den bankmäßigen Zahlungsverkehr mit dem Ausland durch internationalen Giroverkehr zwischen den Notenbanken zu ersetzen. Außerdem sei es wünschenswert, wenn die Gemeinschaft ihre Währungsreserven in einem gemeinsamen Fonds zusammenlegte.

10. November 1964: Walter Scheel, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bonn

Aktuelle Probleme der Entwicklungspolitik

Die Zusagen für Projekte der Entwicklungshilfe haben sich seit dem Jahr 1962 laut Scheel um jährlich rund 200 Millionen Mark verringert. Der „Zusageberg“ für Entwicklungshilfe, den die Bundesrepublik vor sich herschiebe, sei außerdem von 8,5 Milliarden Mark auf 4,7 Milliarden Mark gesunken. Die Gesamtverschuldung aller Entwicklungsländer beziffert Scheel auf etwa 112 Milliarden Mark. Der Abbau dieser Verschuldung könne den Entwicklungsländern ernste Schwierigkeiten bereiten. Eine jährliche Tilgung von vier bis fünf Milliarden Dollar bedeute, dass verschiedene Länder 25 bis 50 Prozent ihrer Deviseneinnahmen aus Exporten für diese Aufgabe bereitstellen müssten. Nur eine Verlängerung der Kreditlaufzeiten und ein Herabdrücken des Zinssatzes könnten eine Änderung dieser Situation bewirken. Scheel sichert jedoch auch zu, dass es zu keiner Zahlungseinstellung durch die Entwicklungsländer kommen werde, da

sowohl das Risiko für die Schuldner als auch für die Gläubiger zu hoch sei.

10. Dezember 1964: Baurat h.c. Dipl.-Ing. Walter Hitzinger, Vorstandsvorsitzender Daimler-Benz AG

Europäische Automobilindustrie

Der gemeinsame Markt in Europa und die Konkurrenzunternehmen aus Amerika zwingen die europäische Automobilindustrie zur Konzentration. Zu diesem Schluss kommt Hitzinger in seinem Vortrag über die europäische Automobilindustrie. Es sei vollkommen logisch, dass ein wirtschaftlicher Großraum, wie der in Europa geschaffene, die Marktbedingungen verändere und den Trend der Unternehmenskonzentration verstärke. Der Hauptkonkurrent und somit die Ursache für diese Konzentrationsbewegung sei aber Amerika. Hier teilten sich vier große Unternehmen die Kraftfahrzeugherzeugung auf, während es in Europa knapp 20 Unternehmen seien.

15. Januar 1965: Dr. Dr. h.c. Ernst Georg Schneider, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstags

Zur Frage der Vermögensbildung

In seinem Vortrag wendet sich Schneider gegen jede Form des Sparzwanges bei der Vermögensbildung von Arbeitnehmern. Seine Begründung dafür: Die Gefahr sei zu hoch den Stellenwert des Sparens in den Köpfen der Menschen dadurch abzuwerten. Außerdem werde dem versorgungsstaatlichen Denken Vorschub geleistet. Auch die Auswirkung auf die Geldwertstabilität gelte es zu beachten. Je nach Lage wirke sich ein zusätzlich zu zahlender Betrag entweder negativ auf die Unternehmensgewinne oder auf die Preise aus. Insgesamt, so Schneider, seien in der bisherigen Diskussion um die Vermögensbildung die ökonomischen Gesichtspunkte zu kurz gekommen. Stattdessen seien gesellschaftspolitische und ethische Motive dominant.

19. Februar 1965: Prof. Dr. Walter Hallstein, Präsident der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

Die echten Probleme der europäischen Integration

In diesem viel beachteten Vortrag spricht Hallstein über die „echten“ Probleme der europäischen Integration. Am 4. Dezember 1964 hatte er bereits vor dem Royal Institute of National Affairs in London über die „falschen“ Probleme seinen Bericht abgelegt. In der letzten Veranstaltung des vorangegangenen Semesters sprach Hallstein vor allem darüber, wie man den Wechsel von bisher nationalen Politiken zu einer Gemeinschaft vollziehen sollte. Den für Europa eingeschlagenen Weg hält er für „nützlich, unentbehrlich und auch unabwendbar“. Er begründet dies dadurch, dass man mit so großen Mächten konkurrieren müsse und dies nur in einer Gemeinschaft zu bewältigen sei.

19. Mai 1965: Prof. Dr. Jacques Le Bourva, Universität Rennes

Die Theorie der Inflation unserer Zeit

Mehr als nur eine Ursache habe die Inflation in der damaligen Zeit, meint Le Bourva. Auch folgten unerwartete Konsequenzen, die man so nicht voraussagen könne. Ein mögliches Ungleichgewicht in der Wirtschaft werde sich weiter vergrößern. In seinen Ausführungen bezieht Le Bourva sich auf die schleichende Inflation, die auch als „Preis“ für Wirtschaftswachstum angesehen werden könne. Seiner Meinung nach könnten aber Maßnahmen ergriffen werden, um diesen Prozess zu verhindern. Zu den Ursachen sagt er, dass hauptsächlich der Überhang der Nachfrage zu Preisen in einem gegebenen Zeitpunkt über das Angebot in bestimmten Sektoren der Wirtschaft und die Kosteninflation verantwortlich seien.

11. November 1965: Staatssekretär Dr. Wolfram Langer, Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn

Sicherung der Geldwertstabilität – Eine Aufgabe der Konjunktur-, Struktur- und Wachstumspolitik

Vordringlichste Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik sei es, die Preisstabilität zu erhalten, sagt Langer in der ersten Veranstaltung des Wintersemesters. Langer führt vier Gründe auf, weshalb es seiner Meinung nach wichtig sei, Preisstabilität zu erreichen:

- Preissteigerungen führten zu einem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland,
- soziale Ungerechtigkeiten entstünden, da Preissteigerungen die Bildung von Sachvermögen begünstigten,
- die Inflation sei unkontrollierbar und könne plötzlich und unerwartete Sprünge machen,
- wirtschaftliche Stabilität sei eine Voraussetzung für politische Stabilität.

Man könne, so Langer, von Preisstabilität sprechen, wenn der Index der Lebenshaltungskosten zwischen 1 und 1,5 Prozent pro Jahr steige. Hauptsächlich sei die Fiskalpolitik für die Einhaltung dieser Ziele verantwortlich.

11. Mai 1966: Prof. Dr. jur. Dr.-Ing E.h. H.M. Oeftering, Präsident und Vorstandsmitglied Deutsche Bundesbahn

Probleme der Deutschen Bundesbahn von heute und morgen

Die Zukunft der Bahn liege in der Kybernetik und der Automation. Der Mensch werde immer weiter in den Hintergrund treten und lediglich Planungs- und Kontrollaufgaben wahrnehmen, während Computer einen Großteil der Arbeit übernehmen werden. Nehme sich die Bahn dieser neuen Techniken rechtzeitig an, so könne man entspannt in die Zukunft blicken. Gerade gegenüber dem Straßenverkehr habe man den Vorteil, platzsparender und vor allem mit

geringerem Aufwand transportieren zu können. Dem Flugzeug gegenüber sei man auf Reisen bis zu 600 Kilometern konkurrenzfähig. Um diese Konkurrenzfähigkeit zu gewährleisten, müsse man zwischen den Knotenpunkten Europas Schnellverbindungen mit Geschwindigkeiten bis zu 300 Kilometern pro Stunde einrichten. Zur Finanzierung dieser Pläne müsse der Bund den Eigenkapitalanteil erhöhen, da eine Fremdkapitalaufnahme (zu den damaligen Konditionen) nicht möglich oder nur sehr schwer durchführbar erscheine.

9. Dezember 1970: Dr. C.H. Hahn, Vorstandsmitglied Volkswagen-Werk AG

Der Strukturwandel auf dem Automobilmarkt

Eine Prognose für die Zukunft liefert Hahn in seinem Vortrag. Bis zum Jahre 1980 werde jedes dritte gefertigte Automobil aus einer westeuropäischen Fabrik stammen. Auch der Anteil der USA an der Weltproduktion werde bis dahin auf gut dreißig Prozent sinken. Japan werde die dritte große Automacht. Dem Land werden in zehn Jahren circa fünfundzwanzig Prozent der Autoherstellung zuteil. Auch die weltweite Konzentration auf dem Automobilmarkt wird von Hahn beleuchtet. Sie bringe dem Kunden viele Vorteile. So seien die Produkte für den Verbraucher billiger geworden. Man könne außerdem Service und Produktpalette erweitern und verbessern.

7. Oktober 1971: Öffentliche Podiumsdiskussion

Aktuelle Fragen der Währungspolitik

Unter der Leitung von Prof. Herbert Giersch diskutierten Dr. Müller-Enders vom Bundesministerium für Wirtschaft und Prof. Dr. Egon Sohmen von der Universität Heidelberg. Da die übrigen Länder ihre Wechselkurse nicht frei einpendeln ließen, stellte sich die Frage, ob Deutschland, nachdem es 1971 als erstes Land das reine Floaten eingeführt habe, zum schmutzigen Floaten übergehen müsse. Dies ist die These von Müller-Endres. Das Bundeswirtschaftsministerium sei der Ansicht, dass die D-Mark zu stark aufgewertet sei. Beginne man

„schmutzig zu floaten“, so seien realistische Bedingungen für ein Festschreiben der Wechselkurse gegeben.

Sohmen hingegen ist dem Prinzip der freien Wechselkurse zugeneigt. Eine zu hoch aufgewertete D-Mark könne aber auch die Vollbeschäftigung gefährden, weshalb die Bundesbank dazu aufgerufen worden sei, eine expansivere Geldpolitik zu fahren.

Uneinig sind sich die Diskutanten über das geplante Bardepotgesetz. Müller-Endres sieht darin ein Mittel, um die spekulativen Kapitalströme zu unterbinden (dies sei besonders im Hinblick auf die angestrebte europäische Währungsunion bedeutsam), während Sohmen die Auffassung vertritt, dass jegliche Einschränkung des Kapitalverkehrs gegen die Ideale einer Währungsunion spreche. Einigkeit herrscht darüber, dass für die zukünftige Währungsordnung angemessene Bandbreiten und notwendige Paritätsänderungen zur rechten Zeit durchgeführt werden müssen.

10. November 1971: Prof. Dr. Emil Küng, Handels-Hochschule St. Gallen

Die Volkswirtschaftslehre auf dem Weg ins 21. Jahrhundert

Küng beklagt, dass die Wirtschaftswissenschaft immer noch einen Kampf gegen die Armut führten. Damit bekämpfe sie ein längst veraltetes Problem. Ein zunehmend schlechtes Gefühl bezüglich des heutigen Wohlstandes hänge eventuell damit zusammen, dass Glücksempfinden und Gütermenge nicht so sehr zusammengehören wie ehemals angenommen. Dies liege, so Küng, vor allem an zwei „Fehlern“, die die Volkswirtschaftslehre gemacht habe. Zum einen habe sie sich zu stark auf die einzelne Person und deren Bedürfnisse beschränkt und nicht das große Ganze in den Vordergrund gerückt. Zum anderen habe sie der tatsächlichen Versorgungslage eine zu hohe Bedeutung als Indikator für die Wirtschaft beigemessen. Kritik sei außerdem laut an der Verschwendungssucht der bisherigen Wirtschaft zu üben, die, gesetzt den Fall, dass sich nichts mehr ändere, dazu führen werde, dass die Nachkommen in der Zukunft vor einer Kata-

strophe stünden. Der Volkswirtschaft erteile er die Aufgabe, Lösungen für die Bevölkerungsentwicklung und die infrastrukturellen Probleme zu finden.

26. Juni 1972: Prof. Wilfried Beckerman, Head of the Department of Political Economy, University College London

Scientists, Economists and Environmental Catastrophe

In diesem Vortrag führt Beckerman eine Studie des Massachusetts Institute of Technology (MIT) ad absurdum, die besagt, dass die Grenzen des Wirtschaftswachstums in circa 100 Jahren erreicht seien. Punkt für Punkt widerlegt der Referent, weshalb die Studie unsinnig sei. Sie lasse viele Punkte völlig außer Acht, unterschätze gewisse Prozesse oder erkläre nicht einmal, wieso sich bestimmte Koeffizienten plötzlich veränderten. Auch weit über hundert Jahre hinaus werde die Bevölkerung wachsen. Außerdem werde ein dauerndes Wirtschaftswachstum die wirtschaftlichen Verhältnisse verbessern.

15. Januar 1974: Prof. Dr. Fritz Machlup, Princeton University, NJ

Der Außenwert des Dollar

Machlup bringt in seinem Vortrag seine Auffassung zum Ausdruck, nach der es keine festen Wechselkurse gebe und geben könne. Der Wechselkurs müsse sich selbst auf völlig freien Märkten nach den Elastizitäten von Angebot und Nachfrage richten und sei somit täglichen Schwankungen unterworfen. Ändere man ständig ein bisschen die Devisenkurse, werde den Spekulanten außerdem der Anreiz genommen.

9. Januar 1975: Diskussionsabend

Krise der Weltwirtschaft

Die Diskussionsrunde Anfang Januar 1975 steht unter dem Zeichen der damaligen Krise. Eine Schlüsselrolle im Kampf um die

Arbeitsplätze wird der Lohnpolitik beigemessen. Außerdem könne nur ein global koordiniertes Aktionsprogramm die Probleme in der Rohstoffversorgung beheben. Zweistellige Inflationsraten im Jahr 1974 und gleichzeitig hohe Arbeitslosenzahlen müssten zwangsläufig dafür sorgen, dass bei den Ökonomen ein Umdenken einsetze, meint einer der Referenten. Man habe nicht länger die Wahl zwischen Arbeitslosigkeit oder Inflation, sondern müsse akzeptieren, dass beides nebeneinander hergehe.

An die Gewerkschaften geht der Appell, sich in den Lohnforderungen zurückzuhalten. Einer stärkeren internationalen Arbeitsteilung wird helfende Wirkung nachgesagt. Durch sie könne eine längerfristige Rezession vermieden werden.

6. April 1977: Staatssekretär Karl Otto Pöhl, Bundesministerium für Finanzen, Bonn

Probleme der internationalen Währungs- und Wirtschaftspolitik

Pöhl kommt zu dem Schluss, dass die Entwicklungsländer noch einiges tun müssen, um Kapitalimporte attraktiver und die Privatinvestitionen sicherer zu machen. Bei der Behandlung der Probleme der Dritten Welt solle man, seiner Auffassung nach, bei der Einzelverhandlung bei den Schuldenregelungen bleiben und von einer globalen Lösung Abstand nehmen. Im Zuge dessen sei es dringend notwendig, dass die Überschussländer weiterhin an der Bereitschaft zur Kreditgewährung festhielten. Nach Möglichkeit sollten die Dritte Welt Länder diese Kredite langfristig durch Kapitalimporte konsolidieren, so Pöhl. Der IWF habe sich bei den Finanzierungsproblemen als sehr gutes Steuerungs- und Ausgleichsinstrument bezahlt gemacht.

1. November 1978: Hans Matthöfer, Bundesminister der Finanzen, Bonn

Neue Wachstumschancen durch Innovationen

Als entscheidenden Faktor für das Wirtschaftswachstum stellt Matthöfer die Mitverantwortung des Staates heraus. Zwar dürfe der Staat die Wirtschaft nicht bevormunden, er könne aber wesentlich dazu beitragen, die Wachstumshemmnisse zu beseitigen. Matthöfer betont, wie sehr die Bundesrepublik auf den technischen Fortschritt beim Wachstum und der Bewährung auf den Weltmärkten angewiesen sei. Aus diesem Abhängigkeitsverhältnis heraus könne man dem einzelnen Unternehmer die Entscheidung, ob er in kostspielige Entwicklung neuer Innovationen investiere oder nicht, nicht allein überlassen. Der Staat habe die Aufgabe, die Grundlagenforschung zu unterstützen.

10. Januar 1979: Diskussion verschiedener Mitarbeiter des Instituts für Weltwirtschaft in einer öffentlichen Vortragsveranstaltung

Europa in der weltwirtschaftlichen Entwicklung

Prof. Dr. N. Walter: Europäische Konjunktur- und Währungsprobleme an der Jahreswende

Dr. F. Wolter: Die Staatshandelsländer als Konkurrenten auf den europäischen Industriewarenmärkten

Dr. K.W. Schatz: Wirtschaftliche Aspekte der Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft

Dipl.-Volksw. P. Juhl: Vernichten Auslandsinvestitionen heimische Arbeitsplätze?

2. Oktober 1979: Dr. Hans-Joachim Burchard, Mineralölwirtschaftsverband e.V., Hamburg

Chancen und Risiken der künftigen Versorgung mit Erdöl und Energie – Probleme der achtziger Jahre

Als „völligen Quatsch“ bezeichnet Burchard die Ansicht, dass das Weltrohölvorkommen in rund 30 Jahren erschöpft sei. Öl sei in den verschiedensten Formen reichlich vorhanden, allein die Möglichkeiten, dieses Öl nutzbar zu machen, seien bisher noch nicht ausgereizt worden. Problematisch seien auch die politischen Unberechenbarkeiten, die im Nahen Osten herrschen. Als sehr gering schätze er den Anteil der erneuerbaren Energieformen am Weltenergieaufkommen ein. Keine Energieform sei in der Lage das Öl entscheidend zu ersetzen. Eine längerfristige Abhängigkeit vom Öl, einhergehend mit höheren Energiekosten, sei unvermeidbar.

9. Juni 1980: Dr. Otto Graf Lambsdorff, Bundesminister für Wirtschaft, Bonn

Regionale Strukturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland

Lambsdorff spricht sich dafür aus, die finanziellen Mittel der regionalen Strukturpolitik mehr zu konzentrieren. Im Klartext heiße dies, dieselben Mittel für weniger Orte aufzuwenden, titeln die Kieler Nachrichten. Man dürfe außerdem nicht vor unangenehmen Entscheidungen, zum Beispiel der Kürzung von überflüssig gewordenen Subventionen, zurückschrecken. Ein neuer Förderungsindikator solle hierbei die regionale Arbeitslosenquote werden, meint Lambsdorff.

Abschließend betont Lambsdorff noch einmal den Erfolg der regionalen Strukturpolitik. So sei es gelungen die Arbeitslosenquote in den Förderungsgebieten zu senken und das Bruttosozialprodukt zu erhöhen. Auch habe die Regionalpolitik einen wirksamen Ordnungsrahmen für die Subventionspolitik hervorgebracht.

27. März 1984: Dr. Dr. h.c. Helmut Schlesinger, Vizepräsident der Deutschen Bundesbank

Die außenwirtschaftliche Position der Bundesrepublik Deutschland

Nahezu optimal (unter gegenwärtigen und kurzfristigen Gesichtspunkten) sei die gesamtwirtschaftliche Lage der Bundesrepublik Deutschland, resümiert Schlesinger in seinem Vortrag. Einen selbsttragenden Konjunkturaufschwung sieht Schlesinger zur damaligen Zeit in Deutschland. Im internationalen Vergleich weise Deutschland niedrige Zinsen auf, außerdem sei die Leistungsbilanz ausgeglichen, begründet er sein positives Bild.

Auch eine Inflationsrate von drei Prozent bezeichnet er als relativ stabil. Verbesserung sieht er beim deutschen Exportvolumen. Auch der Markt der Spitzentechnologien biete noch Luft nach oben. Hier könne man mit anderen Ländern nicht ganz schritthalten. Gerade die letzten Äußerungen führen dazu, dass Otto Schlecht Schlesinger kritisiert – er zeichne ein zu schwarzes Bild von der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

1. Oktober 1985: Staatssekretär Dr. Otto Schlecht, Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn

Perspektiven der Wirtschaftspolitik

Schlecht warnt in seinem Vortrag vor weiteren Arbeitszeitverkürzungen und mahnt gleichzeitig, dass es jetzt in der Hand von Arbeitgebern und Gewerkschaften liege, den Zuwachs der verfügbaren Arbeitnehmerinkommen zu nutzen. Die Arbeitslosigkeit werde auch unter demografischen Gesichtspunkten das Problem der Zukunft sein. Erst in den 90er Jahren werde diese Problematik von einer Überalterung der Gesellschaft und somit einer Rentenproblematik abgelöst werden. Daher sei es wichtig, sich schon heute auf diese Probleme vorzubereiten und keine scheinheiligen Lösungen zu präsentieren. Der beste Weg, die Arbeitsmarktprobleme zu lösen, sei für ihn eine auf stetiges Wachstum angelegte Wirtschaftspolitik.

22. Oktober 1986: Dr. Mario Schimberni, Präsident Montedison S.p.A., Mailand

Die Evolution der europäischen Finanzmärkte: Die Sparer, die Eigentümer und die Manager von internationalen Unternehmen

Deutsche Unternehmen finanzierten sich zum Großteil über den Bankenweg. Der Kapitalmarkt werde eher gemieden. Zu diesem Schluss kommt Schimberni bei seiner Analyse über die europäischen Finanzmärkte. Durch diese Art der Finanzierung würden innovative Investitionen behindert und damit der industrielle Strukturwandel aufgehalten. Die Unternehmen seien zusätzlich mit konstant hohen Kreditkosten belastet.

Als Grund für diese Entwicklung nennt Schimberni die Angst der Unternehmer im Falle eines Börsengangs des jeweiligen Unternehmens, die Kontrolle über dasselbe zu verlieren. Lobend stellt er das deutsche System der Universalbanken heraus, das sein Hauptaugenmerk auf ein angemessenes Verhältnis von Verschuldung und Eigenkapital lege.

28. Januar 1988: Prof. Dr. Olaf Sievert, Universität des Saarlandes

Außenwirtschaftliche Zwänge der Wirtschaftspolitik

Sievert empfiehlt, eine wechsellkursorientierte Geldpolitik zu fahren, um einer weltweiten Konjunkturabschwächung entgegenzuwirken. Gerade Zinssenkungen und Interventionen an den Devisenmärkten könnten erwartungsstabilisierend wirken. Dies habe zur Folge, dass der Mark der Aufwertungsdruck gegenüber dem Dollar und anderen europäischen Währungen genommen werde. Zur geplanten Steuerreform sagt er, dass diese nicht weit genug gehe, da sie Konsum statt Kapitalbildung fördere. Dies fördere die Investitionen im Rahmen der Abgabepolitik nicht stark genug. Er empfehle eine massive Senkung der Unternehmenssteuern auf internationaler Ebene und eine An-

hebung der Verbrauchssteuern, um so das Sparen zu begünstigen. Dadurch werde der Spielraum für Investitionen erweitert werden.

14. Mai 1990: Prof. Dr. Helmut Hesse, Präsident der Landeszentralbank Niedersachsen

Zweifache Währungsunion: Probleme und Aussichten

Die Ansichten, die Hesse in seinem Vortrag vertritt, sorgen für großen Wirbel und dürfen später nicht mehr zitiert werden. Hesse kritisiert massiv das Vorgehen der Bundesbank bei der Währungszusammenführung von Ost- und Westdeutschland. Seiner Meinung nach beschwören die Beschlüsse massive Inflationsgefahren herauf. Außerdem sei das Bundesbankdirektorium Bonn gegenüber nicht autonom genug. Auch das Ausland habe diese Ansicht mittlerweile gewonnen. Mit seinen Aussagen wirbelt Hesse offenbar viel Staub auf. So sagt er auf Anfrage der Frankfurter Rundschau, dass sein Vortrag „im Interesse der deutschen Wirtschaftspolitik offiziell nicht mehr stattgefunden“, und weiter, dass er die Entscheidung „aus übergeordneten Gesichtspunkten“ und aus Gründen, die er akzeptiere, gefällt habe.

5. Juli 1990: Dr. Jörg-Volker Schrader, Institut für Weltwirtschaft

Integration der Agrarsektoren der beiden deutschen Staaten. Wettbewerb der Standorte und Strukturen oder Übernahme westlicher Regulierungen?

Schrader machte deutlich, welche Auswirkungen die Übertragung der Agrarpolitik der EG und der Bundesrepublik auf die fünf neuen Bundesländer auf die landwirtschaftlichen Betriebe dort hat. Unter anderem werde die landwirtschaftlich genutzte Fläche kleiner werden, und die Zahl der Beschäftigten, ebenso wie im Industriesektor, zurückgehen.

17. Juli 1990: Albrecht Graf Matuschka, Chairman der Matuschka Gruppe

Mega-Ineffizienzen – die große Chance für sinnvolles Wachstum

In seinem Vortrag stellte Graf Matuschka die Bedeutung grenzüberschreitender Auswirkungen wirtschaftlicher Aktivitäten dar, wie zum Beispiel die Einleitung von Abwässern in Flüsse und Meere oder Emissionen von Schadstoffen in die Luft. Er machte deutlich, dass nationale Maßnahmen häufig nicht den Effekt haben, der durch gemeinsames Handeln mehrerer Länder erzielt werden könnte, und dass in vielen Fällen durch Maßnahmen nur eines Landes eine effiziente Lösung vieler Umweltprobleme ausgeschlossen sei.

11. Oktober 1990: Prof. Dr. Wolfgang Kartte, Präsident des Bundeskartellamtes

Europa und Wettbewerb

In seinem Vortrag machte Kartte deutlich, welche Aufgabe das Bundeskartellamt gerade angesichts der Vollendung des europäischen Binnenmarkts hat, wenn gleiche Wettbewerbsverhältnisse in allen Ländern geschaffen werden sollen. Als besonders problematisch hob er unter anderem mögliche unterschiedliche Auffassungen verschiedener europäischer Regierungen über die Notwendigkeit industrie- und wettbewerbspolitischer Maßnahmen hervor.

6. Dezember 1990: Roy C. Smith, Professor of Finance and International Business, New York University, und Partner, Goldman Sachs and Co.

Privatization Programs of the 1980s – Lessons for the Treuhandanstalt

Smith stellte seine Ansichten zur Problematik der Privatisierung verstaatlichter Unternehmen zur Diskussion. Zentrales Element des Vortrags war die Darstellung der Privatisierungsprogramme der Regierung des Vereinigten Königreichs unter Margaret Thatcher. Die

Durchführung der zum Teil sehr weitreichenden Neuorganisation vieler staatlicher Betriebe und deren Umwandlung in private Gesellschaften hätten zahlreiche Probleme mit sich gebracht. Laut Smith könnten die im Vereinigten Königreich gemachten Erfahrungen für die Treuhandanstalt bei den Privatisierungsvorhaben in den fünf neuen Bundesländern sehr nützlich sein.

19. Juni 1991: Prof. Dr. Juergen B. Donges, Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln

Deregulierungen und wirtschaftliche Dynamik

Am 19. Juni des Jahres 1991 wurde Prof. Dr. Juergen B. Donges die Bernhard-Harms-Medaille verliehen.

In seinem Vortrag anlässlich seiner Ehrung erläuterte Donges, wie sehr politische Maßnahmen, die den Wettbewerb beschränken und Unternehmen den Marktzutritt erschweren, das wirtschaftliche Wachstum hemmen. Derartige Hemmnisse, die nicht nur auf fast allen Gütermärkten, sondern auch zum Beispiel auf dem Arbeitsmarkt und verschiedenen Dienstleistungsmärkten vorzufinden seien, sollten so schnell wie möglich abgebaut werden.

**14. September 1992: Prof. Dr. Drs. h.c. Helmut Schlesinger
Präsident der Deutschen Bundesbank**

Fortschritte der monetären Integration in Westeuropa

In seinem Vortrag anlässlich der Verleihung der Bernhard-Harms-Medaille an ihn hob Schlesinger hervor, dass das EWS in den letzten Jahren gut funktioniert und zu relativ stabilen wirtschaftlichen Verhältnissen in den europäischen Ländern beigetragen habe. Dass es die Unabhängigkeit der Bundesbank einschränke, wie häufig kritisiert werde, sei seiner Meinung nach nicht problematisch und für ein Festkurssystem typisch.

Schlesinger erläuterte, wie die Verträge von Maastricht und insbesondere die für die Wirtschafts- und Währungsunion aufgestellten Kon-

vergenzkriterien die nationale Wirtschaftspolitik in europäischen Ländern beeinflussten. Er stellte fest, dass andere Währungsunionen, die es in der Vergangenheit schon häufiger gegeben hat, zeigten, dass ein Währungsverbund ohne eine politische Union auf Dauer nicht lebensfähig sei.

30. November 1992: Prof. Ingo Walter, Ph.D., European Institute of Business Administration, INSEAD, Paris

The Battle of the Systems: Control of Enterprises in the Global Economy

Nach seiner Ehrung mit der Bernhard-Harms-Medaille stellte Walter in seinem Vortrag die Frage, wie sich die Verflechtungen zwischen dem Bankensektor, den Unternehmen und dem Staat in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Japan und den USA auf die Wirtschaftsentwicklung dieser Länder ausgewirkt hätten. Er zeigte, wie einzelne Banken durch direkte Beteiligung oder durch eine gesteuerte Kreditvergabe Kontrolle auf Unternehmen ausübten. Die Banken in den untersuchten Ländern verhielten sich dabei durchaus unterschiedlich.

Besondere Bedeutung hatten die Ergebnisse seiner Analyse für die mittelosteuropäischen Reformländer, die im Rahmen der institutionellen Anpassungen auch ihr Finanzsystem veränderten. Das deutsche System sollte laut Walters Einschätzung vergleichsweise gut geeignet sein, die Kapitalbildung in diesen Ländern zu verstärken und einen effizienten Kapitaleinsatz zu fördern.

17. Dezember 1992: Prof. Dr. Leszek Balcerowicz Finanzminister der Republik Polen von 1989-1991

Transition to the Market Economy: East and Central Europe in Comparative Perspective

Balcerowicz beschrieb die Aufgaben, die die Regierungen der mittelosteuropäischen Reformstaaten zu bewältigen haben und zeigte,

in welcher Folge verschiedene politische Maßnahmen durchgeführt werden müssen, damit möglichst schnell ein wirtschaftlicher Aufschwung einsetzt. Dabei wurde der Wirtschaftspolitik Polens besondere Beachtung geschenkt.

11. März 1994: Birgit Breuel, Präsidentin der Treuhandanstalt

Privatisierung setzt Zukunftszeichen

In ihrem Vortrag anlässlich ihrer Ehrung mit der Bernhard-Harms-Medaille betonte Breuel, dass die Treuhandanstalt die ihr zugedachte Aufgabe erfüllt habe: Von allen von der Treuhandanstalt übernommenen Unternehmen der ehemaligen DDR stünden nur noch knapp 250 zum Verkauf. 13 800 Unternehmen konnten privatisiert werden. Der überwiegende Teil davon habe gute Chancen, in einer Marktwirtschaft zu bestehen, viele Unternehmen machten bereits Gewinne. Lediglich 77 Firmen seien zahlungsunfähig geworden. Die von den Käufern verlangten Investitions- und Arbeitsplatzgarantien seien durchweg eingehalten, in vielen Fällen sogar überschritten worden.

Entschieden sprach sich Breuel gegen die schon häufig vorgebrachte Forderung aus, die Treuhandanstalt müsse auch nach der Übernahme eines Unternehmens durch einen privaten Investor Hilfe bei der Sanierung leisten. Ihrer Meinung nach sollten vielmehr die Unternehmen in den alten Bundesländern prüfen, ob privatisierte ostdeutsche Firmen geeignete Produkte liefern könnten. Diese Firmen böten sehr häufig durchaus wettbewerbsfähige Waren relativ preisgünstig an und blieben dennoch aufgrund mangelnder Flexibilität bei vielen West-Unternehmen unberücksichtigt.

4. Mai 1994: Prof. Assar Lindbeck, Institute for International Economic Studies Universität Stockholm

The Crisis of the Swedish Model

Lindbeck, Direktor des Nobelpreisauswahlkommittees für Wirtschaftswissenschaften, hatte die nach ihm benannte „Lindbeck-

Kommission“ geleitet, die im Auftrag der schwedischen Regierung die wirtschaftlichen Probleme des Landes analysieren sollte. Das Ergebnis der Arbeit der Kommission lautete: Das Modell des Wohlfahrtsstaates Schweden sei gescheitert.

Schweden sei in der Rangfolge der Wohlstandsskala aller Länder vom dritten auf den 17. Platz zurückgefallen. Die industrielle Produktion sei zwischen 1991 und 1993 um 17 vH gesunken, die Staatsverschuldung extrem hoch, und die Arbeitslosenquote betrage 1993 fast 10 vH.

Aus Lindbecks Sicht lagen die Gründe für diese schlechte wirtschaftliche Lage in einer über lange Zeit durchgeführten leistungsfeindlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Garantierte Lohnsteigerungen hätten die Gewinnsituation vieler Unternehmen stark beeinträchtigt. Hohe Lohnersatzleistungen hätten die Anreize zum Nicht-Arbeiten verstärkt. Und eine ausgeuferte Sozialgesetzgebung schließlich habe den Anteil Kranker und Behinderter an den Erwerbspersonen auf ein im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hohes Niveau ansteigen lassen.

Aus diesen für Schweden gültigen Beobachtungen leitete Lindbeck die zu erwartenden Auswirkungen eines in der Bundesrepublik derzeit häufiger diskutierten „Bürgergelds“, bzw. einer negativen Einkommensteuer ab. Ein von Arbeit unabhängig zu erzielendes Grundeinkommen führte seiner Meinung nach zu einer falschen Haltung in der Bevölkerung, verminderte Anreize zur beruflichen Weiterbildung und zur Übernahme niederwertiger Tätigkeiten. Der deutschen Wirtschaftspolitik empfahl er, Tendenzen zur Ausweitung des Wohlfahrtsstaats rechtzeitig zu begegnen, um Probleme, wie sie in Schweden bestünden, zu vermeiden.

26. September 1994: Dr. Dr. h.c. Hans Tietmeyer, Präsident der Deutschen Bundesbank

Role and Instruments of Monetary Policy

Tietmeyer machte deutlich, dass das oberste Ziel einer Zentralbank die Geldwertstabilität sein müsse und dass geldpolitische Instrumente keine brauchbaren Mittel seien, die derzeit viel diskutierten Arbeitsmarktprobleme zu lösen. Eine potentialorientierte, auf die Bekämpfung inflationärer Tendenzen ausgerichtete Geldpolitik sei am ehesten geeignet, das Wirtschaftswachstum zu fördern, die Wohlfahrt eines Landes zu steigern und damit auch positiv auf die Beschäftigung zu wirken. Die Bundesbank strebe daher eine Preissteigerungsrate von unter 2 vH an. Den gerade in der zweiten Jahreshälfte 1994 vorgebrachten Forderungen nach einer expansiveren Geldpolitik, die auch mit der „niedrigen“ Inflationsrate von ca. 3 vH begründet wurden, erteilte Tietmeyer eine Abfuhr.

Der geeignete nominale Anker für eine auf Preisstabilität ausgerichtete Geldpolitik sei, wie Tietmeyer weiter ausführte, die Geldmenge. Die meisten Zentralbanken westlicher Industrieländer verfolgten seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ein bestimmtes Geldmengenziel. Dieses Ziel sei jedoch zunehmend schwieriger zu bestimmen. So hätten besonders die verschiedenen Innovationen und deregulierenden Maßnahmen auf den Finanzmärkten der angelsächsischen Länder dazu geführt, dass die Beziehungen zwischen Geldmenge, Zinsen, Preisen und dem Volkseinkommen lockerer und undurchsichtiger geworden seien. Eine Steuerung der Geldmenge sei nur bedingt möglich gewesen. Aus diesem Grund hätten zum Beispiel die Zentralbanken der USA, Kanadas und des Vereinigten Königreichs neue Mischindikatoren entwickeln müssen, die annäherungsweise Aufschluss über den Geldumlauf geben. Auch für die Bundesbank erweise es sich in den neunziger Jahren als unmöglich, ein bestimmtes Geldmengenziel zu verfolgen. 1992 und 1993 sei ein besonders starkes Überschießen zu verzeichnen, was auf Zunahme der Kreditnachfrage für Investitionen und Transfers in die neuen Bundes-

länder zurückzuführen war. Dennoch bestehe keine besondere Inflationsgefahr, und auch nach der Wiedervereinigung sei, wie Tietmeyer bekräftigte, die von der Bundesbank praktizierte Politik eines stetigen, potentialorientierten Wachstums der Geldmenge die besten Voraussetzung für ein anhaltendes Wirtschaftswachstum.

Im Hinblick auf die Europäische Währungsunion machte der Präsident der Bundesbank deutlich, dass ein allzu ehrgeiziger Zeitplan für die Einführung des Eurogeldes schädlich sei. Bevor die Verantwortung für die Preisstabilität in Europa dem Europäischen Währungsinstitut (EWI) übertragen werden könne, müsse dieses mit mehr Rechten ausgestattet werden, um die nationalen Zentralbanken zur Kooperation zwingen zu können. Die ökonomischen und institutionellen Voraussetzungen für einen europäischen Währungsraum seien nach Ansicht laut Tietmeyer derzeit noch nicht geschaffen.

19. Juni 1995: Herbert G. Grubel, Member of Parliament, Kanada

Wohlfahrtsstaat und Effizienz – gibt es befriedigende Kompromisse?

Anlässlich seiner Ehrung mit der Bernhard-Harms-Medaille Grubel einen Festvortrag.

Laut Grubel ist ein großer Teil der öffentlichen Budgetdefizite in vielen Industrieländern auf soziale Sicherungsprogramme zurückzuführen. Das Phänomen des Moral Hazard und unzulängliche Maßnahmen zu dessen Kontrolle haben zu einer immer stärkeren Beanspruchung der Sozialversicherungssysteme geführt. Am Beispiel der Arbeitslosenversicherung in Kanada und den USA zeigte Grubel, wie sich Moral Hazard ausgewirkt hat. Nach dem zweiten Weltkrieg seien die Arbeitslosenraten in beiden Ländern fast gleich gewesen. Nachdem dann 1972 in Kanada ein neues Arbeitslosenversicherungssystem mit besseren Leistungen für die Versicherten etabliert worden sei, stieg die Arbeitslosenrate schnell an. Heute betrüge sie in den USA 6 vH und in Kanada 10 vH. Nach Grubels Auffassung könne diese Rate dadurch verringert werden, dass Arbeitslose mehr Anreize

bekämen, wieder eine Tätigkeit aufzunehmen. Private Versicherungsgesellschaften zum Beispiel verringerten Moral Hazard durch Abzüge von Versicherungsleistungen, durch Selbstbeteiligungen oder durch niedrigere Prämien für Maßnahmen, die das Eintreten des Versicherungsfalls weniger wahrscheinlich machten. In diese Richtung könnten auch die Systeme der Arbeitslosen- und Krankenversicherung umgestaltet werden. Im Fall der Krankenversicherung sei laut Grubel eine Kostenbeteiligung der Versicherten folgendermaßen möglich: Nach der Inanspruchnahme medizinischer Leistungen erhalte jede Person eine Aufstellung der dadurch verursachten Kosten. Am Jahresende würden alle Kosten addiert und die Summe dem zu versteuernden Einkommen zugeschlagen. Alle Patienten seien dann in Höhe des Grenzsteuersatzes an den von ihnen verursachten Kosten beteiligt.

Im Fall der Arbeitslosenversicherung könne ein Anreiz, möglichst kurz oder gar nicht beschäftigungslos zu sein, dadurch geschaffen werden, dass allen Beschäftigten zu Beginn eines Jahres 1 000 US\$ gutgeschrieben würden. Zahlungen der Arbeitslosenversicherung würden mit diesem Geld verrechnet. Personen, die keine Leistung der Versicherung in Anspruch genommen hätten, erhielten den gesamten Betrag am Jahresende gutgeschrieben. Grubel machte deutlich, dass auf diese Weise Moral Hazard verringert und durch ein anderes Verhalten der Versicherten der Druck auf die öffentlichen Sozialversicherungssysteme abgeschwächt werden könnte.

6. Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen im Haus Welt-Club

6. Februar 1991: Dr. Torsten Amelung, Institut für Weltwirtschaft

Tropenwaldrodung und globale Klimaveränderungen – Handlungsbedarf für die Industrienationen?

Amelung erläuterte die verschiedenen Maßnahmen, die Industrieländer ergreifen können, um Entwicklungsländer dazu zu bewegen, auf die Nutzung der Tropenwälder zu verzichten (Handelsbeschränkungen, „debt-for-nature swaps“, direkte Transferzahlungen). Laut Amelung seien die direkten Transfers, mit denen Regenwaldreservate finanziert werden könnten, die erfolgversprechendste Maßnahme.

7. Mai 1991: Diplom-Volksw. Klaus-Dieter Schmidt, Institut für Weltwirtschaft

Die wirtschaftliche Lage der neuen Bundesländer

Schmidt beschrieb, welche Wirtschaftsbereiche durch die Wiedervereinigung besonderen Anpassungserfordernissen ausgesetzt sind, und machte deutlich, dass die zügige Privatisierung der Unternehmen ein wesentliches Ziel der Politik in den neuen Bundesländern sein müsse.

12. September 1991: Dr. Józef Misala, Dozent an der Main School of Planning and Statistics, Warschau

Auswirkungen der deutschen Einheit auf die Wirtschaft Polens

Misala beschäftigte sich insbesondere mit den wirtschaftlichen und politischen Probleme Polens nach der Auflösung der RGW. Insbesondere die Schaffung einer stabilen Währung, der Abbau der hohen Auslandsschulden und die Entflechtung der großen Staatsunternehmen in Polen bereiteten den Wirtschaftspolitikern Schwierig-

keiten. Der Vereinigung Deutschlands stünden viele Polen auf der einen Seite kritisch gegenüber, da sie einen wirtschaftlich starken Nachbarn Bundesrepublik Deutschland – historisch bedingt – mit Sorge betrachteten und fürchteten, dass die politische Entwicklung in ihrem Land von der Bundesrepublik beeinflusst werden könnte. Auf der anderen Seite sei zu erwarten, dass die vergrößerte Bundesrepublik sowohl als Markt für polnische Güter als auch als Investor positiv zum Aufbau einer marktwirtschaftlichen Ordnung und zur Schaffung leistungsfähiger, rentabler Unternehmen in Polen beitragen könne.

30. Oktober 1991: Dr. Alexander von Witzleben, Mitarbeiter im Copublication Department des Office for Official Publications of the European Communities in Luxemburg

Sind die Deutschen in Europa tatsächlich ein umweltpolitischer Vorreiter? Die Umweltpolitik der Europäischen Gemeinschaft

Von Witzleben machte deutlich, dass Umweltpolitik nicht nur Sache eines Landes sein könne, sondern dass angesichts der Bedeutung grenzübergreifender Umweltverschmutzung ein international koordiniertes Handeln anzustreben sei. Wesentliche Elemente der EG-Umweltpolitik seien die Vorbeugung, die Schadensbekämpfung und das Verursacherprinzip. Es zeige sich, dass besonders letzteres in der deutschen Umweltpolitik noch keine besondere Bedeutung habe. Auch die relativ zahlreichen Anklagen gegen Nichteinhaltung von EG-Grenzwerten (z.B. beim Trinkwasser) wiesen darauf hin, dass die Umweltpolitik der Bundesrepublik wohl doch noch nicht so vorbildlich sei, wie es häufig von Seiten deutscher Politiker dargestellt werde.

19. Februar 1992: Dr. Bernhard Heitger und Dipl.-Volksw. Klaus Schrader, Institut für Weltwirtschaft

Osteuropa – Wachstumsregion von morgen?

Schrader beschrieb, wie sich die Länder Bulgarien, die CSFR, Polen, Rumänien und Ungarn nach der Auflösung des RGW ordnungspolitisch entwickelt haben. Gemessen an den untersuchten Kriterien Gewaltenteilung, Vertragsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit, Privateigentum, Wettbewerb, Marktregulierung, makroökonomische Rollenverteilung, außenwirtschaftliche Öffnung und ausländische Direktinvestitionen Ungarn habe sich die Umwandlung in eine Marktwirtschaft schon relativ weitgehend vollzogen.

Heitger stellte die osteuropäischen Staaten den wirtschaftlich aufstrebenden Staaten Südasiens gegenüber und verglich die Wachstumsvoraussetzungen, die in den asiatischen Ländern in den fünfziger und sechziger Jahren herrschten, und deren wirtschaftspolitischen Maßnahmen mit der derzeitigen Lage in Osteuropa.

20. Mai 1992: Dr. Konrad Lammers, Institut für Weltwirtschaft

Perspektive Schleswig-Holsteins in einem sich wandelnden Europa

Lammers zeigte, warum Schleswig-Holstein, das in den siebziger Jahren eine im Vergleich zum Bundesdurchschnitt relativ gute wirtschaftliche Entwicklung zu verzeichnen hatte, in den achtziger Jahren im Wachstum des Sozialprodukts zurückgefallen ist.

Als Ursache hierfür identifizierte er den im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland hohen Anteil landwirtschaftlicher Betriebe, den hohen Staatsanteil und den relativ niedrigen Anteil der Industrie in Schleswig-Holstein. Die Expansion im Industriegüterbereich in den achtziger Jahren, die zu einem langanhaltenden Konjunkturaufschwung in der Bundesrepublik beigetragen habe, habe sich daher in Schleswig-Holstein nur relativ schwach auswirken können.

Auch die Wiedervereinigung Deutschlands und die Schaffung eines europäischen Binnenmarkts löse kaum starke Wachstumsimpulse aus. Eine wesentliche Bedingung für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Ansichten sei ein Zuwachs des Anteils der Industriegüterproduktion in Schleswig-Holstein. Dies sei nur durch Maßnahmen zur Verbesserung der Standortqualität, wie Ausweitung von Gewerbeflächen, bessere Verkehrsanbindung, differenzierte Lohnstruktur und Abbau von Regulierungen zu erreichen.

10. Juni 1992: Dr. Georgi Tzekin, Mitarbeiter des Institute of World Economy and International Economic Relations der Bulgarischen Akademie der Wissenschaft

Tzekin erläuterte seinen Zuhörern, welche Probleme Bulgarien mit der Transformation zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung hat. Wie andere osteuropäische Länder, so habe auch Bulgarien große Schwierigkeiten, die Arbeitslosigkeit niedrig zu halten, die Güterproduktion wieder zu steigern und für Geldwertstabilität zu sorgen; immer größere Teile der Bevölkerung leben inzwischen unter dem Existenzminimum. Die Investitionstätigkeit nehme nur langsam zu.

Ein besonderes Problem Bulgarien sei es, dass der Zufluss von Auslandskapital, das zur Modernisierung sowohl in der Agrar- als auch in der Industriegüterproduktion nötig sei, durch Restriktionen beeinträchtigt werde. Eine davon sei das Verbot, Ausländern – offenbar aus Angst vor einem übermäßig starken Wachsen des Einflusses der türkischen Minderheit in Bulgarien – den Grunderwerb zu untersagen.

23. September 1992: Priv.-Doz. Dr. habil. Hans-Georg Glaeßer, Institut für Weltwirtschaft

Bernhard Harms und sein Institut. Zur Geschichte des Instituts für Weltwirtschaft 1908–1933

Glaeßer zeigte, welcher Zeitgeist das Denken von Bernhard Harms prägte und was diesen Mann bewogen hat, ein „Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr“ ins Leben zu rufen. Besonders der

Mangel an Erkenntnissen über weltwirtschaftliche Zusammenhänge, ein Forschungsgebiet, das zuvor gar nicht existierte, seien für Harms der Anlass gewesen, ein Institut besonderer Art zu schaffen, mit einem angeschlossenen Wirtschaftsarchiv, in dem für die Forschung eine völlig neue Materialbasis geschaffen wurde, und mit einer eigenen Bibliothek.

Laut Glaeßer hatte Harms beachtliche Mühen zu überwinden, um vom Preußischen Kulturministerium 1914 die Genehmigung zur Gründung des Instituts zu erhalten und Geldgeber zu gewinnen. Dies, aber auch Harms eigener Beitrag zur weltwirtschaftlichen Forschung des beginnenden Jahrhunderts zeichneten dessen besondere Persönlichkeit aus.

25. November 1992: Dr. Georg Lübke, Zahnarzt (Kiel), Dr. Klaus-Richard Herrmann, Zahnarzt (Lübeck), und Dr. Alfred Boss, Institut für Weltwirtschaft

Gesundheitsstrukturgesetz 1993 – Wirksame Medizin oder Weg in die Unbezahlbarkeit des Sozialsystems?

Lübke und Herrmann zeichneten ein Bild über die Auswirkungen dieses Instruments der Kostendämpfung im Gesundheitswesen aus Sicht der betroffenen Ärzte. Boss stellte das System der Krankenversicherung aus ökonomischer Sicht dar. Deutlich wurde, dass das Gesundheitsstrukturgesetz (GSG) starke Belastungen für die Versicherten, aber auch für Apotheken, Krankenhäuser und Ärzte mit sich bringen und zu einer Verminderung der Nachfrage nach medizinischen Leistungen und einer Entlastung der Krankenkassen führen könnte. Aus Sicht der Ärzte stellte sich das Gesetz jedoch in erster Linie als Instrument der Umverteilung zu ihren Lasten dar, das obendrein ihre Freiheit einschränke, nach eigener Entscheidung behandeln und therapieren zu können. Laut Boss wiederum sei man von dem angestrebten Ziel eines effizienten Gesundheitssystems mit funktionierenden Marktmechanismen, die für ein größeres Angebot an Gesundheitsdienstleistungen sorgen und durch ein System von

Eigenbeteiligungen und freiwilligen Versicherungsleistungen ein stärkeres Kostenbewusstsein bei den Versicherten entstehen lassen sollten, noch weit entfernt.

9. Dezember 1992: Dr. Armin Unterberg, Direktor bei der Dresdner Bank in Frankfurt am Main, und Dr. Hugo Dicke, Institut für Weltwirtschaft

Maastricht – Pro und Kontra

In einem Streitgespräch hob Unterberg besonders die positiven Auswirkungen der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) hervor. Ein großer europäischer Binnenmarkt und die eingeführten Freiheiten im Güter-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehr seien für ihn die Voraussetzungen für einen kräftigen Wachstumsschub. Auch die junge politische Entwicklung Osteuropa und die deutsche Wiedervereinigung ließen es ratsam erscheinen, die europäische Union voranzutreiben.

Dicke, der als Maastricht-Skeptiker auftrat, wies dagegen auch auf Risiken hin, die mit der hastigen Schaffung eines vereinten Europas verbunden sein könnten. So ist die wirtschaftliche Stabilität in Europa angesichts der unterschiedlichen Probleme einzelner Mitgliedsländer gefährdet. Die Unabhängigkeit nationaler Regierungen bei fiskalpolitischen, regionalpolitischen oder technologiepolitischen Maßnahmen stünde ebenso auf dem Spiel wie die Unabhängigkeit der Bundesbank. Da zudem außer Luxemburg und Frankreich kein europäisches Land die Konvergenzkriterien (Preisstabilität, langfristige Zinssätze, Wechselkursstabilität, Budgetdefizit) erfüllten, von denen der Eintritt in die dritte Stufe der WWU abhinge, sei ein Aufweichen dieser Kriterien und ein Aufschieben dringend notwendiger stabilitätspolitischer Maßnahmen in den meisten europäischen Länder wahrscheinlich.

26. Januar 1993: Heide Simonis, Finanzministerin und spätere Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein

Simonis sprach über den Haushalt des Landes Schleswig-Holstein und beschrieb, welche Lasten auf die alten Bundesländer im Rahmen des Föderalen Konsolidierungskonzepts zukämen. Die für den Aufbau der Infrastruktur und die Umgestaltung der Wirtschaft Ostdeutschlands notwendigen öffentlichen Mittel stünden im Westen nicht mehr zur Verfügung. Schleswig-Holstein werde durch die Veränderung beim Länderfinanzausgleich hohe Einnahmeverluste zu verzeichnen haben, und von vielen geplanten Reformvorhaben, zum Beispiel im Bildungs- und Umweltbereich, müsse Abstand genommen werden.

Besondere Bemühungen seien notwendig, um die Attraktivität dieses Bundeslandes als Investitionsstandort zu erhalten bzw. zu verbessern. Die Funktion der Verbindungsstelle zwischen Mittel- und Nordeuropa könne zunehmend von Mecklenburg-Vorpommern wahrgenommen werden, was für die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins hemmend wirken könnte und die Haushaltsprobleme noch verstärkte. Zu fordern sei daher laut Simonis ein Umdenken in den Ansprüchen und eine massive Entlastung bei den Ausgaben. Die reichen Bundesländer im Westen und der Bund müssten ihrer Meinung nach in jedem Fall stärker in die Verantwortung für die Kosten der Wiedervereinigung genommen werden als kleine Länder wie Schleswig-Holstein.

28. Januar 1993: Prof. Dr. Pavle Sicherl, Professor of Political Economy, Faculty of Law, Universität Ljubljana

Regional Disparities in the Former Yugoslavia. An Application of the Time Distance Methodology

Sicherl beschrieb diese Zeit-Distanz-Methode als ein Verfahren, Aufholprozesse von Ländern und Regionen dynamisch zu bewerten. Seiner Meinung nach war der Vergleich der unterschiedlichen Entwicklung beispielsweise im Wachstum eines Wirtschaftszweigs in

zwei Ländern durch eine in Jahren oder Monaten ausgedrückte Differenz aussagekräftiger als beispielsweise bei einer in Währungs- oder Mengeneinheiten ausgedrückten Unterscheidung. Die Aussage, dass das Pro-Kopf-Einkommen eines Landes um 5 000 US-Dollar niedriger liege als in einem anderen Land, lasse unter Umständen weniger brauchbare Schlüsse für politische Maßnahmen zu als die Aussage, dass Land A im Pro-Kopf-Einkommen *fünf Jahre* hinter Land B liegen, also das heutige Einkommen von Land A das von Land B in fünf Jahren erreicht haben werde.

Anhand dieses Konzepts stellte Sicherl Unterschiede im Wachstum und wirtschaftliche Probleme einzelner Regionen des ehemaligen Jugoslawiens dar.

29. April 1993: Diplom-Volksw. Petra Naujoks, Diplom-Volksw. Birgit Sander und Diplom-Volksw. Klaus-Dieter Schmidt, Institut für Weltwirtschaft

Hat die ostdeutsche Industrie eine Zukunft?

Nach einer Darstellung der derzeitigen Probleme der ostdeutschen Industrie und einer Erklärung für den derzeitigen problematischen Zustand versuchten die drei Ökonomen darzustellen, welche Entwicklungsperspektiven der Industriesektor hat. Sie zeigten, dass einige Bereiche, zum Beispiel die Bauindustrie oder auch bestimmte Zweige des Produzierenden Gewerbes, die Talsohle scheinbar durchschritten hätten. Dennoch werde es noch viele Jahre dauern, bis in den neuen Ländern das Einkommensniveau Westdeutschlands erreicht sei. Da die Produktivität der Industrie nur etwa 1/3 der Produktivität in den alten Bundesländern ausmache, scheine es ausgeschlossen, im Industriesektor das Beschäftigungsniveau zu erreichen, das in der DDR bestanden hat. Um den notwendigen Strukturwandel zu erleichtern und um soziale Probleme zu mildern, solle die Politik daher das Instrument der Lohnsubventionen einsetzen. Dadurch sei es möglich, den Unternehmen den Lohnkostendruck zu nehmen und Arbeitnehmern die Möglichkeit zur beruflichen Qualifikation am Arbeitsplatz

zu erleichtern. Das Phänomen der Hysterese könne so vermieden werden.

23. September 1993: Dr. Thomas Borck

Sozioökonomische Auswirkungen der internationalen Wanderungsbewegung auf die Bundesrepublik

Borck hielt seinen Vortrag im Anschluss an die Mitgliederversammlung. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, ob die zunehmende Migration politischen Handlungsbedarf erzeugt und inwieweit die zu erwartenden Wanderungsströme sich von ähnlichen Verschiebungen in der Vergangenheit unterscheiden.

Borck zeigte, dass die Zuwanderung von zum Beispiel Asylsuchenden, Umweltflüchtlingen und Aussiedlern zunächst hauptsächlich Kosten verursachen, da diese Menschen für ihren Lebensunterhalt nicht selbst aufkommen können. Im Lauf der Zeit würden die meisten jedoch in den Arbeitsmarkt integriert, trügen zur Produktion von Gütern und Dienstleistungen bei und zahlten Sozialabgaben. Würde berücksichtigt, dass die Bevölkerungsstruktur der Bundesrepublik sich bei insgesamt schrumpfender Bevölkerung sehr stark in Richtung auf einen außergewöhnlich hohen Anteil alter Menschen bewegte, so könnte für dieses Land ein positiver Nettoeffekt einer vermehrten Zuwanderung erwartet werden. Dabei sei jedoch die Politik sehr stark gefordert, die zum einen für eine weitgehende Integration der Zuwanderer sorgen und zum anderen eine Steuerung der Einwanderungsströme vornehmen müsse. Erfahrungen der Vergangenheit, wie sie zum Beispiel in den USA im 19. Jahrhundert oder in Europa nach dem 2. Weltkrieg gemacht wurden, zeigten, dass die Integration großer Flüchtlings- oder Einwanderungsströme durchaus zu bewältigen sei und durchweg positive Effekte für Wachstum und Beschäftigung erwartet werden können.

7. Dezember 1993: Dr. Henning Klodt, Institut für Weltwirtschaft

Europäische Forschungs- und Industriepolitik nach Maastricht

Klodt zeigte auf, in welchen Bereichen der Wirtschaftspolitik Kompetenzverlagerungen von der nationalen auf die europäische Ebene als Folge der Verträge von Maastricht vorgesehen sind und wie dies ökonomisch zu bewerten ist. Im Einzelnen wurden die Konsequenzen der Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft für die Geld- und Währungspolitik, die Finanzpolitik, die Handelspolitik, die Agrarpolitik, die Wettbewerbspolitik, die sektorale Struktur- und Industriepolitik, die Regionalpolitik, die Verkehrspolitik, die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie die Forschungs- und Industriepolitik dargestellt.

Allgemein gelte bei der Frage nach der Zuständigkeit einer Verwaltungsebene, dass das Subsidiaritätsprinzip berücksichtigt werden sollte, das heißt, dass die geeignete unterste staatliche Ebene (Gebietskörperschaft) mit einer Aufgabe zu betrauen sei, da vor Ort die genauesten Informationen über eine Situation vorlägen, nach denen die Präferenzen der Bürger eher berücksichtigt werden können und der Verwaltungsaufwand und die Kontrollkosten relativ gering seien. Eine höhere Ebene sollte nur dann zuständig sein, wenn dadurch Effizienzgewinne zu erwarten seien, die anzunehmende Wohlfahrtsverluste kompensierten. Grundsätzlich sei daher eine dezentrale Zuständigkeit für Aufgaben, die sich an der Kongruenz von Zahlern, Nutzern und Entscheidern orientieren, von Vorteil.

Klodt stellte dar, dass die Vorstellungen der EG von einer Zuordnung von Aufgaben und Kompetenzen auf unterschiedliche Ebenen nur selten den ökonomischen Effizienzkriterien entsprächen. So drohe besonders im Bereich der sektoralen und regionalen Strukturpolitik, der Verkehrsinfrastrukturpolitik, der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik und im Bereich der Forschungs- und Industriepolitik eine Verschlechterung der Qualität der Entscheidungen, so dass besonders hier die

Verlagerung von Kompetenzen auf die EG-Ebene zu Wohlfahrtsverlusten führen werde.

17. März 1994: Dr. Rolf J. Langhammer, Institut für Weltwirtschaft

GATT und der Abschluss der Uruguay-Runde – Neue Impulse für die Welthandelsordnung oder Signal für verstärkten Regionalismus?

Langhammer führte aus, dass die Hauptergebnisse der Verhandlungen, die Maßnahmen zur Erleichterung des Marktzugangs, die nunmehr vorgesehene Anwendung der GATT-Regeln auf bisherige Ausnahmereiche und die Ausdehnung auf neue Bereiche, wie zum Beispiel Dienstleistungen und Patente, zu Wohlfahrtsgewinnen führen. Im Durchschnitt sei ein positiver Realeinkommenseffekt von 1–2 vH zu erwarten. Allerdings würden die ärmeren Länder weniger von den neuen GATT-Regeln profitieren. Etwa 80 vH der zu erwartenden Sozialproduktgewinne entfielen voraussichtlich auf die OECD-Länder.

Laut Langhammer blieben trotz dieser positiven Bilanz Schwachpunkte und Probleme der internationalen Handelsbeziehungen bestehen. Es fehlten weiterhin verbindliche Absprachen zur Regelung von bilateralen Streitigkeiten sowie Sanktionsmöglichkeiten bei der Nichteinhaltung von Regeln durch einzelne Länder. Die Folge könne sein, dass zukünftig zu verhandelnde Größen wie gemeinsame Wettbewerbs-, Umwelt-, Sozial- und Migrationsstandards von einzelnen Ländergruppen als Instrumente gegen das Ursprungslandsprinzip verwendet werden. So könnten einige Industrieländer gegen aufholende Schwellenländer ihre Standards für verbindlich erklären, ohne dass das GATT oder die zu gründende World-Trade-Organisation dagegen aktiv vorgehen könnten. Auf diese Weise würden die in der Uruguay-Runde erzielten handelsfördernden Maßnahmen wieder eingeschränkt.

28. September 1994: Volker Frobarth, Politikwissenschaftler und Historiker

Möglichkeiten und Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung des Königsberger Gebietes

Volker Frobarth hielt seinen Vortrag im Anschluss an die Mitgliederversammlung. Er promovierte über die politische Geschichte dieser Region und ist nach mehreren längeren Aufenthalten dort zu einem ausgewiesenen Kenner des Raumes Königsberg und dessen Geschichte geworden.

Die frühe Nachkriegszeit des Königsberger Gebietes war gekennzeichnet durch starke Wanderungsbewegungen: Seit 1946 wurden dort Russen angesiedelt. Die noch vorhandene deutsche Bevölkerung musste ab 1947 größtenteils das Land verlassen. Betriebe und Verwaltungen wurden umorganisiert und von Russen übernommen. Die wirtschaftliche Entwicklung Königsbergs war ausgesprochen schwach. Die wichtigsten Wirtschaftsbereiche waren Zellulosefabriken, Werften und Fischindustrie.

In den fünfziger Jahren wurde die Landwirtschaft umstrukturiert und zahlreiche Kolchosen gegründet. Versuche, den Anteil der Landbevölkerung zu erhöhen, schlugen jedoch fehl: Lebten 1956 noch 230 000 Menschen auf dem Lande, so waren es 1990 nur noch 180 000. Zugenommen hatte dagegen die Einwohnerzahl Königsbergs.

Die Stadt Königsberg gehört seit 1963 wirtschaftlich zu Litauen. Nach der Auflösung der Sowjetunion und der Unabhängigkeit der Baltischen Staaten entstand im Jahre 1990 die Idee einer Freihandelszone Königsberg. Der Stadtrat beschloss, die Stadt zu öffnen und sechs Zonen freien Unternehmertums zu schaffen. 1992 machte der russische Staatspräsident Boris Jelzin die Region zu einer Sonderwirtschaftszone.

Innenpolitisch befindet sich Königsberg laut Frobarth in einer unruhigen Phase. Es gebe im Rat der Stadt viele extreme Strömungen und keine eindeutige demokratische Ausrichtung. Für besonders

problematisch halte er das geringe Interesse vor allem der jungen Bevölkerung an der Teilnahme am politischen Leben und den fehlenden Elitewechsel. Ohne Veränderungen in diesem Bereich sei seiner Meinung nach kaum zu erwarten, dass das Königsberger Gebiet einen starken wirtschaftlichen Aufstieg erleben und zu einer für Investoren interessanten Region werden werde.

12. Januar 1995: Andreas Gröhn, Institut für Weltwirtschaft

Berufliche Weiterbildung im Spannungsfeld zwischen Staat und Markt

Gröhn machte deutlich, dass die Besonderheit der beruflichen Weiterbildung – im Gegensatz zur allgemeinen Bildung – darin besteht, dass sich auf diesem Feld schon ein Markt entwickelt hat. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der beruflichen Weiterbildung bestehe in der Verbreitung von produktivem Wissen und produktiven Fähigkeiten; sie könne als Ersatz- oder Erweiterungsinvestition angesehen werden, die sich an die Neuinvestition „berufliche Erstausbildung“ anschließe. Die berufliche Weiterbildung umfasse die Bereiche Fortbildung und Umschulung. Wenn diese außerbetrieblich stattfinden würden, könnten Marktmechanismen zum Tragen kommen.

Laut Gröhn spricht wenig für ein systematisches Marktversagen im Bereich des Gutes berufliche Weiterbildung: Es bestehe Rivalität im Konsum, Konsumenten können von der Nutzung des Gutes ausgeschlossen werden, und externe Effekte dürften eher selten auftreten. Auch das Informationsproblem, häufig als Rechtfertigung für staatliches Handeln genutzt, sei durch private Organisationen, die Transparenz über Art und Qualität der Weiterbildungsangebote schaffen, zu lösen. Der Staat spiele als Informationsmakler auf diesem Markt ohnehin nur eine bescheidene Rolle. Aus diesem Grund spreche nichts dagegen, dass die berufliche Weiterbildung unter Marktbedingungen stattfinde.

Eine volkswirtschaftlich optimale Fort- und Weiterbildung ließe sich laut Gröhn am ehesten durch das Instrument von Bildungsgutscheinen, das heißt, rückzahlbaren Kreditgutscheinen, erzielen.

Sämtliche Bildungseinrichtungen konkurrierten um diese Gutscheine, und die Nachfrager nach dem Gut „Bildung, Fort- und Weiterbildung“ würden ihrer Entscheidung für das Wahrnehmen eines solchen Angebots ein persönliches Kosten-Nutzen-Kalkül zugrunde legen.

2. März 1995: Dr. Achim Zeidler, Landesgeschäftsführer beim Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein e.V. (Januar 1992–Dezember 1994)

Privatisierung öffentlicher Aufgaben – Möglichkeiten und Grenzen im kommunalen Bereich

Die Zunahme der Verschuldung aller öffentlichen Haushalte hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass vermehrt erwogen wird, bisher vom Staat angebotene Dienste Privaten zu übertragen. Das Ziel derartiger Maßnahmen ist, die Personalkosten im öffentlichen Dienst zu senken und darüber hinaus ein besseres Angebot an Dienstleistungen zu erzeugen.

Wie Zeidler ausführte, sind es vor allem zwei Gegebenheiten, die dazu führen, dass der öffentliche Sektor grundsätzlich als weniger effizient anzusehen ist, als der private Sektor: Zum einen bewirke das geltende Tarifrecht, der BAT, dass die Besoldung der Beschäftigten nach einem starren Schema erfolge und kaum ökonomische Anreize für besondere Leistungen geschaffen werden können; zum anderen fehle die Konkurrenz, die bei privaten Anbietern einen permanenten Druck erzeuge, die Leistungen zu verbessern und die Kosten zu senken. Eine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen könne auf verschiedenen Wegen erfolgen. Eine formale Privatisierung könne darin bestehen, dass die Rechtsform zum Beispiel eines Regiebetriebs geändert werde, indem er zu einer GmbH gemacht wird, in der das öffentliche Dienstrecht nicht gilt. Eine organisatorische Privatisierung habe zur Folge, dass die Verwaltung einer Aufgabe weiterhin staatlichen Stellen unterliege, die Durchführung der Leistungen jedoch privaten Unternehmen übertragen werde.

Zeidler zeigte, dass sich im kommunalen Bereich vornehmlich sogenannte Annexaufgaben für eine private Durchführung anbieten, zum Beispiel Reinigungsdienste, Druckereiarbeiten, die Wartung von Gebäuden und Geräten, der Personennahverkehr, die Abfall- und Abwasserbeseitigung. Alle hoheitlichen Aufgaben kämen für eine Privatisierung natürlich nicht in Frage. Beispiele aus anderen Ländern und Bundesländern hätten gezeigt, dass die Bevölkerung mit vielen privatisierten, ehemals öffentlichen Dienstleistungen zufrieden sei. Nach Zeidler sei eine Privatisierung kommunaler Dienste grundsätzlich dann sinnvoll, wenn die Leistungen dauerhaft gleich blieben und die Kosten nicht stiegen. Voraussetzung dafür sei allerdings, dass Wettbewerb bestehe und verschiedene Leistungsanbieter miteinander konkurrierten.

11. Mai 1995: Markus Diehl, Institut für Weltwirtschaft

Systemtransformationen in Asien – Vorbild für die europäischen Reformländer?

Diehl führte aus, worin die wesentlichen ökonomischen Unterschiede zwischen den europäischen und den südostasiatischen Staatshandelsländern bestanden haben, die ursächlich für die sehr viel erfolgreichere Systemtransformationen in Asien gewesen sein könnten.

So waren in den untersuchten asiatischen Ländern China, Laos und Vietnam der Beitrag des Agrarsektors zum BIP höher, der Einfluss planwirtschaftlicher Elemente geringer und der Anteil anderer RGW-Länder am Außenhandel niedriger als in den mittel-osteuropäischen Reformländern. Somit bestanden in den asiatischen Ländern etwas bessere Vorbedingungen für die Umstellung zur Marktwirtschaft. Von größerer Bedeutung war nach Ansicht von Diehl aber wohl die Qualität wirtschaftspolitischer Maßnahmen.

Die Geldpolitik in den asiatischen Ländern sei sehr viel restriktiver als in Europa, so dass die Inflationsraten niedrig blieben. Viele Staatsbetriebe würden liquidiert und neue Unternehmen gegründet, was noch gefördert würde durch Anreize für ausländische Direktinvestiti-

onen. Darüber hinaus entwickelte sich in Asien ein relativ offenes Außenhandelsregime.

Diehl machte deutlich, dass eine konsistente, stabile Wirtschaftspolitik in Asien der Grund für die reibungslose Umstellung zur Marktwirtschaft sein dürfte. Trotz anderer Voraussetzungen hätte die Transformation in europäischen Reformländern wahrscheinlich auch erfolgreicher verlaufen können, wenn eine bessere Wirtschaftspolitik betrieben worden wäre.

24. Oktober 1995: Uwe Siegmund, Institut für Weltwirtschaft

Die Treuhandanstalt – was bleibt?

10. November 1995: Feier zum 75-jährigen Bestehen des Wirtschaftswissenschaftlichen Clubs

Aus diesem Anlass fand im Institut für Weltwirtschaft eine Festveranstaltung statt, zu der zahlreiche Freunde und Förderer des Instituts geladen waren. Nach der Begrüßung der Gäste durch den ehemaligen Vizepräsidenten des Instituts Prof. Dr. Klaus-Werner Schatz hielt Dr. Martin Hoffmeyer einen Vortrag über die Geschichte des Clubs. Anschließend bereitete Dr. Henning Klodt mit seinem Vortrag zum Thema *Telekommunikation ohne Monopole – ein Markt im Aufbruch* die Grundlage für eine lebhafte Podiumsdiskussion. Das dann folgende gesellige Beisammensein war von einem regen Austausch von Erinnerungen an alte Clubzeiten geprägt.

28. November 1995: Prof. Dr. Vadim Sokolinski, Finanzakademie der Regierung der russischen Föderation

Zielkonflikte in der Wirtschaftspolitik Russlands

29. Mai 1996: Dr. Claudia Buch, Institut für Weltwirtschaft“

Bankenreform in Mittel- und Osteuropa

7. November 1996: Diskussion mit Dr. Joachim Scheide, Institut für Weltwirtschaft

Die Europäische Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft – Chancen und Risiken

11. Februar 1997: Dr. Enno Langfeldt, Institut für Weltwirtschaft

Zur Qualität von Konjunkturprognosen – Ausblick auf die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland

14. Mai 1997: Dr. Ernst-Jürgen Horn, Institut für Weltwirtschaft

Staatliche Alterssicherung in Deutschland: Erhalten, Ergänzen oder Umstellen?

7. August 1997: Diskussion im kleinen Kreis mit Richard L. Bolin Direktor der World Export Processing Zones Association (WEPZA)

26. November 1997: Dr. Jürgen Stehn, Institut für Weltwirtschaft

Reformzwänge im Zuge einer Osterweiterung der EU

2. April 1998: Dr. Federico Foders, Institut für Weltwirtschaft, Dr. Wolf-Dieter Schmidtke-Glamann, Arbeitsamt Neumünster, und Diplom-Kaufmann Wolfgang Heyn, Arbeitsamt Kiel

Berufliche Bildung als Instrument der Standortsicherungs- und der aktiven Arbeitsmarktpolitik

8. Dezember 1998: Wolfgang Mädels, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Kiel

Der Kombilohn als arbeitsmarkt- und sozialpolitisches Instrument

28. Januar 1999: Dr. Michael Take, Fachanwalt für Steuerrecht, und Günter Neugebauer, MdL und Mitglied des Finanzausschusses der SPD-Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag

Diskussion über Die Vermögensteuer als Streitobjekt

3. Mai 1999: Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie des Landes Schleswig-Holstein

Problem Staatsverschuldung – wie kann der Handlungsspielraum der Finanzpolitik verbessert werden?

23. August 1999: Prof. Dr. Václav Klaus, Präsident des Parlaments der Tschechischen Republik

Vortrag anlässlich der Verleihung der Bernhard-Harms-Medaille an Václav Klaus: The Future of Europe: The View from Prague

5. Mai 2000: Reinhard Mohn, Vorstandsmitglied der Bertelsmann-Stiftung

Vortrag anlässlich der Verleihung der Bernhard-Harms-Medaille an Reinhard Mohn: Systemfortschreibung als Voraussetzung für Führungsfähigkeit

15. Mai 2000: Dr. Georgy Kabbe, Veliko Tarnovo Universität, Bulgarien

Südoosterweiterung der EU – Sind Bulgarien, Rumänien und Slowenien reif für den Beitritt?

21. Juni 2000: Dr. Milenko Petrovic, Institut für Wirtschaftswissenschaften, Belgrad

Jugoslawien auf dem Weg zur Marktwirtschaft

31. Oktober 2001: Dr. Michael Stolpe, Institut für Weltwirtschaft

Gesundheitssysteme in alternden Gesellschaften

12. Februar 2002: Herr Dr. Wolfgang Salomo, tätig in Reformprojekten für BMZ, BMF und Weltbank

Entwicklung und Reformen von ländlichen Finanzsystemen in den Transformationsländern am Beispiel der Russischen Föderation

7. Der Alumni-Club

Im Jahre 2005 wurde der Wirtschaftswissenschaftliche Club am Institut für Weltwirtschaft um eine Alumni-Sparte erweitert, um den ehemaligen Beschäftigten des Instituts, die bisher nicht Mitglied im Club waren, die Möglichkeit zu geben, wieder näher an das Institut heranzurücken, um so einerseits an der künftigen Gestaltung des Instituts teilhaben und mitwirken und andererseits von den Dienstleistungen des Instituts profitieren zu können.



Alumni-Treffen im großen Lesesaal der ZBW

Am **26. Mai 2005** fand das 1. Alumni-Treffen am Institut für Weltwirtschaft in Kiel statt. Ca. 90 ehemalige Beschäftigte des Instituts sowie zahlreiche weitere Gäste nahmen daran teil. Das Thema einer auf diesem Treffen durchgeführten Podiumsdiskussion lautete:

Deutschland – kranker Mann Europas? Unter der Moderation von Stefan Baron, Chefredakteur der Wirtschaftswoche, diskutierten der damalige schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Dietrich Austermann, Dr. Elga Bartsch, Morgan Stanley, Prof. Dr. Gerhard Fels, bis 2004 Leiter des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln, Prof. Dr. Christian Seidl, Christian-Albrechts-Universität Kiel, Frank Teichmüller, IG Metall, sowie der heutige Präsident des IfW, Prof. Dennis J. Snower, Ph.D., über die aktuellen Probleme der deutschen Wirtschaft.

Am **9. Februar 2006** lud der Club im Rahmen eines neu eingerichteten Alumni-Stammtisches zu einer Diskussionsveranstaltung

ein. Das Thema lautete: *Ökonomie und Kunst: Ist Kunstförderung Subvention? Gibt es ein kulturelles Erbe, das man durch staatliche Subventionen erhalten muss, auch wenn das breite Publikum Popkultur bevorzugt?* Gastreferent war Dr. Stephan Opitz, Staatskanzlei Schleswig-Holstein.

Das Thema des Stammtisches am 9. März 2006 war: *Money makes the sport go round: Zur ökonomischen Bedeutung des Sports.* Gerade die Fußball-WM 2006 wirft ein Schlaglicht auf die immer enger werdenden Beziehungen zwischen Sport und Geld. Es referierte Dr. Robin Kähler, CAU-Sportzentrum.

Am **8. Juni 2006** lud der Club wieder zu einem Stammtisch ein. Kemal Doğan, Hürriyet, referierte über die *Integration der Türkei in die EU: Welche Voraussetzungen für die Integration müssen erfüllt sein, und gibt es ein (geographisches) Ende des Europäischen Einigungsprozesses?*

Am **15. Juni 2006** fand das 2. Alumni-Treffen statt. Auf der Tagesordnung stand: die Vorstellung verschiedener Bereiche des IfW, eine Podiumsdiskussion zum Thema *Lange Wellen der Globalisierung: Steht die Welt vorm Rückfall in den Protektionismus*, die Vollversammlung des Wirtschaftswissenschaftlichen Clubs und ein gemeinsames Dinner.

Am **28. November 2006** fand der November-Stammtisch erstmalig in Frankfurt am Main statt. Er wurde von Frau Borbély organisiert.

Am **7. Dezember 2006** fand im kleinen Lesesaal der Bibliothek eine Veranstaltung im Rahmen des Kieler Alumni-Stammtisches statt. Das Thema lautete: *Das Kieler ökonomische Experimentallabor. Rüttelt die experimentelle Ökonomie an unserem Bild des homo oeconomicus?* Referent war Prof. Till Requate, Christian-Albrechts-Universität Kiel.

Am **14. Juli 2008** fand in der Gaststätte „Neuer Volkswirt“ in Frankfurt am Main wieder ein kleines informelles Alumni-Treffen statt, an dem mehrere ehemalige Beschäftigte des Instituts für Weltwirtschaft teilnahmen.

8. Der Take-Maracke-Preis

Seit dem Wintersemester 2006/2007 vergeben der Wirtschaftswissenschaftliche Club und Take-Maracke & Partner RA/StB/WP einen Förderpreis für wirtschaftswissenschaftliche Arbeiten. Prämiert werden Leistungen (Hausarbeiten und Präsentationen) von Studierenden der Christian-Albrechts-Universität Kiel in den Fächern VWL oder BWL. Der Preis ist mit 1 000 Euro dotiert.

In der Ausschreibung heißt es u.a.:

Mit dem Take-Maracke-Förderpreis werden eine oder mehrere herausragende Seminararbeiten/Seminarvorträge von fortgeschrittenen VWL-/BWL-Studenten prämiert. Der Preis trägt die Bezeichnung: Take-Maracke-Förderpreis für Wirtschaftswissenschaften in Kiel.

Mit dem Preis sollen Arbeiten gewürdigt werden, die im Rahmen ausgewählter Lehrveranstaltungen des Hauptstudiums erstellt werden ...

Ziel ist es zum einen, seitens des Wirtschaftswissenschaftlichen Clubs in näheren Kontakt zu Studenten zu gelangen und im Rahmen einer gemeinsamen Schlussveranstaltung des Seminars eine vertiefende Diskussion zu einem oder mehreren Themen zu führen. Zum anderen soll ein Anreiz gegeben werden, Seminararbeiten verständlich und praxisnah zu erstellen.

Es wird von den Bewerbern folgendes erwartet:

- Die Arbeiten sind bis ... beim Club einzureichen; dabei genügt die Übermittlung in digitaler Form (ggf. per E-Mail).
- Die Teilnehmer sollen ihre Arbeit in einem Poster mit vorgegebenem Rahmen darstellen (Beispiele werden auf der Homepage des Clubs veröffentlicht...)
- Die Bewerber können für die Schlussveranstaltung aufgefordert werden, ihre Arbeiten in einer für alle Studenten und Clubmitglieder öffentlichen Veranstaltung darzustellen, ggf. zu verteidigen. ...
- Die Bewerber willigen ein, dass die Arbeit auf der Homepage des Clubs, ggf. auf der Homepage der ZBW veröffentlicht werden kann.

Preisverleihung 2007

Am **6. Juni 2007** wurde der Take-Maracke-Preis zum ersten Mal vergeben. Preisträgerinnen und -träger (Wintersemester 2006/2007, Thema: Arbeitsmarktökonomik) waren:

- 1.Preis: Sebastian Schütz: „Unemployment Persistence: Hysteresis, Multiple Equilibria, and Policy Implications“
- 2.Preis: Matthias Maurin: „Umwandlung von Arbeitslosenunterstützung in Beschäftigungssubventionen“
- 3.Preise: Anja Mewes: „Mindestlöhne“, und Kai Sebastian Meinke: „Is Inequality Harmful for Growth?“

Preisverleihung 2008

Am **13. Februar 2008** verlieh der Wirtschaftswissenschaftliche Club des Instituts für Weltwirtschaft zum zweiten Mal den Take-Maracke-Preis für herausragende studentische Arbeiten auf dem Gebiet der Volks- und Betriebswirtschaftslehre. Die Kieler Wirtschaftsförderungsgesellschaft, KiWI GmbH, unterstützte die Preisverleihung.

Auch in diesem Jahr hatten sich wieder zahlreiche Studentinnen und Studenten, zum Teil auf Anregung ihrer Professoren, um den Preis beworben. Diesmal wurden zwei erste Preise vergeben, und zwar für eine betriebswirtschaftliche Studienarbeit und für eine volkswirtschaftliche Seminararbeit.

Diese beiden ersten Preise gingen an:

Angelika Selke, Philipp Rottgardt, Stephan Knoche und Simon Heinrichs: „Automatische Warnsysteme: Chancen eines Dienstleistungsmodells zur Gleisbausicherung“ (BWL) sowie

Andre Spee: „F&E-Spillovers und Wettbewerb“ (VWL)

Im Rahmen einer Feierstunde überreichte IfW- und Club-Präsident Professor Dennis J. Snower die insgesamt mit 1100 Euro dotierten Preise.



v.l.n.r.: Prof. Dennis J. Snower, Preisträger Stephan Knothe und Simon Heinrichs, Dr. Michael Take

Preisverleihung 2009

Die Preisträger dieses Jahres wurden am 23. Februar 2009 in den Räumlichkeiten des Wissenschaftszentrums ausgezeichnet. Diesmal wurden 5 gleichwertige Arbeiten prämiert:

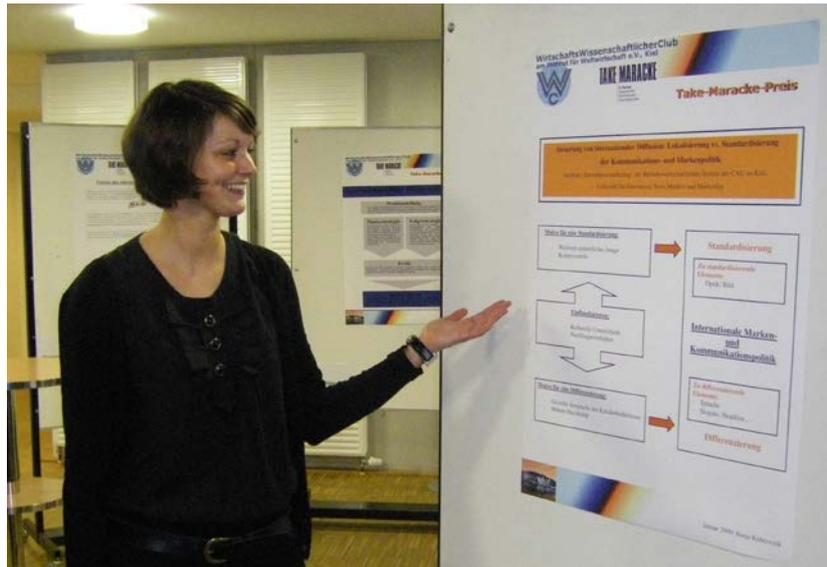
Antje Pelz: „Kritische Analyse von Ansätzen der externen Berichterstattung über immaterielle Vermögenswerte“

Sandra Fierke: „Aussagekraft der Bilanzierung von Entwicklungskosten“

Stephan Wiedemann: „Die Wahl des optimalen Markteintrittszeitpunkt für eine neue Produktgeneration“

Sonja Kubovcsik: „Steuerung von internationaler Diffusion: Lokalisierung vs. Standardisierung der Kommunikations- und Markenpolitik“

Claudio Heitkamp: „Order of Entry“-Effekte: Pioniere vs. Folger“



Preisträgerin Sonja Kubovcsik

Preisverleihung 2010

Zur Preisverleihung am **15. Februar 2010** kamen rund 100 Professoren, Studierende, Unternehmer, Politiker und Eltern im Wissenschaftszentrum der Christian-Albrechts-Universität Kiel zusammen.

Die eingereichten Arbeiten setzten sich mit hochaktuellen Fragestellungen auseinander wie zum Beispiel:

Wieso hat der Internationale Währungsfond nicht rechtzeitig vor der Krise gewarnt? Weshalb trifft die Krise den russischen Bankensektor so hart? Und wieso beeinflusst sie den Süd-Süd-Handel der Schwellenländer dagegen vergleichsweise positiv?

Professor Dennis J. Snower würdigte den starken Praxisbezug und die Lösungsansätze der eingereichten Arbeiten. Oberbürgermeister Albig zeigte sich in seinem Grußwort beeindruckt von dem Niveau, auf dem die Studierenden ihre Themen bearbeitet hatten. Er unterstrich zudem die Bedeutung des Dialogs zwischen Politik und die Rolle wissenschaftlichen Nachwuchsfür den Standort Kiel. Unterstützt wurde die Veranstaltung von der Wissenschaftszentrum Kiel GmbH und der Kieler Wirtschaftsförderungsgesellschaft (KiWi GmbH).



v.l.n.r.: Dr. Michael Take, Prof. Rolf J. Langhammer, Prof. Johannes Bröcker, Preisträger Carsten Peters, Prof. Dennis J. Snower, Oberbürgermeister Torsten Albig

Der Wettbewerb gliedert sich in eine schriftliche Arbeit und einen mündlichen Vortrag. Fünf der insgesamt acht eingereichten Seminararbeiten schafften es ins Finale. Nachdem die Studierenden vor den Gästen ihre Arbeiten in Kurzvorträgen vorgestellt und Fragen beant-

wortet hatten, zog sich die Jury für eine halbe Stunde zurück, um die Gewinner auszuwählen.

Den 1. Preis erhielt Cornelius Peters. Der 25-jährige Student der Volkswirtschaftslehre analysierte im Rahmen seiner Arbeit die Entwicklung des regionalen Arbeitsangebotes bis zum Jahr 2050. Er konnte sich über ein Preisgeld von 300 Euro freuen.

Seine Kommilitoninnen und Kommilitonen Aileen Bülck, Phillip Reichel, Ole Dunklau und Alexander Trippel erhielten je 150 Euro Preisgeld für ihre ebenfalls sehr guten Leistungen.

„Mit dem Preis möchten wir engagierte Studierende der Betriebs- und Volkswirtschaftslehre auf ihrem Weg in die berufliche Praxis unterstützen und die gute Partnerschaft zwischen Universität und dem Wirtschaftsstandort Kiel weiter stärken“, so Dr. Michael Take, Initiator des Förderpreises.

9. Weitere Veranstaltungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Clubs in den letzten Jahren

Am **28. November 2007** präsentierte Korinna Werner-Schwarz das neue elektronische Publikationsmedium *Economics: The Open-Access, Open-Assessment E-Journal*. Korinna Werner-Schwarz ist für den Bereich des E-Journals am Institut für Weltwirtschaft verantwortlich. Das Thema ihrer Präsentation lautet: *Das E-Journal Economics: Ein neues Publikationsmedium für Wirtschaftswissenschaftler*.

Am **7. Oktober 2008** fand am Institut für Weltwirtschaft die Verleihung des Bernhard-Harms-Preises 2008 statt. Nach der Preisverleihung an Professor Kenneth Rogoff, Ph.D. (Harvard University), der zu den weltweit führenden Ökonomen auf dem Gebiet der internationalen Währungs- und Finanzpolitik zählt, hielt der Preisträger einen Festvortrag zum Thema: *Exchange Rates in the Modern Floating Era: What Do We Really Know?* Ort der Veranstaltung war der große Lesesaal der Deutschen Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften (ZBW).

Am **14. Mai 2009** fand im Vortragssaal des Instituts für Weltwirtschaft eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung zum Thema *Globalisierung und Wirtschaftskriminalität* statt. Teilnehmer waren: Prof. Dr. Federico Foders, Institut für Weltwirtschaft, Mitglied des Direktoriums, Prof. Dr. Wolfgang Joecks, Universität Greifswald, Prof. Dr. Johann Graf Lambsdorff, Universität Passau und Transparency International, Staatssekretär Dr. Eberhard Schmidt-Elsaesser, Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa des Landes Schleswig-Holstein, Kriminaldirektor Joachim Schwanke, Behörde für Inneres, Freie und Hansestadt Hamburg, und Dr. Michael Take, Vizepräsident Wirtschaftswissenschaftlicher Club.

Ausgehend von aktuellen Korruptionsfällen in Deutschland (VW, Siemens sowie MAN) wurde das Phänomen von zweifelhaften Zahlungen, unzulässigen Provisionen und Schmiergeldern umfassend diskutiert. Prof. Graf Lambsdorff (Universität Passau) stellte in seinem Referat eine Weltkarte mit einem Korruptionsindex vor. Er

erläuterte die Parameter dieses Index anhand von länderspezifischen Darstellungen. Der Korruptionsindex von Transparency International ist maßgebend unter seiner Federführung entwickelt worden. Prof. Joecks (Universität Greifswald) erläuterte aus seiner Sicht die strafrechtlichen Ansätze zur Korruptionsbekämpfung. Das Praxisproblem verdeutlichte der Kriminaldirektor Joachim Schwanke, Landeskriminalamt Hamburg. In der von Staatssekretär Dr. Schmidt-Elsaßer geleiteten Veranstaltung äußerten sich zahlreiche Veranstaltungsteilnehmer, insbesondere aus der Staatsanwaltschaft und forderten einen Mentalitätswechsel bzw. eine gesellschaftliche Ächtung von Schmiergeldzahlungen, weil allein das Strafrecht nicht ausreicht, die Missstände zu beheben.

Am **7. Juni 2010** folgten in Kiel mehr als 100 Gäste aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik der Einladung des Wirtschaftswissenschaftlichen Clubs am Institut für Weltwirtschaft zur hochkarätig besetzten Diskussionsveranstaltung mit dem Titel: *Der EURO in der Krise: Zerbricht die Währungsunion?*



*v.l.n.re.:
Dr. Thomas
Mayer, Prof.
Wilhelm Hankel,
Prof. Henning
Klodd, Dr. Lau-
renz Czempiel*

Nach der Begrüßung durch Dr. Michael Take, Vorstand des WWC, hielten Prof. Dr. Wilhelm Hankel, prominenter Euroskeptiker der ersten Stunde, sowie Dr. Thomas Mayer, Chefökonom der Deutschen Bank, zunächst jeweils ein einführendes Impulsreferat. Anschließend leitete der Moderator der Veranstaltung, Prof. Dr. Henning Klodd,

Leiter des Zentrums Wirtschaftspolitik am IfW, zur Diskussion über. An ihr nahm zudem Dr. Laurenz Czempel, Gesellschafter Reuschel & Co. Privatbankiers, teil.

Die Veranstaltung war durch die interessante Kontroverse des Euro-Kritikers Prof. Wilhelm Hankel mit dem Euro-Befürworter Dr. Thomas Mayer außerordentlich spannend. Während Thomas Mayer zur Verteidigung seines Standpunktes die zumindest kurzfristig positive Krisenbewältigung anführen konnte, stützte Prof. Hankel seine negative Sicht auf langfristige und strukturelle Gründe. Beide Auffassungen wurden sehr fundiert vorgetragen und das Publikum erhielt dadurch eine gute Grundlage, um eigene Standpunkte zu vertiefen oder neu zu bilden.

10. Die Präsidenten des Instituts für Weltwirtschaft und des Wirtschaftswissenschaftlichen Clubs



Bernhard Harms (1914–1933)



Jens Jessen (1933)



Andreas Predöhl (1934–1945)



Fritz Baade (1948–1961)



Erich Schneider (1961–1969)



Herbert Giersch (1969–1989)



Horst Siebert (1989–2003)



Dennis J. Snower (seit 2004)

11. Festvorträge

Die Situation der Universität Kiel um 1920

Von Uwe Carstens⁵

Im Ersten Weltkrieg hatte sich die große Mehrheit der Wissenschaftler und Gelehrten vorbehaltlos für die Kriegsziele des Deutschen Reichs ausgesprochen und sich in den Dienst deutscher Großmachtbestrebungen gestellt. Folge dieses Verhaltens war die noch im Krieg beginnende internationale Isolierung der deutschen Wissenschaft, die mit Abschluss des Versailler Vertrags⁶ im Sommer 1919 ihren Höhepunkt erreichte. Alle bisherigen internationalen Konventionen auf wissenschaftlichem Gebiet mit Deutschland galten als aufgelöst. Deutsche Gelehrte wurden aus wissenschaftlichen Gesellschaften ausgeschlossen und zu Kongressen nicht eingeladen. Die internationalen Boykottmaßnahmen umfassten auch wissenschaftliche Publikationen aus Deutschland, die keine Aufnahme in Bibliographien alliierter Staaten fanden.

Mit dem Wegfall staatlicher Forschungsfinanzierungen unmittelbar nach Kriegsende sowie durch den weitgehenden Verlust ihrer Kapitalvermögen durch die Inflation standen die wissenschaftlichen Institutionen vor dem finanziellen Bankrott. Angesichts der Notlage der gesamten Forschungs- und Lehranstalten fand die Wissenschaft in den Parlamenten und Parteien Fürsprecher. An die Stelle privater Förderung wie im Kaiserreich trat eine Forschungsfinanzierung durch das Reich und die Länder. Allerdings begaben sich die Wissen-

⁵ Ferdinand-Tönnies-Gesellschaft.

⁶ Der Friedensvertrag von Versailles war das am 28. Juni 1919 unterzeichnete Vertragswerk, das nach dem Ersten Weltkrieg formell den Kriegszustand zwischen dem Deutschen Reich und den Mächten der Triple Entente und ihren Verbündeten beendete. De facto waren die Kampfhandlungen bereits mit der Unterzeichnung des Waffenstillstands von Compiègne am 11. November 1918 eingestellt worden. Nach der Ratifizierung und dem Austausch der Urkunden trat der Versailler Vertrag am 10. Januar in Kraft.

schaftsbetriebe weitgehend in staatliche Abhängigkeit. Die 1911 gegründete „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“ (heute: „Max-Planck-Gesellschaft“⁷), die trotz der Abdankung Kaiser Wilhelms II. ihren Namen in der Weimarer Republik beibehielt, wurde von einer preußischen zu einer gesamtdeutschen Institution mit öffentlicher Finanzierung. Auf ihre Initiative hin wurde im Oktober 1920 die „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“ (ab 1929: „Deutsche Forschungsgemeinschaft“) gegründet. Dieser Zusammenschluss aller wissenschaftlichen Forschungsstätten Deutschlands wurde vor allem aus Mitteln des Reichs finanziert.

Das Verhältnis der Universitäten zum Weimarer Staat war ambivalent. Die Dominanz konservativer und weit rechts stehender Kräfte innerhalb der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und ihre Vergabe staatlicher Mittel an republikfeindliche Wissenschaftler führte zu scharfen Angriffen von Politikern – insbesondere der SPD. Mit Erfolg setzten sie bis Ende der Zwanziger einen größeren Einfluss und eine stärkere Kontrolle der Ausgaben seitens des Staates durch.

Mit erstaunlicher Einmütigkeit teilten die politischen und wissenschaftlichen Eliten im Reich die Auffassung, die Universitäten könnten Ausgangspunkt für die Wiedergewinnung internationalen Ansehens sein und als Ersatz für verlorene politische Macht dienen. So gelang durch staatliche Fördermittel eine relativ schnelle Überwindung der Nachkriegskrise.

Während sich die Naturwissenschaften und die Technik dem weltweiten Wachstum mit einer immer höheren Zahl an Entdeckungen und Erfindungen anschlossen, sahen die Geisteswissenschaften ihre Geltung in der Weimarer Republik erschüttert. Im Ersten Weltkrieg um die Durchsetzung nationaler Ideale bemüht, blieben nach der Niederlage Zweifel an der vorgegebenen deutschen Kulturüberlegenheit zurück. Zu einer festen geistigen Größe wurde daher nach Kriegsende die Soziologie, die vor 1914 kaum als eigene Wissen-

⁷ Die Max-Planck-Gesellschaft wurde am 26. Februar 1948 unter der Präsidentschaft von Otto Hahn und der Leitung von Generalsekretär Ernst Telschow als Nachfolgeorganisation der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Göttingen gegründet. Benannt wurde sie nach Max Planck, dem Mitbegründer der Quantentheorie.

schaft betrachtet wurde, obwohl der Soziologe, Nationalökonom und Philosoph Ferdinand Tönnies die Grundlagen dazu bereits im Kaiserreich gelegt hatte. Von der Sozialforschung erwartete die durch Kriegserlebnisse, Alltagsprobleme sowie politische und kulturelle Veränderungen geprägte Gesellschaft eine Orientierung. Politisch aufgewertet und nicht mehr in die traditionellen Geisteswissenschaften wie die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät eingebettet, erhielt die Soziologie eigene Lehrstühle an den Universitäten.⁸

Die Christian-Albrechts-Universität (CAU) blieb während des Ersten Weltkrieges geöffnet, obwohl etwa zwei Drittel der immatrikulierten Studenten am Kriege teilnahmen. Diese Studenten kamen nach Abschluss des Waffenstillstandes im November 1918 und der darauffolgenden Demobilisierung an die Hochschulen zurück, so dass in den Anfangsjahren der Weimarer Republik ein gewaltiger Studentenberg entstand, da die Zahl der Abiturienten und Studienanfänger ungefähr gleich geblieben war. In der wirtschaftlichen Krisensituation der beginnenden Weimarer Republik erschwerte sich dabei in zunehmendem Maß der Eintritt in das Berufsleben, was eine Verlängerung der Studiendauer mit sich brachte. Erst um die Mitte der zwanziger Jahre konnte die Überfüllung der Hochschulen etwas abgebaut werden, blieb aber weiterhin über dem Vorkriegsniveau. Diese Entspannung währte jedoch nicht lange, denn mit der Wirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre ging eine rapide Verschlechterung der Berufsaussichten einher, was das Studium als Alternative zur Arbeitslosigkeit erscheinen ließ und sich somit die Studierwilligkeit erhöhte, aber auch das Studium verlängerte.

An der Christiana Albertina studierten im Wintersemester 1922/1923: 1767 Studierende (1600 männliche; 167 weibliche). Im Sommersemester 1923 waren es bereits 2057 (1864 männliche; 193 weib-

⁸ Der erste Lehrstuhl für Soziologie entstand 1919 an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main und wurde von Frankfurter Kaufleuten gestiftet. Das erste Soziologie-Ordinariat wurde dem Arzt, Nationalökonom und Soziologen Franz Oppenheimer (1864–1943) übertragen, der es bis 1929 innehatte. Sein Nachfolger wurde Karl Mannheim (1893–1947).

liche). Im Wintersemester 1925/1926 sank die Zahl auf 1352 (1212 männliche; 140 weibliche) um dann im Sommersemester 1927 wieder auf 2006 (1762 männliche; 244 weibliche) anzusteigen.⁹

Als Rektoren der zwanziger Jahre sind zu nennen: Prof. Dr. Karl Kißkalt, Prof. Dr. Georg Jacob, Prof. Dr. Werner Wedemeyer, Prof. Dr. Otto Diels, Prof. Dr. Leonard Jores, Prof. Dr. Arthur Haseloff, Prof. Dr. Walter Jellinek, Prof. Dr. Walther Kossel.

Das Studium in den zwanziger Jahren war also von einer äußerst desolaten wirtschaftlichen und finanziellen Lage gekennzeichnet: Es fehlte, vor allem nach dem Ersten Weltkrieg, die häusliche Unterstützung durch die Eltern, weshalb sich viele Studierende ihr Studium durch Büro- und Industriearbeit selbst finanzieren mussten (Werkstudententum), was natürlich das Studium auf das Äußerste behinderte. Es fehlte aber auch an Wohnraum – das Angebot blieb bei steigenden Studentenzahlen ungefähr gleich, mit der Folge, dass die Mieten stiegen –, und auch die Ernährungssituation war derart miserabel, dass sich in Teilen der unterernährten Studentenschaft tuberkulöse Erkrankungen ausbreiteten. So trat neben die Vermassung der Universität die Verelendung der Studierenden.

Zwar wurde in der „Seeburg“¹⁰, die am 12. November 1910 vom Rektor der Kieler Universität Prof. Dr. Götz Martius als Heim, Haus und Kasino für Studierende eingeweiht worden war, Verpflegung zum Selbstkostenpreis abgegeben, aber auch diese reichte bald nicht mehr aus. Darauf berief der amtierende Rektor der Universität, Prof. Dr. Karl Kißkalt, Vertreter der Behörden und Berufsstände sowie einflussreiche Persönlichkeiten zusammen, und aus deren Mitte entstand im

⁹ Bekanntermaßen wurde in Preußen erst 1908 das Frauenstudium allgemein erlaubt. Im Jahre 1913 waren etwa 8 vH aller Studierenden weiblichen Geschlechts. Die Zahlen stammen aus Vorlesungsverzeichnissen der jeweiligen Semester. Im Wintersemester 2009/2010 studierten 22 825 Studierende an der CAU. Der Anteil der weiblichen Studierenden liegt bei 54 vH.

¹⁰ Die Geschichte der heutigen „Seeburg“ begann am 9. Juni 1892 mit dem Tode des Hamburger Großkaufmanns Theodor Willes. Willes hinterließ laut Testament als geborener Kieler seiner Vaterstadt 2 Millionen Reichsmark mit der besonderen Bestimmung, dass von den Zinsen ein Teil auch für die Zwecke der Universität zu verwenden sei. Die Seeburg war das Ergebnis der Willesstiftung.

Dezember 1921 der Verein für Schleswig-Holsteinische Studentenhilfe. Es war dies ein privater, von Universität und Studentenschaft unabhängiger Verein, der zum Vorläufer des späteren Studentenwerks wurde. Den Vorsitz übernahm der Direktor der Chirurgischen Klinik, Geheimrat Prof. Dr. Willy Anschütz.

Neben der Studentenhilfe gab es seit März 1923 in Kiel auch den „Studentischen Wirtschaftskörper e.V.“, der sich besonders der studentischen Wohnungsnot annahm. Im Jahre 1926 wurde die Gründung eines Studentenwohnheimes beschlossen, das 1927 als „Christian-Albrechts-Haus“ eröffnet wurde. Für auslandsdeutsche Studenten, vor allem für diejenigen aus dem 1920 an Dänemark abgetretenen Nordschleswig, wurde 1929 die Deutsch-Nordische Bourse geschaffen. Denn eine besondere Aufgabe sah man in den zwanziger Jahren darin, die Beziehungen zu den skandinavischen Ländern wieder stärker zu pflegen. Dem diente vor allem die von der Universität zusammen mit der Universitätsgesellschaft im Jahre 1929 durchgeführte Deutsch-Nordische Woche für Kunst und Wissenschaft, die überall in Skandinavien ein lebhaftes Echo fand.

Überblickt man die Leistung der Universität in der Zeit der Weimarer Republik, so muss man bedenken, dass erst nach dem Ende der Inflation im Herbst 1923 Planungen größeren Ausmaßes möglich wurden und dass die im Jahre 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise zu Sparmaßnahmen in nicht geringem Ausmaße führte. Der Neuerichtung von Lehrstühlen und Instituten waren deshalb enge Grenzen gesetzt.

Konkret gab es z.B. im Sommersemester 1920 an der Christian-Albrechts-Universität Kiel vier Fakultäten: die *Theologische Fakultät*, in der u.a. Otto Baumgarten lehrte, die *Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät*, u.a. mit Walter Schücking, Ferdinand Tönnies, Gustav Radbruch und Bernhard Harms, die *Medizinische Fakultät*, u.a. mit Otto Meyerhof, Otto Diels und Willy Anschütz, und die *Philosophische Fakultät*, u.a. mit Cay von Brockdorff.¹¹ Daneben gab

¹¹ Derzeit hat die Christian-Albrechts-Universität Kiel acht Fakultäten: Theologische, Rechtswissenschaftliche, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche, Medizinische,

es „Lehrer der Künste“, die von Montag bis Freitag Fechtkurse abhielten. Es gab akademische Spielnachmittage, Schwimmen und Wasserspringen, aber auch Kurse in Sprechkunst und Stenographie.

Zu den Universitätsinstituten gehörten die Universitätsbibliothek, das zoologische Museum, das schleswig-holsteinische Museum vaterländischer Altertümer, die archäologische Sammlung in der Düsternbrooker Kunsthalle und das Museum für Völkerkunde.

Ein besonderes Institut kam 1914 hinzu, dessen herausragende Bedeutung sich eigentlich erst nach dem Ersten Weltkrieg zeigen sollte. Die Initiative zur Gründung dieses Institutes hatte der 1876 in Detern bei Aurich in Ostfriesland geborene Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Bernhard Harms, der im Jahre 1908 als Ordinarius für Staatswissenschaften nach Kiel kam. Das Institut, das sich entwickelte, nannte Harms „Königliches Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel“ und ist nichts weniger als das heute weltweit bedeutende Zentrum der Weltwirtschaftsforschung, das „Institut für Weltwirtschaft“.

Bernhard Harms, der zunächst in Celle eine Ausbildung zum Buchbinder durchlaufen hatte, studierte von 1900 bis 1906 Volkswirtschaft in Tübingen, wo er sich auch habilitierte und im Verlaufe des gleichen Zeitraumes Lehraufträge übernahm. Harms war als Schüler von Wilhelm Stieda¹² und Gustav von Schönberg¹³ noch in der Tradition der „Historischen Schule“¹⁴ aufgewachsen. Unter dem Einfluss von

Philosophische, Mathematisch- Naturwissenschaftliche, Agrar- und Ernährungswissenschaftliche und Technische Fakultät.

¹² Wilhelm Stieda (1852–1933) war Nationalökonom, Wirtschaftshistoriker und Sozialreformer. Zeitlebens arbeitete er vor allem auf dem Feld der Handels- und Gewerbegegeschichte sowie der Sozialpolitik und überarbeitete so auch Wilhelm Roschers „Nationalökonomie des Handels und Gewerbefleißes“.

¹³ Gustav Friedrich von Schönberg (1839–1908) war Nationalökonom. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit war ab 1887 u.a. die Herausgabe der Tübinger „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“.

¹⁴ Die „Historische Schule der Nationalökonomie“ prägte die deutschsprachige Sozialwissenschaft über ein Jahrhundert, zwischen 1850 und 1950. Dabei widmete sie sich vielen Teilproblemen der Ökonomie wie der Wertlehre oder dem Wesen des Zinses, setzt sich aber insbesondere mit praktischen Problemen, wie der

Friedrich Naumann war er überdies an sozialpolitischen Problemen interessiert. Im Jahre 1908 wurde Harms zum Ordinarius für Staatswissenschaften an die Universität Kiel berufen.

Hier fand er ein kleines Seminar mit einer in den ersten Anfängen steckenden Abteilung für volkswirtschaftliche Fragen des Seeverkehrs vor. Das Bemühen von Harms ging sofort dahin, diese Abteilung zu einer Lehr- und Forschungsstätte für Fragen des Seeverkehrs und der Weltwirtschaft auszubauen. Er ließ sich dabei von der Erkenntnis leiten, dass die zunehmende Komplikation der wirtschaftlichen Vorgänge im Zuge des Hineinwachsens der Nationalwirtschaften in das immer umfassender werdende Netz weltwirtschaftlicher Beziehungen eine Neuorientierung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und Lehre erforderlich machte.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten wurde im Jahre 1911 die Gründung einer besonderen Abteilung für Seeverkehr und Weltwirtschaft im Rahmen des Staatswissenschaftlichen Seminars vom Preußischen Kultusminister genehmigt. Mit dieser Abteilung wurde – so heißt es in dem Erlass des Ministers – „... an deutschen Hochschulen zum ersten Male die Weltwirtschaft in den Mittelpunkt systematischer Studien gestellt und die Aufgabe in Angriff genommen, die Volkswirtschaftslehre zur Weltwirtschaftslehre fortzubilden“.

Eine solche Neuorientierung von Forschung und Lehre erforderte zunächst eine breite, die ganze Welt umfassende Materialbasis. Harms begann deshalb zunächst damit, „im Weltmaßstab“ zu sammeln. Kiel sollte das Zentrum für ein Archiv und eine Bibliothek werden, in dem alle nur aufzufindenden, sich auf die Wirtschaft und die mit ihr verbundenen Gebiete beziehenden Publikationen für Forschung und

aufkommenden sozialen Frage, also der Verarmung breiter Schichten im Zuge der Industrialisierung, auseinander. Ihre Vertreter versuchten dabei, praxisnahe Wissenschaft zu betreiben und Lösungen für aktuelle Probleme ihrer Zeit aufzuzeigen. Darüber hinaus hat sie zu zwei bereichernde Diskussionen in der akademischen Welt geführt: dem Methodenstreit der Nationalökonomie, bei dem die Notwendigkeit und Fruchtbarkeit induktiver und deduktiver Forschung erörtert wurde, und dem Werturteilsstreit um die Frage, wie normative Ökonomie sein darf und kann.

Lehre, aber auch für die Praxis bereitgehalten wurden. Damit war aber auch bereits determiniert, dass dies nur im Rahmen eines größeren, selbständigen Instituts zu verwirklichen war. Konsequenterweise verfolgte Harms nun das sich selber gesteckte Ziel. Nach langwierigen Bemühungen hielt er endlich das Schreiben des damaligen Preußischen Ministers der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten August von Trott zu Solz¹⁵ in Händen:

„Nachdem inzwischen weitere Spenden erfolgt sind, will ich hiermit genehmigen, daß an der dortigen Universität ein Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft errichtet wird. Das Institut ist ein der Universität angegliedertes Forschungs- und Lehrinstitut. Zum Direktor ernenne ich den ordentlichen Professor der wirtschaftlichen Staatswissenschaften Dr. Bernhard Harms.“¹⁶

Das Institut wurde am 20. Februar 1914 im Schlossgarten eröffnet. Dabei wurde in der Denkschrift zur Gründung bewusst auf das 25jährige Jubiläum der Thronbesteigung Kaiser Wilhelm II. Bezug genommen. Das Institut war ein selbständiger Teil der Universität Kiel und stellte mit der „wissenschaftlichen Erforschung der weltwirtschaftlichen Beziehungen“ eine neue Forschungsrichtung in den Mittelpunkt. Harms begann mit dem systematischen Ausbau der Bibliothek und der Herausgabe verschiedener Zeitschriften. Der Schwerpunkt lag bei der Errichtung eines Wirtschaftsarchivs. So wuchs das Institut aus zunächst kleinen Anfängen verhältnismäßig rasch empor. Demgemäß musste es seine räumliche Unterkunft wiederholt wechseln. Als das Institut noch eine Abteilung des „Staatswissenschaftlichen Seminars“ war, verfügte es mit diesem gemeinsam über einen Raum im Universitätsgebäude. Noch 1914 schenkten Freunde weltwirtschaftlicher Forschung dem Institut ein eigenes Haus,

¹⁵ August von Trott zu Solz (1855–1938) war königlich preußischer Staatsminister und Oberpräsident verschiedener preußischer Provinzen. Der Mitbegründer der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft war von 1909 bis 1917 Kultusminister. Sein Sohn war der deutsche Legationsrat und Widerstandskämpfer Adam von Trott zu Solz, der 1944 von den Nationalsozialisten hingerichtet wurde.

¹⁶ Fünfzig Jahre Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Reden und Ansprachen anlässlich des Festakts am 18. Februar 1964 im Stadttheater Kiel. Kiel 1964, S. 8–9.

das sich jedoch auch schon bald als zu klein erwies. Erst als das Institut 1920 in das sogenannte „Kruppsche Logierhaus“¹⁷ umziehen konnte, war zumindest die Raumfrage geklärt.

In der Weimarer Republik erarbeitete sich das Institut, das erst ab Januar 1934 seine heute gültige Bezeichnung als „Institut für Weltwirtschaft“ führte, über Kiel hinaus einen Ruf als kompetente Stelle für internationale Wirtschaftsfragen. Die enge Ausrichtung an der zeitgenössischen Politik blieb erhalten, woran insbesondere die „Abteilung für Statistische Weltwirtschaftskunde und internationale Konjunkturforschung“ ihren Anteil hatte. Die anwendungsbezogene Forschung sollte dem Staat und der Politik Hilfen für deren Handeln geben. Dabei verfolgte man einen reformökonomischen Ansatz, der nicht nur auf die Selbstheilungskräfte des Marktes setzte, sondern sich auch und gerade für eine Konjunkturpolitik des Staates aussprach. So wurde das Institut zu einem Anziehungspunkt für junge Gelehrte, die in dieser einzigartigen Stätte wirtschaftswissenschaftlicher Forschung eine geistige Heimat fanden und hier Leistungen von hohem Rang hervorbrachten.

Es war ein unersetzlicher Verlust für das Institut, für die Universität Kiel und für die Wirtschaftswissenschaften in Deutschland, als viele dieser hervorragenden Forscher vom Nationalsozialismus vertrieben wurden. Harms musste zusehen, wie sein Institut der besten Mitarbeiter beraubt wurde; schließlich wurde er selbst gezwungen, sich von seinem Werk zu trennen.¹⁸ Aber das Werk ist geblieben. Mit ihm

¹⁷ Das Kruppsche Logierhaus, das zwischen Düsternbrooker Weg und Hindenburgufer (damals: Strandweg) steht, war ein sehr elegantes Hotel-Restaurant für anspruchsvolle Gäste, zum Beispiel während der Kieler Woche. Im Stadtführer von 1903 ist zu lesen: „Das Etablissement darf wohl als das in seiner Art vornehmste in ganz Europa bezeichnet werden und ist eine Kieler Sehenswürdigkeit ersten Ranges“.

¹⁸ Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung wurde Harms, der als „republikfreundlich“ galt, mit Hilfe des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums als Professor aus seinem Amt entfernt. Er blieb aber noch einige Wochen (bis Juni 1933) Leiter des Instituts und konnte sich als solcher kurzzeitig gegen die Entlassung jüdischer Mitarbeiter wehren, bis er durch den überzeugten Nationalsozialisten Jens Jessen ersetzt wurde. Er zog nach Berlin und war in den folgenden Jahren oft auf Studienreisen im Ausland. Harms starb am 21. September 1939 in Berlin.

hat Harms dem Land zwischen den Meeren ein Vermächtnis hinterlassen, das den Namen der Stadt Kiel und der Christian-Albrechts-Universität in alle Erdteile getragen hat. Und dieser Ruf spiegelte sich auch im Wissenschaftlichen Club wider, der am 10. November 1920 auf Initiative von Bernhard Harms gegründet wurde und dessen 90-jähriges Jubiläum wir heute feiern dürfen. Die ebenfalls über die Grenzen bekannten „Kieler Vorträge“ trugen wesentlich zum hervorragenden Ruf des Instituts bei und sind immer noch zentraler Bestandteil des heutigen Wirtschaftswissenschaftlichen Clubs.

Strukturwandel: Schleswig-Holstein als Land – Skizze eines Forschungsprogramms

Von Uwe Danker¹⁹

Gegenstand

„Schleswig-Holstein – Land im Aufbau“, „Zwischen gestern und morgen“, „Ein Land verändert sein Gesicht“ oder „Eine Region im Wandel“ – bereits seit den in den 1950er Jahren bemühten Publikationen zum Land Schleswig-Holstein zumeist dynamische Bilder des Wandels, um die hier stattfindenden sozioökonomischen Entwicklungsprozesse auf den Punkt zu bringen. Dieser Metaphorik begegnet man bis heute. Bislang existieren jedoch keine wissenschaftlichen Studien, geschweige denn umfassende historische Darstellungen, in denen der regionale strukturelle Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft genauer untersucht und dargestellt worden ist. Die nachfolgende Skizze eines neuen Forschungsprogramms des Instituts für Zeit- und Regionalgeschichte (IZRG) der Universität Flensburg begründet und erläutert diesen Ansatz, der neben Aspekten der

¹⁹ Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte, Universität Flensburg.

Politik-, Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte auch kultur-, erfahrungs- und mentalitätsgeschichtliche Dimensionen umfasst.

Perspektiven

In industriellen und postindustriellen Gesellschaften bildet der Wandel gesellschaftlicher und ökonomischer Strukturen den „Normalfall“. Stagnation ist damit ebenso erklärungsbedürftig wie beschleunigter Wandel. Es geht daher – nach Hans-Ulrich Wehler – „gar nicht um An- oder Abwesenheit von Wandel, sondern immer nur um den Grad oder das Ausmaß des Wandels“. Wir wollen hier Strukturwandel als beschleunigten, tief greifenden und unumkehrbaren Wandel grundlegender sozialer und ökonomischer Strukturen begreifen. Derartiger Wandel lässt sich empirisch belegen, in seinen Ursachen, Verläufen und Folgen beschreiben, historisch einordnen. Sektorale Produktionszahlen, technologische Entwicklungen oder strukturplanerische Konzepte können Anhaltspunkte liefern. Jenseits davon hat struktureller Wandel jedoch auch ganz konkrete Auswirkungen für diejenigen, die davon ‚beansprucht‘ werden, sei es durch umfassende Veränderungen der Arbeits- und Lebensformen oder sich wandelnde Selbstwahrnehmungen infolge des Auseinanderbrechens traditioneller Milieus.

Fragestellungen

Wir fragen nach Strukturen ebenso wie nach „Betroffenheit“, machen Ansätze der „modernen“ Gesellschafts- ebenso wie der „klassischen“ Sozialgeschichte nutzbar. Im Mittelpunkt stehen Fragen nach Ursachen, Verläufen und Folgen. Zunächst sind Quellen des Modernisierungsdrucks zu benennen und einzuordnen. Dann gilt es, den Wandel zu beschreiben, also – sektoral getrennt – Form Ausmaß, Sektoren und Tiefe der Veränderungen in Schleswig-Holstein zu erfassen. Gab es Gestaltungsmöglichkeiten, oder „geschah“ der Wandel? Bedeutsam sind außerdem die Wahrnehmungsmuster und Verarbeitungsstrategien der Betroffenen: Wie wird struktureller Wandel von welchen Gruppen erfahren? Welche Folgen hat dies real – jedoch *auch* für die Selbstwahrnehmung oder Rollenidentität? Wie und in welchem Ausmaß verändert der Strukturwandel ein in weiten

Teilen ländlich-kleinstädtisch geprägtes Land? Wie „verkräftet“ dessen regionale Gesellschaft den Wandel? Zu analysieren ist die zu vermutende Diskrepanz zwischen dem, was sich in gesamtgesellschaftlicher Perspektive als „normale Beanspruchung“ (Wehler) ausnimmt, und den mitunter radikalen Folgen, welche der Wandel für einzelne Gruppen und Milieus bringt.

Teilthemen

Betrachtet man den großen Wandel in Schleswig-Holstein, bieten sich die folgenden exemplarischen Teilthemen an, die – eng aufeinander bezogen – besondere Veränderungsrelevanz besitzen:

Landwirtschaft als ein jenseits aller volkswirtschaftlichen Bedeutung prägender Sektor des ländlich strukturierten Bundeslandes Schleswig-Holstein; *Schwerindustrie*, allen voran die im Küstenland Schleswig-Holstein zentrale und auch symbolisch bedeutsame Leitindustrie Schiffbau; *Tourismus* als der für den Tertiärsektor des Landes im hohen Maße repräsentative Bereich; *Bildung* als Handlungsfeld und Katalysator von hoher gesellschaftlicher Relevanz – gerade – im Flächenland Schleswig-Holstein; *Bundeswehr* als außerkonjunktureller Antrieb des Strukturwandels und Modernisierungsfaktor in der ländlichen Gesellschaft.

Jedes dieser fünf Themen besitzt für sich genommen zentrale Bedeutung für die Entwicklung des Bundeslandes Schleswig-Holstein und liefert exemplarisch Erkenntnisse für das Verständnis des Strukturwandels in der Region.

So sind in den „klassischen“ Bereichen *Landwirtschaft* und *Schwerindustrie* die milieuspezifischen Bindungen und Selbstbilder als besonders stark und bedeutungsgeladen zu veranschlagen, weshalb Strukturwandel dort von den Betroffenen oftmals als besonders einschneidend wahrgenommen wurde.

So veränderte der Massentourismus sowohl noch touristisch unberührte Regionen als auch traditionelle Urlaubsorte mit nachhaltigen Auswirkungen für die Wirtschaftsstruktur und die mittelbar wie unmittelbar Betroffenen, wenn beispielsweise – wie auf Amrum –

innerhalb einer Generation Grundstückspreise um das 1000-fache stiegen.

So steht das Handlungsfeld der Bildung für die Analyse der Antworten auf Modernisierungsdruck, nämlich des Versuchs (regionaler) politischer Steuerung, deren Umsetzungsreichweite, den Grad ihrer Akzeptanz und den tatsächlichen Wandel etwa im Bereich der Mobilität der neuen Bildungsangebote wahrnehmenden Generationen.

So lassen sich am Beispiel der Bundeswehr strukturpolitische Planungskalküle, regionalwirtschaftliche Hoffnungen und Abwehrreaktionen der von Wandlungsprozessen erfassten Milieus in einer für die Untersuchungsregion sehr relevanten und exemplarischen Form analysieren.

Periodisierungen

Zäsursetzungen und Periodisierungen variieren nach der jeweiligen Themenstellung. Obgleich aus wirtschaftshistorischer Perspektive die Zeitspanne von den späten 1940er bis zu den frühen 1970er Jahren als eine kontinuierliche Boomphase charakterisiert werden kann, sind beispielsweise Anfang der 1970er Jahre wesentliche strukturelle Veränderungen in der Landwirtschaft bereits (zum Teil seit mehr als einem Jahrzehnt) quasi abgeschlossen, während sich der Strukturwandel in der Schwerindustrie erst in Ansätzen ankündigt und in der Werftindustrie erst nach der Ölkrise durchschlägt. Im Bildungssektor mündet der – nicht zuletzt auch in der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz begründete – Modernisierungsdruck in der als „Bildungsoffensive“ apostrophierten Reformphase vom Anfang der 1960er Jahre bis zur Mitte der 1970er Jahre. Das für den gesellschaftlichen Wandel in Schleswig-Holstein bedeutsame Überschreiten der „Schwelle zum Massentourismus“ wird in der Regel auf die frühen 1960er Jahre datiert, während die Aufbauphase der Bundeswehr mit ihren raumwirksamen Effekten bis in die Mitte der 1970er Jahre reicht. Im Kern konzentriert sich diese vom Wandel abgeleitete Erforschung Schleswig-Holsteins „als Land“ auf die 1960er und 1970er Jahre.

Anlage

Den geografischen Untersuchungsraum liefert das heutige Land Schleswig-Holstein. Inhaltlich wird Bezug genommen auf regionale Referenzprojekte zum Ruhrgebiet, zu Westfalen und insbesondere zu Bayern, die Wandlungsprozesse in der Bundesrepublik in den Blick genommen haben; damit ordnen wir den „Fall Schleswig-Holstein“ in die Sozialgeschichte der Bundesrepublik ein.

Die jeweils doppelt angelegte, in zwei Studien aufgesplittete exemplarische Analyse relevanter Kernbereiche soll es möglich machen, übergreifende Indikatoren des Strukturwandels herauszuarbeiten (Makroebene) und zusätzlich mit der entsprechenden Tiefenschärfe bis hinab auf die Ebene „Dorf“ oder „Betrieb“ (Mikroebene) zu analysieren. Folglich bildet das übergreifende Thema „Strukturwandel: Schleswig-Holstein als Land“ die forschungsprogrammatische Klammer für insgesamt zehn einzelne Vorhaben, die sich jeweils mit einem Teilthema auseinandersetzen. Übergreifende Fragestellungen garantieren Vergleichbarkeit und Einordnung der Einzelergebnisse. Ihre Synthese macht den Strukturwandel im nördlichsten Bundesland umfassend beschreib- und erklärbar: Es wird schließlich möglich sein, eine methodisch anspruchsvolle Geschichte Schleswig-Holsteins als Bundesland zu schreiben.

Kiel und die Marine: Die Geschichte des Marinestützpunkts Kiel

Von Jann M. Witt²⁰

Die Marine kommt nach Kiel

Seit mehr als 150 Jahren dient Kiel als Heimathafen deutscher Kriegsschiffe. Bereits während der schleswig-holsteinischen Erhebung gegen Dänemark von 1848 bis 1852 hatte die Stadt eine bedeutende Rolle als Stützpunkt der „Schleswig-Holsteinischen Flottille“ gespielt.

²⁰ Deutscher Marinebund, Marine-Ehrenmal, Laboe.

Nach dem deutsch-dänischen Krieg von 1864 hatte Dänemark Schleswig und Holstein an Österreich und Preußen abtreten müssen, das die beiden Herzogtümer nach dem Sieg über Österreich Anfang 1867 annektierte und als Provinz Schleswig-Holstein in das Königreich Preußen eingliederte. Bereits 1865 hatten die Preußen die preußische Marinestation von Danzig nach Kiel verlegt. Nach der Gründung des Deutschen Reichs im Jahre 1871 wurde die Fördestadt Reichskriegshafen.

Der Marine folgten die Werften und den Werften folgten die Arbeiter. Innerhalb von nur 30 Jahren wurde aus dem verträumten „Provinznest“ Kiel eine Großstadt: Hatten hier 1865 lediglich rund 5 000 Menschen gelebt, betrug die Einwohnerzahl um die Jahrhundertwende bereits über 100 000 und wuchs bis 1918 auf 300 000 an. Schon bald war die Fördestadt der bedeutendste Marinestandort des jungen Kaiserreichs. Durch den Bau des „Kaiser-Wilhelm-Kanals“, des heutigen „Nord-Ostsee-Kanals“, von 1887 bis 1895 wurde der Stellenwert Kiels als Marinestadt noch weiter gesteigert. Zugleich begann man, die Förde mit einer Reihe von Befestigungsanlagen und Küstenbatterien zu sichern, so dass der Kieler Hafen zu Beginn des 20. Jahrhunderts einer gewaltigen Festung glich.

Die Marine prägte nicht nur das Bild der Stadt Kiel, sondern auch das gesellschaftliche Leben. Jährlicher Höhepunkt war die Kieler Woche, während der zahlreiche Yachten aus dem In- und Ausland, aber auch ausländische Kriegsschiffe den Kieler Hafen bevölkerten. Die Geburtsstunde der Kieler Woche hatte 1882 geschlagen, als der Norddeutsche Regatta-Verein zum ersten Mal Segelwettfahrten auf der Kieler Förde veranstaltete. Die Kaiserliche Marine verhalf der Festwoche schon bald zu hohem sportlichen und gesellschaftlichen Rang. Auch Kaiser Wilhelm II. besuchte regelmäßig die Kieler Woche.

Ungeachtet der großen Bedeutung der Kaiserliche Marine für das ökonomische Wohl der Stadt Kiel war das Verhältnis zwischen Stadtregierung und Marine nicht ungetrübt. Vor allem die Frage der

zivilen Nutzung des Hafens sorgte immer wieder für Konflikte. Bereits 1869 hatte der Kieler Magistrat erklärt, der

„... Hafen nebst seinen Vorstränden gehört zum Weichbilde der Stadt Kiel. Derselbe ist wie fast alle Häfen der Herzogtümer ein Kommunalhafen und steht in dieser Seiner Eigenschaft unter der Verwaltung und dem zweckentsprechender Verfügung der städtischen Behörden.“

Die Marine dagegen wies diesen Anspruch der Stadt Kiel rigoros zurück. Obgleich mit dem Reichskriegshafengesetz von 1883 und durch weitere gesetzliche Regelungen die Rahmenbedingungen für die militärische und zivile Nutzung des Kieler Hafens festgelegt worden waren, wurde im Zweifelsfall meist den Interessen der Marine der Vorzug gegeben und die zivile Nutzung des Hafens immer mehr beschränkt. Ihren Höhepunkt fanden diese Auseinandersetzungen in den Jahren von 1901 bis 1904 im berühmten „Wiker Hafensprozess“. Nachdem die Stadt Kiel den Prozess um die Hafennutzungsrechte 1902 vor dem Landgericht gewonnen hatte, verlor sie in der zweiten Instanz vor dem Kieler Oberlandesgericht. Wegen des Kostenrisikos verzichtete Kiel auf eine Revision, die ohnehin wenig Erfolg versprach, und so blieben die wichtigsten Bereiche des Kieler Hafens unter der Hoheit der Marine.

Revolution, Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg

Im November 1918 begann in Kiel mit dem Matrosenaufstand die Revolution, die erst mit dem Sturz der Monarchie und der Gründung der Weimarer Republik endete. Kiel litt schwer unter den Folgen des verlorenen Kriegs, dem Zusammenbruch der Wirtschaft und dem Abbau der Marine. Durch die einseitige Abhängigkeit von der Marine und die starke Beschränkung der zivilen Hafennutzung hatte Kiel den Anschluss an die Entwicklung der übrigen Ostseehäfen verloren, wovon sich der Kieler Hafen nie erholte.

Erst unter dem nationalsozialistischen Regime schien es wieder aufwärts zu gehen: Erneut wurde aufgerüstet und Kiel wieder Reichskriegshafen. Abermals wurde die zivile Nutzung des Hafens zugunsten der Marine eingeschränkt, und auch ein weiterer Prozess

um die Hafennutzungsrechte wurde 1934 zugunsten der Marine entschieden.

Die massive Wiederaufrüstung hatte zur Folge, dass Marine, Heer und die neue Luftwaffe die Provinz Schleswig-Holstein wirtschaftlich und gesellschaftlich sogar noch stärker als im Kaiserreich prägten. Doch den kurzen Aufschwung musste die Fördestadt teuer bezahlen. Im Zweiten Weltkrieg war Kiel Hauptangriffsziel der alliierten Bomber, die in über 90 Bombenangriffen drei Viertel der Stadt in Schutt und Asche legten. Nach dem Kriegsende 1945 wurde Kiel von den Briten besetzt, die die Fördestadt 1946 zur Hauptstadt des neu gegründeten Landes Schleswig-Holstein machten.

Mit der Niederlage des Deutschen Reichs schien die Geschichte Kiels als Marinestandort beendet zu sein. Doch ungeachtet der Zerstörungen begann sich in der Fördestadt schon bald wieder das maritime Leben zu regen. Bereits im September 1945 nahm die britische Besatzungsmacht mit der ersten „Kiel Week“ die Tradition der „Kieler Woche“ wieder auf.

Den Anfang der langsamen Rückkehr Deutschlands auf die Weltmeere machte der Minenräumdienst deutscher Seeleute unter alliierterem Kommando. 1951 folgte die Gründung des „Bundesgrenzschutz See“ als westdeutsches Gegengewicht zur Seepolizei der Deutschen Demokratischen Republik. Die Gründung zweier deutscher Staaten 1949 war die direkte Folge des Zerfalls der Siegerkoalition nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gewesen. Aus den drei westlichen Besatzungszonen war die Bundesrepublik Deutschland geworden, während die Sowjetunion in ihrer Besatzungszone die Deutsche Demokratische Republik etabliert hatte. Von Anfang an waren beide deutsche Staaten in den Ost-West-Konflikt eingebunden und bereiteten bald auch den Aufbau eigener Streitkräfte vor.

Kiel als Standort der Bundesmarine

Im Jahre 1955 wurde die junge Bundesrepublik Mitglied der NATO. Angesichts der wachsenden Bedrohung durch den sowjetisch dominierten kommunistischen Machtbereich in Osteuropa hatten sich 1949 Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien,

Kanada, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Portugal und die Vereinigten Staaten von Amerika zu einem Verteidigungsbündnis, der „North Atlantic Treaty Organization“, kurz: NATO, zusammen geschlossen.

Parallel zum NATO-Beitritt begann die Bundesrepublik auch offiziell mit der Aufstellung eigener Streitkräfte. Am 12. November 1955 erhielten die ersten Freiwilligen der neuen Bundeswehr ihre Ernennungsurkunden überreicht. Gleichzeitig erfolgte der Aufbau der drei Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine. Eine wichtige Keimzelle der Bundeswehr war der Bundesgrenzschutz, wobei der Seegrenzschutz sogar mit allen Schiffseinheiten, Beamten und technischen Einrichtungen in die neue Bundesmarine überführt wurde. Weil diese innerhalb der NATO für die Verteidigung der Ostseezugänge zuständig war, benötigte sie geeignete Stützpunkte. Das hatte zur Folge, dass viele ehemalige Liegenschaften der Kriegsmarine erneut genutzt wurden.

Auch Kiel wurde nun wieder Marinestandort. Vor allem der für Schiffe aller Größen geeignete Tiefwasserhafen und die geographische Nähe zu ihren Einsatzgebieten veranlassten die Bundesmarine, in Kiel wieder einen Stützpunkt zu errichten.

Obleich große Teile der Hafen- und Kasernenanlagen während des Krieges zerstört oder beschädigt worden, gab es noch genügend intakte Infrastruktur, um mit dem Aufbau des Marinestützpunktes zu beginnen. Den Anfang machten die Vorausabteilungen der Wehrbereichsverwaltung und des Wehrbereichskommandos, die im Januar 1956 in Kiel den Dienst aufnahmen. Am 18. März 1956 wurden die ersten drei Schnellboote in Kiel stationiert und mit dem „Aufstellungsbefehl Nr. 16 (Marine)“ vom 23. April 1956 wurde das Marinestützpunktkommando Kiel eingerichtet. Dessen Aufgaben waren laut Befehl der

„... Aufbau und Führung des Stützpunktes mit Liegeplätzen, allen schwimmenden, ortsfesten und fahrbaren Versorgungs- und Reparaturanlagen; Versorgung aller zum Stützpunktbereich gehörenden Kommandos und Einrichtungen und aller Kiel anlaufenden Seefahrzeuge und Einheiten der Marine“.

Das Personal des Marinestützpunktkommando Kiel bestand zunächst nur aus dem Korvettenkapitän Woidneck und dem Stabsbootsmann Brodersen, die ihren Dienstsitz in einem ehemaligen Gebäude der Kriegsmarine in der Feldstraße hatten.

Anfang Juli 1956 nahm der Stab des Marinestützpunktkommandos in der 1937 errichteten, ehemaligen Kasernenanlage der Kriegsmarine in Kiel-Wik seinen Dienst auf, die nach dem Krieg zunächst der britischen Besatzungsmacht als Kaserne gedient hatte. Hier wurden zudem das Marinewaffenkommando, eine Abteilung des Marineamtes, das Schiffserprobungskommando, die Zerstörerflottille, die Ubootflottille, die Marineschifffahrtsleitstelle, das 1. Versorgungsgeschwader sowie zahlreiche weitere, kleinere Dienststellen untergebracht. Darüber hinaus wurden im Laufe der Zeit auf dem Kasernengelände in Kiel-Wik eine große Anzahl von Baracken, Feldhallen und Feldhäusern als Dienst- und Unterkuftsgebäude errichtet. Erst nach der Renovierung der alten Kasernenblöcke und dem Bau neuer Kasernengebäude wurde diese provisorischen Bauten nach und nach wieder abgerissen. Zugleich übernahm die Bundesmarine auch den Nordwestteil des Tirpitzhafens, dessen Südteil noch von der Royal Navy genutzt wurde.

Nach dem Krieg hatte der Tirpitzhafen der britischen Besatzungsmacht und ab 1951 auch der 3. und 4. Wachbootflottille des Bundesgrenzschutzes als Liegeplatz gedient. Die für den Hafenbetrieb notwendigen Boote und Fahrzeuge wurden aus Beständen des Seegrenzschutzes in die Bundesmarine übernommen. Vom übrigen Material stammte vieles aus den Beständen der ehemaligen Kriegs- und sogar der Reichsmarine. Darunter waren Signalflaggen und Trossen ebenso wie Mobiliar und Küchengeschirr. Im Tirpitzhafen versah auch die Marineversorgungsstelle B ihren Dienst.

Dem Kommandeur des Marinestützpunktkommandos Kiel war auch das im Juli 1956 in Neustadt/Holstein aufgestellte, aus zehn ehemaligen Kriegsfischkuttern und vier Hafenschutzbooten des Bundesgrenzschutzes bestehende 1. Hafenschutzgeschwader sowie die Außenstelle Eckernförde mitsamt dem neu erbauten „Kranzfelder Hafen“ unterstellt. Ebenso war dem Marinestützpunktkommando das aus zehn Schulbooten bestehenden Schulgeschwader Ostsee zugeordnet, das

jedoch im September 1956 dem Kommando der Marine-Ausbildung, dem heutigen Marineamt, unterstellt wurde.

Von Beginn an waren die Streitkräfte der Bundesrepublik fest in die Bündnisstruktur der NATO eingebunden. Aus den Kriegsgegnern USA, Frankreich und Großbritannien waren Verbündete geworden. Rasch begann sich das Verhältnis zu den ehemaligen Besatzungsmächten zu normalisieren. Schon bald gehörten Besuche ausländischer Kriegsschiffe wieder zum Alltag in Kiel. Als erstes ausländisches Kriegsschiff machte am 19. Oktober 1956 der britische Kreuzer „Glasgow“ zu einem Besuch an der Tirpitzmole fest. Die „Glasgow“ war das Schiff von Konteradmiral Luce, der gemeinsam mit dem Kommandanten des Kreuzers, Kapitän Bonharn-Carter, unter anderem dem Ministerpräsidenten und der Stadt Kiel Besuche abstattete.

In den folgenden Jahren wurde Kiel zum Heimathafen des 1. und 3. Zerstörergeschwaders, des 1. Ubootgeschwaders, des 3. Minensuchgeschwaders, des 7. Schnellbootgeschwaders und Teilen des 1. Versorgungsgeschwaders sowie des Segelschulschiffs „Gorch Fock“, während das Marinefliegergeschwader 5 den Fliegerhorst in Holtenau übernahm.

In den 1960er Jahren war Kiel mit rund 9 000 Soldaten und 2 000 Zivilangestellten bereits wieder der größte Stützpunkt der Marine an der Ostsee. Doch verlor die Fördestadt seit Mitte des Jahrzehnts allmählich an Bedeutung als Marinestandort. Bereits 1966 hatte man die Inspektion der Marinewaffen und die Inspektion der Schiffstechnik nach Wilhelmshaven verlagert; 1969 wurde zudem das 3. Minensuchgeschwader in den neuen, an der Schleimündung gelegenen Stützpunkt Olpenitz und 1975 die Ubootflottille nach Eckernförde verlegt. Nur das 7. Schnellbootgeschwader und das 1. und 3. Zerstörergeschwader blieben in Kiel stationiert. 1981 wurde das 3. Zerstörergeschwader aufgelöst, und mit der Außerdienststellung des Lenkwaffenzerstörers „Lütjens“ im Jahre 2003 endete auch die Geschichte der Zerstörer in Kiel.

Kiel und die Marine – ein schwieriges Verhältnis

Wie schon zur Zeit des Kaisers verband die Stadt Kiel und die Bundesmarine ein gespanntes Verhältnis, obgleich die Rückkehr der Marine zunächst begrüßt worden war. Noch 1954 hatte der Kieler SPD-Oberbürgermeisterkandidat Hans Mühling erklärt, dass er zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Kiel „auch die Stationierung von Marine-Einheiten mit ihrer umfassenden sachlichen und personellen Umwelt“ anstrebe. Allerdings hatte die Frage der deutschen Wiederbewaffnung nach den Erfahrungen zweier Weltkriege nicht nur im Ausland, sondern auch unter der deutschen Bevölkerung für erhebliche Auseinandersetzungen gesorgt. Vor allem die SPD hatte Adenauers Politik der Westbindung und Integration in die NATO abgelehnt.

Von Anfang an trafen die Soldaten der Bundesmarine in Kiel vielfach auf Ablehnung. Das hatte aber nicht nur politische Gründe. Im Laufe der Zeit war die Stabskompanie zum Sammelbecken für Mannschaftsdienstgrade geworden, die man bei deren vorherigen Kommandos loswerden wollte. Oft zettelten diese „Problemfälle“ in Kieler Lokalen Schlägereien an, so dass die Träger des Mützenbandes mit der Aufschrift „Stützpunkt Kiel“ lange Zeit in Kiel wenig angesehen waren.

Hinzu traten seit Ende der 1950er Jahre politische Konflikte. So kam es auch in Kiel immer wieder zu Demonstrationen von pazifistischen Gruppen und NATO-Gegnern. Durch die Proteste gegen die amerikanische Vietnam-Politik in den 1960er und die Friedensbewegung in den 1980er Jahren verschärfte sich die Differenzen weiter. Auch die sozialdemokratische Stadtregierung wahrte eine deutliche Distanz zur Bundesmarine, obgleich das Schulschiff „Gorch Fock“ das schwimmende Wahrzeichen der Stadt war. So sollte beispielsweise die Einrichtung des „Hiroshima-Parks“ am Kleinen Kiel das Bewusstsein für die Bedrohung durch Atomwaffen schärfen. Es wurde sogar darüber nachgedacht, die Stadt offiziell zur atomwaffenfreien Zone zu erklären. Ebenso wurde der Besuch des mit nuklearfähigen Tomahawk-Raketen ausgerüsteten amerikanischen Schlachtschiffs „Iowa“ zur Kieler Woche 1989 von zahlreichen Protestdemonstrationen zu

Land und zu Wasser begleitet, an denen sich auch hohe Repräsentanten der Stadt beteiligten.

Im Januar 1991 eskalierte der Konflikt, als Demonstranten während des Zweiten Golfkriegs aus Protest gegen das Auslaufen des Zerstörers „Mölders“, der als Zeichen der Solidarität der Bundesrepublik mit den USA die amerikanische Marine beim Schutz der Schifffahrtswege im Mittelmeer unterstützen sollte, die Eingänge zum Marinestützpunkt blockierten. Da weder das Innenministerium noch die Stadt Kiel einen Polizeieinsatz befürworteten, um den Zugang zur Kaserne sicherzustellen, musste die Besatzung des Schiffes von der Reventloubrücke aus mit Beibooten an Bord gebracht werden. Nicht zuletzt infolge dieser Auseinandersetzungen blieben die Beziehungen der Marine zur Stadt Kiel über viele Jahre von Spannungen und gegenseitigem Misstrauen belastet.

Die Zukunft Kiels als Marinestandort

Lange Zeit hatte die Bundeswehr ein besonderes Gewicht in Schleswig-Holstein. Während des Kalten Krieges besaß das Land zwischen den Meeren sowohl für die Bundeswehr als auch für die NATO große strategische Bedeutung für die Verteidigung der Ostseezugänge. Das Ende des Ost-West-Konflikts und die deutsche Wiedervereinigung im Jahre 1990 bedeuteten daher einen deutlichen Einschnitt in der Geschichte der Bundesmarine. Ein besonders augenfälliges Zeichen der veränderten Weltlage war der Besuch des russischen Kriegsschiffs „Drushnyi“ anlässlich der Kieler Woche im Jahre 1992. Seither gehört die russische Marine genauso zum öffentlichen Erscheinungsbild im Marinestützpunkt Kiel wie die Schiffe vieler NATO-Partner.

Eine weitere Folge des Endes des Kalten Krieges war die Verkleinerung der Bundeswehr. Die Sowjetunion hatte ihre Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung von einer Verringerung der deutschen Streitkräfte abhängig gemacht. Bis 1994 sollte die Bundeswehr auf eine Friedensstärke von höchstens 370 000 Soldaten reduziert werden. Von diesem Truppenabbau war auch die Marine betroffen. Hinzu kam die Verlegung von Teilen der deutschen

Seestreitkräfte nach Mecklenburg-Vorpommern. Auch die in Kiel stationierten Einheiten wurden verringert. So wurde unter anderem das 7. Schnellbootgeschwader nach Rostock-Warnemünde und die Technische Marineschule nach Parow bei Stralsund verlegt. Ebenso wurden die meisten anderen Schiffe abgezogen. Lediglich die „Gorch Fock“, drei Messboote, ein Tanker und zwei Seeschlepper blieben in Kiel stationiert. Zugleich übergab die Marine einen großen Teil der Hafenanlagen der Stadt zur zivilen Nutzung und beschränkte sich fortan auf die Tirpitzmole.

Nicht zuletzt wegen der langjährigen politischen Differenzen zwischen der Kieler Stadtregierung und der Marine wurde Mitte der 1990er Jahre sogar die Auflösung des Marinestützpunkts Kiel in Erwägung gezogen, doch konnten sich schließlich die Kiel-Befürworter durchsetzen. Mit dazu beigetragen hatte auch die Wahl Norbert Gansels zum Oberbürgermeister. Als Sohn eines Portepéeunteroffiziers der Kriegsmarine und Marine-Reserveoffizier stand er der Marine wesentlich wohlgesinnter gegenüber als viele seiner sozialdemokratischen Parteifreunde. Im Gegensatz zu seinen Amtsvorgängern ging er auf die Marine zu und erklärte öffentlich: „Die Marine gehört zur Seele der Stadt Kiel.“ Auf diese Weise gelang es ihm, das gespannte Verhältnis zwischen Kiel und der Marine zu entkrampfen. Ebenso konnte Gansel die traditionell marinekritische Kieler SPD davon überzeugen, dass ein Verbleiben der Marine in Kiel durchaus im Interesse der Stadt lag.

Heute sind die früheren Konflikte vergessen. Statt zur Auflösung kam es im Zuge der Neustrukturierung der Deutschen Marine sogar zu einer Stärkung des Marinestandorts Kiel. Das Verteidigungsministerium entschied, den Stützpunkt Olpenitz zu schließen und die dort stationierten Minenstreitkräfte nach Kiel zu verlegen. Zugleich wurde die Fördestadt Sitz der neu aufgestellten Einsatzflottille 1, zu der auch die Marineschutzkräfte, die spezialisierten Einsatzkräfte, die Schnellboote und die Uboote gehören werden. 2006 wurden die bisherigen fünf Typflottillen der Marine – die Zerstörer-, die Schnellboot- und die Ubootflottille sowie die Flottille der Minenstreitkräfte und die Flottille der Marineflieger – zu zwei Einsatzflottil-

len mit Sitz in Kiel und Wilhelmshaven zusammenfasst, die vom Flottenkommando in Glücksburg ausgeführt werden.

Damit wurde die Fördestadt erneut zum Zentrum der Marine in der Ostsee. Zumindest für die nächsten Jahre wird die Marine ein wichtiger Teil Kiels bleiben. Ob dies auch in Zukunft so sein wird, ist allerdings angesichts der geplanten erneuten Verkleinerung der Bundeswehr noch nicht absehbar.

Das Jahr 1920 – Kiel und Schleswig-Holstein in der neuen Republik

Von Jürgen Weber

Bis auf den heutigen Tag ist die Novemberrevolution 1918 in Deutschland fest mit dem Namen der Stadt Kiel verbunden. Auch wenn die Proteste und der Widerstand der Matrosen in der kaiserlichen Flotte in Wilhelmshaven begannen, sind die Ereignisse in der schleswig-holsteinischen Metropole als Beginn einer revolutionären Bewegung in die Geschichte eingegangen, die das Ende von Krieg, die Abdankung des Kaisers und die Beseitigung der Monarchie als Ergebnis zeitigte. Die faktische lokale Machtübernahme von Soldaten- und Arbeiterräten in der Marine- und Werftstadt wurde zum politischen Flächenbrand im ganzen Reich. *Arbeiter- und Soldatenräte* bildeten sich auch von Sonderburg bis Lübeck, von Eckernförde bis Brunsbüttel, von Eutin bis Tönning. Die konkrete Erfahrung der revolutionären Ereignisse wurde fast überall in Schleswig-Holstein gemacht, zumindest in den städtischen und kleinstädtischen Milieus.

Die Räte übten politische Macht aus, schafften aber keine eigene Exekutive. Der bestehenden Verwaltung wurden Vertreter der Räte als Beigeordnete an die Seite gegeben. Vom Regierungspräsidenten bis zum Bürgermeister gab es weitgehend Kontinuität, mit einem Vertreter der Revolution quasi im Nebenzimmer. Da die überwiegende Zahl dieser Beigeordneten in Schleswig-Holstein der Mehrheitssozialdemokratie nahestand bzw. SPD-

Mitglieder waren, verzichteten sie auf eine direkte politische Einflussnahme und richteten ihre Arbeit auf die demokratischen Wahlen zur *Nationalversammlung* und zu den regionalen und lokalen Parlamenten und Selbstverwaltungen aus. Gegen Ende des Jahres 1919 waren diese Strukturen fast überall schon Geschichte. Die Deutschen hatten sich eine neue Legislative auf allen Ebenen gewählt und damit die neue deutsche Republik auf repräsentativ-demokratische Beine gestellt. Die Exekutive, die Verwaltung auf Reichs-, Provinz- und kommunaler Ebene erwies sich als weitgehend unangefochten durch die politische Umwälzung in ganz Deutschland. Die kurzfristige „Herrschaft“ der Räte von Arbeitern und Soldaten – auch zu einzelnen Bauernräten auf dem Land war es gekommen – hinterließ einen überaus zwiespältigen Eindruck:

Die bürgerlichen und bäuerlichen Schichten nahmen diese Phase als Verunsicherung, als Chaos und als Bedrohung war, auch wenn es die große Mehrheit der sozialdemokratisch geprägten Räte im Land waren, die die politischen Unruhen von links letztlich bekämpft und bewältigt hatten. Bestrebungen, die Revolution nach russischem Muster oder zumindest in Anlehnung an die Räterepubliken z.B. in Bayern oder Bremen weiterzutreiben, führten zwar auch in Kiel zu blutigen Auseinandersetzungen. Der Rückhalt und der Einfluss der ultralinken Kräfte auf die organisierte Arbeiterbewegung im Norden waren aber eher begrenzt. Wenn diese Konflikte eine nachhaltige Wirkung hatten, dann dadurch, dass zum einen der Graben zwischen Sozialdemokraten und dem linken Flügel der USPD unüberwindbar tief geworden war. Zum anderen dienten fortan die gewalttätigen Konflikte des Frühjahrs 1919 den konservativen und rechts-extremen politischen Kräften zum Angst einflößenden Fanal einer „Gefahr von links“, die zu einem festen Bestandteil eigener Propaganda aufgebaut wurden.

Zu Beginn des Jahres 1920 hatte die junge demokratische Republik in Deutschland ihren ersten Jahrestag noch nicht erreicht. Die Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 hatte

Schleswig-Holstein ein Ergebnis beschert, das diese preußische Provinz als eine Hochburg der für die repräsentative demokratische Republik eintretenden Parteien auszuweisen schien. Die Mehrheitssozialdemokraten errangen knapp 46 vH und die aus der Fortschrittlichen Volkspartei hervorgegangene liberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) erhielt gut 27 vH der Stimmen.

Dass die Stimmen vor allem für die DDP nicht gleichzeitig ein Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie im Allgemeinen und zum Linksliberalismus im Besonderen darstellten, sollte sich bald zeigen. Schon bei der nur wenige Wochen später stattfindenden Kommunalwahl zeigte sich, dass *das bürgerliche Lager* sich zu differenzieren begann. In Kiel blieb die MSPD mit knapp 45 vH zwar dominierende Partei. Die DDP kam aber nur noch auf 8,4 vH. Dafür erreichten die Rechtsparteien DVP und DNVP, die sich zunehmend organisatorisch etablierten, zusammen über 15 vH. Andere bürgerliche Gruppierungen wie das „Volkswohl“ oder die Liste der Hausbesitzer errangen zusammen über 20 vH. Auf der linken Seite des Parteienspektrums schafften die Unabhängigen Sozialdemokraten fast 10 vH. Die Kommunalpolitik in der Stadtverordnetenversammlung wurde fortan von einer Kooperation aus SPD und Liberalen bestimmt. Die Stadtverwaltung selbst wurde von einem Politiker der DVP angeführt. Bei der Wahl eines neuen Oberbürgermeisters der Stadt wurde am 10. April 1920 Dr. Emil Lueken gewählt, der Kandidat aller bürgerlichen Parteien war.

Kiel war 1920 und auch in den folgenden Jahren eine *Hochburg der SPD*. In der Stadt prägten SPD und Gewerkschaften in erkennbarem Maße die politische Kultur mit. Gustav Radbruch wurde als Professor der ansonsten politisch reaktionär dominierten Christian-Albrechts-Universität 1920 sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter. Trotzdem gelang es der SPD nie, eine eigene Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung und im Magistrat zu erringen.

Die ersten Reichstagswahlen endeten im Juni 1920 mit einem enormen *Zuwachs* vor allem *der rechten Republikgegner*. Wegen

der durch den Versailler Vertrag notwendig gewordenen Abstimmung in Nordschleswig über die Neuordnung der deutsch-dänischen Grenze fand die Reichstagswahl in Schleswig-Holstein erst am 20. Februar 1921 statt. Die Ergebnisse bekräftigten den Haupttrend vom Juni 1920; sie zeigten auch hier, dass nach den grundlegenden Weichenstellungen der notgedrungenen Annahme des Versailler Vertrages und des Inkrafttretens der neuen Verfassung nicht einmal die Hälfte der Wähler für die eigentlich republikanisch demokratischen Parteien stimmte.

Die bürgerlich-bäuerliche Wählerschaft votierte nun zu einem stark überwiegenden Teil für jene Parteien, die gegenüber der demokratischen Republik skeptisch eingestellt waren. Auch die ebenfalls zu Beginn des Jahres 1921 abgehaltenen Wahlen zum Preußischen Landtag, zum Schleswig-Holsteinischen Provinzial-Landtag und zu den Kreistagen bestätigten, dass in der schleswig-holsteinischen Bevölkerung eine sozialdemokratische Minderheit einem relativ geschlossenen bürgerlich-bäuerlichen Block gegenüberstand.

Der Dezimierung des Einflusses der republikanischen und demokratischen Elemente im Jahr 1920 stand ein Anwachsen der restaurativen und reaktionären Kräfte gegenüber. Der gesellschaftliche Antagonismus war in der Stadt Kiel zwar anders gewichtet als in den ländlichen Regionen Schleswig-Holsteins. Er bestimmte aber zunehmend auch hier die politische Kultur und den politischen Alltag.

Der ideologisch-politische Kampf um die so genannte „Kriegsschuldfrage“ oder „Dolchstoßlegende“ sind Beispiele für die scharfen Auseinandersetzungen in Presse und Wahlkämpfen. Er reichte bis zu Konflikten um die Gestaltung des Unterrichts an den Schulen. Pro oder kontra Republik, pro oder kontra Akzeptanz der revolutionären Umgestaltung vom November 1918, pro oder kontra der sozialen und politischen Errungenschaften wie 8-Stunden-Tag und parlamentarischer Demokratie, pro und kontra Hinnahme des Versailler Friedens – das waren maßgebliche Determinanten der politischen Selbstverortung der Menschen.

Zwei Ereignisse prägen das politische Jahr 1920 in Schleswig-Holstein und Kiel in besonderem Maße: Die Volksabstimmung in Schleswig und der *Kapp-Lüttwitz-Putsch* 1920.

Die Nachricht vom Staatsstreichversuch unter Führung des ostpreußischen Generallandschaftsdirektors Wolfgang Kapp und des Reichswehrgenerals Walter Freiherr von Lüttwitz in Berlin erreichte Kiel am Morgen des 13. März 1920. Die von Teilen der Reichswehr unterstützten Putschisten hatten sich als neue Regierung ausgerufen. Der Leiter der Marinestation Ostsee in Kiel Konteradmiral Magnus von Levetzow unterstellte sich sofort der neuen „Regierung“ und organisierte die Unterstützung der Putschisten in Berlin. Es wurde der verschärfte Belagerungszustand ausgerufen, prominente Sozialdemokraten, unter ihnen Gustav Radbruch, in Haft genommen. Auf der Gegenseite wurde auch in Kiel der reichsweite Generalsstreik, den die Arbeiterparteien und Gewerkschaften ausrufen, befolgt. Es kam zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Militär und bewaffneten Arbeitern. Auf Seiten der Putschisten beteiligte sich neben Freikorpsangehörigen auch eine erhebliche Zahl von Studenten an den Kämpfen. Insgesamt wurden nach Abschluss der Kämpfe über 70 Tote und 200 Verletzte gezählt.

Der Kapp-Lüttwitz-Putsch hinterließ im Land tiefe Spuren. So wurden in Schleswig-Holstein zwar einige illoyale hohe Beamte vom Dienst suspendiert. Die Versuche einer Demokratisierung der Kommunalbehörden blieben aber im Ansatz stecken. Im Kern gelang es 1920 nicht, einen wirklichen Durchbruch durch die Besetzung von Stellen mit republikanischen Beamten zu erzielen.

Die faktisch ausgebliebene gerichtliche und politische Bestrafung der Putschisten und ihrer Gehilfen hatte eine starke resignative Wirkung auf die demokratische politische Kultur im Land. Bereits Ende September 1920 sind von Levetzow und Lindemann, die wichtigsten Kieler Usurpatoren, amnestiert worden. Der Freikorpsführer Loewenfeld, dem das Kieler Freicorps-Bataillon unterstand, wurde nicht nur nicht aus der Marine

entlassen, sondern kurz danach zum Kommandanten eines Kreuzers befördert.

Die Vorgänge auch in Kiel haben gezeigt, dass der Putschversuch nicht mit einer Niederlage des Militärs, sondern letztlich mit einer Niederlage der organisierten Arbeiterschaft endete.

Das zweite große Thema des Jahres war der *Kampf um die Grenze* im Norden. Die Volksabstimmungen vom 10. Februar und 14. März 1920 sollten schließlich die bis heute gültige deutsch-dänische Grenze festlegen.

Die offiziellen deutschen Vertreter und Akteure waren dabei durchaus Demokraten. Staatskommissar der preußischen Regierung, der mit der Vertretung der deutschen Interessen bei der Grenzziehung beauftragt war, war der Sozialdemokrat Adolf Köster. Er mitbegründete den *Deutschen Schutzbund für Nordschleswig* – einen Dachverband, der die verschiedenen Aktivitäten im deutschen Interesse zusammenfassen sollte. Gab es anfangs auch Kontakte zu demokratischen dänischen Parteien, entfaltete die nationale Propaganda auf beiden Seiten ihre Eigendynamik.

Die Mobilisierung des Chauvinismus trieb damit Anfang des Jahres 1920 einem ersten Nachkriegshöhepunkt entgegen. In Schleswig-Holstein wurde schließlich die Grenzfrage in der von der Konfrontation zwischen „sozialistischen“ und „bürgerlichen“ Selbstverortungen beherrschten politischen Auseinandersetzung zum „Prüfstein der Gesinnung“. Auf der einen Seite standen die republikanischen demokratischen Kräfte, die in der Mehrzahl einen Weg der Grenzrevision durch eine Verständigung mit dem Nachbarn Dänemark suchten. Auf der anderen Seite standen die *vaterländisch-nationalen* Verbände, Parteien und Medien, die ihre Forderung nach teilweiser oder vollständiger Rückgabe des abgetrennten Gebietes vor allem auf die Macht eines in der Zukunft wieder starken und großen deutschen Reiches gründeten.

Die Auseinandersetzung war nicht nur national zugespitzt. Sie führte auch zur Reaktivierung eines „schleswig-holsteinischen

Sonderbewusstseins“. Der aus dem 19. Jahrhundert stammende „Nordmark-Mythos“, der Schleswig-Holstein als „Vorposten des Deutschtums“ begriff, erlebte in dieser Phase eine Renaissance und neue Popularität. Eingepflegt waren antiliberale und antisemitische Ressentiments, die auch gegen die kulturelle Moderne in den Städten, gegen die „Bevormundung“ durch Preußen und gegen die Republik insgesamt gerichtet waren. Den Republikfeinden gelang es schrittweise, nationale Agitation zu irrationalisieren und zu monopolisieren

Die neue Republik hatte einflussreiche Vertreter in Schleswig-Holstein und dort vor allem in den großen Städten mit einer starken organisierten Arbeiterbewegung. Die neue Republik hatte aber gleichermaßen eine wachsende Zahl von erbitterten Gegnern, die gerade hier im Norden einen ertragreichen politischen Boden fanden – vor allem in den ländlichen Regionen.

Beides markiert das Jahr 1920 bereits in aller Deutlichkeit.

12. Aktuelle Mitgliederliste (Stand: Oktober 2010)

Adlung, Rudolf, Dr.	Döllel, Heinz
Agarwal, Jamuna P., Dr.	Donges, Juergen B., Professor Dr.
Altmann, Cindy	Duckert, Ralf
Baar, Wolfgang	Dürhager, Arthur
Baier, Stephan	Fels, Gerhard, Professor Dr.
Bartsch, Elga, Dr.	Fels, Joachim
Blohmke, Julian	Fischer, Bernhard, Dr.
Bode, Eckhardt, Dr.	Foders, Federico, Professor Dr.
Borbély, Dora	Frank, Karl Heinz, Dr.
Bormann, Sven-Kristjan	Funke, Norbert, Dr.
Boyken, Friedhelm, Dr.	Glismann, Hans Hinrich, Dr.
Brauer, Holger	Grimm, Doris Ellen, Dr.
Buch, Claudia, Professor Dr.	Grötz, Peter C.
Busch, Axel	Grosse, Melanie
Christensen, Björn, Dr.	Gutberlet, Kurt-Ludwig, Dr.
Claus, Meike	Harste, Henning
de Vries, Jost,	Hegenbart, Wilhelm Dr.
Dabrowski, Yvonne	Heidemann, Erwin, Dr.
Deke, Oliver	Heinrich, Ralph, Dr.
Demmer, David	Heister, Johannes, Dr.
Dick, Rolf, Dr.	Henze, Philipp
Diehl, Markus	Herrmann, Klaus-Richard, Dr.
Döll, Sebastian	

Hiemenz, Ulrich, Professor Dr.	Mallohn, Dörte
Hoffmeyer, Martin, Dr.	Marquart, Erich
Junius, Karsten, Dr.	Meier, Henning
Kaiser, Horst	Meinke, Kai
Kamps, Christophe, Dr. sc. pol.	Müller-Groeling, Hubertus, Professor Dr.
Kiezewski, Erhard	Mundhenke, Jens, Dr.
Kleemann, Linda	Nehring, Sighart, Dr.
Klein, Bernhard	Pajevic, Milija,
Klodt, Henning, Professor Dr.	Pawel, Marcus
Köhli, Jörg, Dr.	Peters, Cornelius
Kohlhaas, Björn	Piazolo, Daniel, Dr.
Kostrzewa, Wojciech	Piazolo, Katrin, Dr.
Kotzorek, Andreas, Dr.	Pischel, Emanuel, Dr. Dr. hc.
Krämer, Jörg, Dr.	Pirschel, Inske
Krancke, Jan, Dr.	Ratzmann, Stefan
Krieger-Boden, Christiane	Reinhard, Hans
Krummenast, Christian	Riekhof, Marie-Catherine,
Kubovcsik, Sonja	Riese, Kurt Jürgen
Lammers, Konrad, Dr.	Risch, Bodo, Professor Dr.
Langfeldt, Enno, Professor Dr.	Roth, Jürgen, Professor Dr.
Langhammer, Rolf J., Pro- fessor, Dr.	Sacht, Stephen
Lundszien, Romina	Schatz, Klaus-Werner, Pro- fessor, Dr.
Malaschewski, Manfred	Schimmelpfennig, Axel, Dr.

Schmidt, Klaus-Dieter
Schraad, Norbert, Dr.
Schrader, Jörg-Volker, Dr.
Schrader, Klaus, Dr.
Schrödter, Dirk
Schüler, Jürgen, Dr.
Schütz, Sebastian A.
Snower, Dennis J., Professor Ph.D.
Söder, Dominic
Solveen, Ralph, Dr.
Spatz, Julius, Dr.
Spinanger, Dean, Dr.
Stahl, Gerhard
Stieper, Brigitte
Storm, Holger
Strauß, Hubert, Dr.
Tack, Thomas H.,
Take, Michael, Dr.
Thilow, Lars
Thomas, Ingo, Dr.
Thomsen, Thomas
Thoroe, Carsten, Professor Dr.
Tobias, Susanne
Van de Bergh, Harald
Vaubel, Roland, Professor Dr.
Vogler, Harald,
Walter, Norbert, Professor Dr.
Walther, Karin
Weichert, Ronald, Dr.
Wendt, Christian
Werner-Schwarz, Korinna
Willms, Enno F., Dr.
Wogart, Jan-Peter
Wolgast, Michael, Dr.
Wolter, Frank, Dr.
Zeidler, Achim, Dr.
Zupke, Robert